

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

„Zukunft Stadt 2010“

76

politicum

Josef Krainer-Haus – Schriften

76

Dezember 1997 / 17. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

Heft 65 Österreichs Landwirtschaft in der EU zwischen Egoismus und Solidarität

Heft 66 Standort Steiermark

Heft 67 Literaturland Steiermark

Heft 68 Gesundheit + Politik = Gesundheitspolitik?

Heft 69 Zukunftssstrategien für das „Unternehmen Bauernhof“

Heft 70 Mit Naturschutz rechnen

Heft 71 Medien

Heft 72 „FrauenLeben in der Steiermark“

Heft 73 Landakademie '97 Land ist Zukunft!

Mehr regional statt nur global!

Heft 74 Gesundsparen? Kaputtsparen?

Heft 75 Energie im (Über-)Fluß

Herausgeber: Josef Krainer-Haus

Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:

Mag. Erich Hohl, Herwig Hösele,

Dr. Eva Karisch, Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer Ges.m.b.H., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich: Mag. Erich Hohl

Bestellungen an Josef Krainer-Haus

Pfeifferhofweg 28, A-8045 Graz, Tel. 0316/6995

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL (Vorsitzender)

Univ.-Prof. Dr. Manfred PRISCHING (stv. Vors.)

Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER (stv. Vors.)

Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN (stv. Vors.)

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER

Ass. Prof. Dr. Wolfgang BENEDEK

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Franz JEGLITSCH

Ass.-Prof. Dr. Renate KICKER

Univ.-Prof. Dr. Grete WALTER-KLINGENSTEIN

Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY

Univ.-Prof. Dr. Johannes W. PICHLER

Univ.-Prof. Dr. Walter PIERINGER

Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. DDr. Willibald RIEDLER

Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER

Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER

Univ.-Prof. DDr. Ota WEINBERGER

Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heimo WIDTMANN

Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH

Inhalt und Autoren:

**Die Strahlkraft nach außen
und die Qualität des Lebens im Inneren**
Eva Maria Fluch

Zur Zeit
Vom Saulus zum Paulus
Herwig Hösele

Stadt-Zeit – Individual-Zeit – Global-Zeit
Erhard Busek

Markt und Mahala
Dževad Karahasan

NEW EDGE – Das neue Welten-Bürgertum
Marina Dominik

Berlin, die Hauptstadt, der noch einiges fehlt
Helmut Brandstätter

Aufruf zur Zerstörung von Brasil
Bernhard Pelzl

**Bedingungen und Formen der Kommunikation
im Wertesystem des städtischen Raums**
Leopold Neuhold

Chance für Identität und Demokratie
Alexander Janda

Qualitätsmanagement in der öffentlichen Verwaltung
Martin Ozimic

Pfui Öffentlichkeit
Hans Putzer

Über Wissenschaft, Forschung und Verantwortung
Peter Piffl-Percevic

Kunst braucht Kenner – Kulturpolitik in der Stadt
Peter Marboe

In 90 Sekunden die Welt erklären?
Andreas Wrobel-Leipold

**Nachhaltige Stadt –
Widerspruch oder Zukunftskonzept**
Michael Narodoslawsky

Stadtmarketing außerhalb der Schrebergärten
Arthur Oberascher

**Wieviel Stadtkern braucht die Stadt?
Wieviel Umland braucht die Stadt?**
Siegfried Nagl

Der Arbeitsmarkt der Stadt Graz im Jahr 2010
Birgit Doppelhofer

Wildtiere in der Stadt
Karl Adlbauer

Von Vatermörderkrägen und androgynen Menschen
Ulli Glettler

Steirische Stadtbevölkerung
Ernst Burger

Wieviel Zuwanderer braucht Graz?
Rainer Münz

Bürgerschaftliches Engagement in Europa
Konrad Hummel

Krainerhaus-Gespräch zum Thema „Zukunft Stadt 2010“
45 Helmut A. Gansterer, Andreas Schnider, Jürgen Fortin

Stadt oder Land: Entscheidung fürs Leben?
Heribert Maria Schurz, Josef Rauch

DIE STRAHLKRAFT NACH AUSSEN UND DIE QUALITÄT DES LEBENS IM INNEREN

Woher kommen Sie? Aus Graz. Und schon startet eine Assoziationskette: Avantgarde in der Kultur. Ist die nicht schon ein wenig „überwulstig“? Der Grazer Schloßberg. Was wird nun daraus? Kunsthaus am Berg/im Berg? In gleicher Vehemenz das ansonsten unversöhnliche Für und Wider. Verkehrsprobleme. Schon erhitzen sich die Gemüter – aber ist das anderswo anders? Graz im Internet, Graz, die heimliche Liebe, Graz, einen Ausflug wert, besonders im Advent der Regionen... Ist das nun Kitsch oder Kunst, und darf man das, Weihnachtssterne auf Häuser projizieren?

Auch das gibt es: Graz, wie schreibt man das? Graz, wo liegt das? Ah so, die zweitgrößte Stadt Österreichs? Nicht Salzburg, nicht Innsbruck? In diesem Winkel also, zwischen Ungarn und Slowenien? How interesting! (Der vorsichtig wertfreie Unterton verliert in der Übersetzung seine Spitz.)

Wie die eigene Stadt von außen gesehen wird, ob die Reaktion Bewunderung und Neugierde spiegelt oder die alten Vor-Urteile (Smog-Hauptstadt, Pensionopolis, Stadt der Volkserebung – eh scho wiss'n), bleibt für die Bürgerin und den Bürger einer Stadt nicht ohne Einfluß.

Wenn man mir mit negativen Einschätzungen meiner Stadt kommt, fühle ich mich in die Defensive gedrängt, dazu, zu erklären, zu vermitteln, zurechtzurücken. Wenn mir jemand andererseits versichert, welch außergewöhnliches Flair Graz hat und wie hoch hier die Lebensqualität ist und daß es sich hier gut leben läßt, dann trage auch ich den Kopf ein wenig höher und fühle mich bestätigt, ohne recht zu wissen warum.

Ich möchte stolz sein auf meine Stadt. Ich möchte in einer Stadt leben, deren Einrichtungen, Angebote und Attraktionen qualitätsvoll, ideenreich und in die Zukunft gerichtet sind. Aus

dem positiven Feedback ergibt sich eine inhärente Dynamik. Selbstvertrauen schafft eine Wirklichkeit, auf die sich wiederum stolz sein läßt.

Das ist die eine Seite: das Image, die Einschätzung einer Stadt von außen und im Inneren. Sie braucht das Strahlen, sie braucht Optimismus und Tatkraft. Ein ausgeprägtes Selbstvertrauen beflügelt.

Identität und Selbstverständnis einer Stadt, aber auch eines Stadtteils, einer Stadtregion, eines Bezirkes sind die Zündfunken, die weithin sichtbar werden. Voraussetzung ist, daß sie sich an erlebbaren Punkten festmachen lassen.

Hier spreche ich einer Unterteilung in kleinere Einheiten das Wort, auf einer anderen Ebene, die sich im großen und nach außen weniger gut vermarkten läßt, jedoch eine vorteilhafte Innenwirkung hätte.

Das Universitätsviertel, die Region einer Stadt, in der es Villen und Spazierwege gibt, die alten Industriebauten, deren Architektur und Geschichte wiederentdeckt und wiederbelebt wird, die Sportstätten einer Stadt, sie alle sind Identifikationskerne einer Stadt.

Im einzelnen wären sie für Graz erst zu bestimmen – durchaus im Zusammenwirken mit der örtlichen Bevölkerung, die am besten weiß, was den Kern ihres Graz-Seins trifft. (Auch stadtteilspezifische Probleme - wie etwa das „Altern“ von qualitativ hochstehenden Wohngegenden, die ohne Lift und ohne Nahversorger kein altengerechtes Umfeld bieten und damit eine Fluktuation der Bewohner zu erwarten haben – werden in einer solchen Betrachtung sichtbar. Rechtzeitig erkannt, könnten nachteilige Tendenzen vermieden und damit vorsorgende Stadtentwicklung betrieben werden.)

Wir brauchen die Dynamik in Wirtschaft und Marketing, im Tourismus und in den Medien. Sie ist der Motor, der das Zeug zum Selbstläufer hat. Graz ist groß genug, um von seinem Bild in der Welt beeinflußt zu werden, und klein genug, um durch ein kräftiges Antreiben des „Werkls“ Impetus zu gewinnen.

Die andere Seite: die Stadt als ein von Menschen bewohnter Raum. Wenn der Brennpunkt auf die allgemeine Lage der Stadt, auf die Stimmung der Meinungsbildner und Persönlichkeiten im öffentlichen Leben der Stadt gerichtet ist, dann braucht es in Ergänzung dazu auch die Tiefenschärfe, durch die die einzelne, der einzelne ins Bild rückt.

Ob sich Menschen in der Stadt wohlfühlen, hängt von vielen „kleinen“ Dingen ab. Als Beschreibung geeignet erscheint mir das Bild der Reflexzonenmassage. Stimuliert und aktiviert werden dabei winzig kleine Punkte, deren fachkundige Behandlung das Wohlbefinden jedoch erheblich zu steigern vermag.

Unter dem Begriff der „Lebensqualität“, der an sich unbestritten ist, versammeln sich Mosaikteilchen, die mehr als eine Gesamtheit ergeben. Je nach Blickwinkel braucht es Verschiedenstes, damit sich unterschiedliche Interessens- und Altersgruppen und Lebensformen in der Stadt verwirklichen und entfalten können. Einige seien hier beispielhaft, ergänzend zu den anderen Beiträgen in diesem Heft, aufgezählt.

Ein wesentlicher Punkt ist die Stadt als Freizeit- und Erholungsraum. Das Leben in der Stadt bringt viele Menschen dazu, sich ein Identitätsnetzwerk aufzubauen. Die Stadt lebt aus der Vielfalt, und zu ihr gehört, daß ich beides kann: eintauchen in ein pralles, erfülltes und teilweise lautes Leben und auch wieder mich zurückziehen. Die vielzitierte Anonymität

der Stadt ist etwas, das Städter auch suchen, als Ausgleich zur Betriebssamkeit und Anregung, für die die Stadt gemeinhin steht. „Wachsein und genießen“, nur eine Kombination aus beidem trifft das städtische Lebensgefühl.

„Wachsein“ – dabei geht es um mögliche Aktivitäten und die dafür notwendige Infrastruktur. Kultur, Sport, Spannung, Bildung, als sinnvoll erlebte Betätigung (auch als Ehrenamt) und anregende Kommunikation. Mit dem „Genießen“ ist eine Stimmung gemeint, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zur erwähnten Betriebsamkeit der Stadt stehen mag, vor diesem Hintergrund aber umso wertvoller ist. Auch sie erfordert Infrastruktur: Inseln der Ruhe, Erholung und Entspannung, gepflegte Gastlichkeit – in Lokalen und im öffentlichen Raum oder auch zuhause –, Grünraum und – Kommunikation nach Maß.

(Da suche ich mir meine Gesprächspartner aus. Da kommen Freunde ins Spiel und Menschen, die mir guttun. Beziehungen, die, sollen sie qualitätsvoll und damit „genießbar“ sein, immer besonderer Pflege und Aufmerksamkeit bedürfen. Sei es in der Dichte des städtischen Lebens und angesichts der größeren räumlichen Entfernung auf dem Land. Neue Kommunikationsmedien, und die sind wiederum in der Stadt leichter zugänglich, eröffnen aber auch hier neue Chancen.)

Anregung und Entspannung, Yin und Yang, ist der Lebensrhythmus schlechthin. Mit zunehmendem Alter mögen sich die Phasen verschieben, die doppelte Anforderung an den Lebensraum Stadt gilt jedenfalls ganz ungeachtet des Lebensalters. Nur braucht es, um verschiedene Zielgruppen anzusprechen, ein entsprechend zielgerichtetes Angebot.

Die Stadt als Partner der Generationen. Bei der Stadtplanung, in Verkehrsfragen, bei der Gestaltung von Grünanlagen, der Schaffung von Wohnraum und der Ausstattung des Wohnumfelds, in der Entwicklung der sozialen Infrastruktur, bei Freizeit- und Sportangeboten und vielem

mehr bestehen entscheidende Einflussmöglichkeiten zugunsten der Familien.

Kinder sollen auch in der Stadt Bewegungsfreiheit haben. Ihre Freiräume sollen nicht auf künstliche, steril und gefahrlos gestaltete Räume beschränkt sein. Gleichzeitig ist jedoch Sicherheit für Kinder in der Stadt oberstes Gebot. In diesem Spannungsfeld ist die Kinderfreundlichkeit und Kindergerechtigkeit der Stadt anzusiedeln.

Auch wenn sich heute immer größere Altersgruppen einem an sich „jugendlichen Alter“ zuzählen, bleiben manche Konfliktlinien zwischen Erwachsenen und Jugendlichen auch in der Stadt aufrecht. Ein gar nicht so neues und dennoch ungelöstes Problem sind die Skater. An sich gäbe es in der Stadt genügend Flächen, die sich als aufregende Skater-Bahnen anbieten, nur gehört zum Skaten auch der Lärm, und der stört, auch das ist verständlich, die Anrainer.

Nach den Bevölkerungsprognosen werden junge Menschen in der Stadt in Zukunft immer mehr zur Minderheit. Sie und ihre Vorstellungen zu kennen und zu berücksichtigen wird dennoch zu einer Überlebensfrage der Stadtpolitik werden.

Jugendliche Einstellungen und Halutungen wirken, auch das zeigt der Trend, über die Altersgruppe im engeren Sinn hinaus. Für junge Menschen gilt daher nur in besonderem Maße, was auch eine allgemeine Forderung ist und sich in sinnvollen, durchdachten (nicht nur alibimäßigen oder früheren Denkmodellen nachgehängenden) Beteiligungsmodellen für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen niederschlagen müßte: Jeder einzelne Mensch ist im alltäglichen Leben darauf angewiesen, daß er sich mitteilen kann und beteiligt wird. Nur so entsteht und erhält sich die Identifikation mit dem Lebensraum Stadt.

Gemeinsame Unternehmungen für Familien gestalten sich in der Stadt vielleicht auch deshalb schwieriger als auf dem Land, weil der geringere Bewegungsraum mit einer größeren

Erwartungshaltung in bezug auf Angebote zusammenfällt. Diese Angebote sind im städtischen Raum aber auch wieder leichter zu schaffen, wenn nicht durch städtische Institutionen, so doch durch Vereine und private Initiative.

Dabei über ein enges Verständnis von Familie hinauszugehen und mit zu bedenken, wie jung und alt – auch ohne verwandtschaftliche Beziehung – zu gemeinsamen Erlebnissen und Erfahrungen kommen, wäre eine Zukunftschance.

Heute wird ja die Tatsache, daß es in Zukunft eine viel größere Anzahl älterer Menschen geben wird, zumeist als bedrohendes Szenarium beschrieben: Versicherungssysteme werden unfinanzierbar, die Pflegelücke droht.

Was weniger beachtet wird, ist, daß sich längst ein „drittes Lebensalter“ herauskristallisiert hat, das Entwicklungschancen in sich trägt, das wertvolle Beiträge für das städtische Leben leisten könnte, wenn es nur gefragt wäre. Die „jungen Alten“ sind nicht nur vielversprechende Konsumentinnen und Konsumenten, viele von ihnen sind rüstig, mobil und aktiv und auf der Suche nach sinnvoller Betätigung und nach Kommunikation.

Dafür die Infrastruktur bereitzustellen, kann sich in der Stadt der Zukunft vielfach bezahlt machen. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind – sofern sie nicht in Zeiten von Sparbudgets missbräuchlich als Notnägel verwendet werden – neue und vielversprechende Ansätze, die unsere wackelig gewordenen Sozialsysteme revolutionär verändern könnten. Auch insofern bewährt sich die Stadt wieder einmal als der Ort, wo Neues zuerst erkennbar wird.

Die Stadt ist gestalteter Kulturraum und steht damit in einem gewissen Spannungsverhältnis zur natürlichen Umwelt. Natur zum Angreifen ist in der Stadt eine Besonderheit. Wahrscheinlich erklärt das, warum Themen, denen an sich geringere Relevanz beigegeben wird, verbunden mit einem Bedrohungselement zu heftigen Debatten und Gefühlsausbrüchen führen.

POLITICUM

Alleen und Kastanienbäume, Eichkätzchen, die Enten im Stadtpark und Tiere ganz allgemein haben für Menschen in der Stadt Symbolcharakter. Ein mögliches Resümee daraus könnte sein, die sachliche Diskussion über grüne Inseln und über die Tierwelt in der Stadt auf Fachkreise zu beschränken und von Medien mit schöner Regelmäßigkeit losgetrennte öffentliche Empörungen in möglichst stoischer Ruhe auszusitzen und vorübergehen zu lassen.

Ein anderer möglicher Ansatzpunkt wäre, zu überlegen, welchen Wert die Umwelt für den Städter der Zukunft hat, wie sich ein entsprechendes Bewußtsein schaffen lässt und welche Maßnahmen zu setzen sind. Neben dem Dauerbrenner Luft und dem im Bewußtsein der Menschen neu auftretenden Thema „Lebensmittel Wasser“ ist es das Grün, ist es die Natur und die Tierwelt in der Stadt, die bewegt und deren Wert als Beitrag zur städtischen Lebensqualität heute noch brachliegt.

Ich denke beispielsweise an die Nutzung der städtischen Parks, an Bachläufe oder auch an Heimgartenanlagen. Was zur Zeit ihrer Errichtung galt, ist offensichtlich heute nicht mehr das Gelbe vom Ei. Gedanken darüber, wie eine Stadt ihren Grünraum nutzen will, erscheinen angebracht.

Wollen wir unberührte Natur in der Stadt für den stillen Genießer? Dann braucht es eine behutsame, aber fachkundige Pflege und Hege dieser Gebiete. Sollen Parks Erholungsräume für ältere Menschen sein? Dann braucht es übersichtliche Wege und gepflegte Parkbänke, und ältere Menschen müssen sich, zumindest tagsüber und auch wenn sie allein sind, sicher fühlen. Sollen Parkanlagen und Uferräume Spiel- und Entdeckungsmöglichkeiten für Kinder bieten? Dann müssen sie entsprechend aus-

gestattet und nach pädagogischen Konzepten gestaltet werden. Solen alle grünen Inseln in Graz dasselbe Gefühl vermitteln, oder wollen wir Unterschiede? Dann wären – da oder dort – „Themenparks“ im kleinen eine Möglichkeit, Kräutergarten, Beerensträucher, ein Streichelzoo oder ähnliches.

In Ergänzung übrigens zu einem großen Grazer „Reich der Sinne“ oder einer „Welt des Erlebens“. Nicht einem schlüpfrigen Amusement rede ich damit das Wort, sondern einer Sinnlichkeit in einer für Städter heute rar gewordenen, buchstäblichen Bedeutung. Die Meinungen mögen geteilt sein. Tatsache ist, daß die bunten Hundertwasser- und Rongerbauten, daß André Hellers Kristallwelt zum Staunen und Schauen verleiten. Das ist genau die Strahlkraft nach außen, die eingangs angesprochen wurde. Eine Attraktion in einem größeren und unübersehbaren Maßstab, eine Grazer Welt zum Staunen (Schauen, Tasten, Riechen, Horchen), die auch die Augen der Tourismus-Manager zum Glänzen bringt.

Eine genauere Bestimmung der Ausrichtung des einen wie des anderen, der vernünftigen, sanften, natur- und bürgernahen Nutzung von Park- und Grünanlagen einerseits und der Errichtung einer Erlebniswelt (im Schloßberg oder auf dem Messegelände oder in einem Veranstaltungszentrum oder wo auch immer) andererseits wäre ein lohnendes Projekt, bei dem die Bevölkerung – davon bin ich überzeugt – mit Begeisterung mit dabei wäre. Wenn – ja, das ist eine entscheidende Einschränkung – eine realistische Chance auf Umsetzung besteht.

Um die Umsetzung geht es. Und das bringt mich zum Thema dieses „politicum“ zurück: „Zukunft Stadt 2010“.

2010 ist nicht die ferne Zukunft. 13 Jahre sind nicht viel. Zu kurz beispielsweise, um das geltende Pensionsystem umzustellen – die Übergangsfristen sind länger.

13 Jahre sind aber auch ein realistischer Rahmen für Dinge, die wir verändern, die wir bewegen wollen in dieser Stadt. Für Projekte und Gestaltungsaufträge, die heute auf der Hand liegen und sozusagen in Sichtweite sind. 13 Jahre sind ein guter Rahmen für veränderte Haltungen und für das Schaffen von Bewußtsein.

Die Stadt als Raum der beschleunigten Entwicklung ist auch der Ort der Widersprüche und der Spannungen, die es positiv zu nutzen gilt. Wir brauchen die Vereinbarung über mögliche Zukunftsbilder der Stadt. Die gemeinsame Vision davon, wie eine Stadt in Zukunft sein soll, schafft den nötigen Zusammenhalt. Daher auch der Blick auf eine überschaubare Zukunft, ins Jahr 2010.

Wir brauchen den Diskurs über konkrete Pläne und Vorhaben. Sie sind im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit den politischen Mitstreitern zu verfeinern und abzustimmen. Mit Professionalität, mit Ernsthaftigkeit und Beharrlichkeit – trotz des tänzelnden Schrittes, den die Medienwirklichkeit der Politik verordnet – und einer klaren Strategie, wie Projekte umgesetzt werden können, in welche Problembereiche große Fragen zerlegt und wie Aufgaben delegiert werden können, muß es dann an die Umsetzung gehen.

Denn der Grundstein für die Leuchtsignale, die Graz im Jahre 2010 aussendet, die dann weithin sichtbar sind und die auch die Bürger unserer Stadt als das Besondere an ihrer Stadt schätzen und bewundern, ist heute zu legen.

VOM SAULUS ZUM PAULUS

HERWIG HÖSELE

Meine letzten Beiträge an dieser Stelle in der „politisch“-Rubrik „Zur Zeit“ waren stets Teilesaspekte eines Megathemas gewidmet: der zunehmenden Kritik und Verdrossenheit an den Insuffizienzen des gegenwärtigen Politikgetriebes und der zugrundeliegenden Strukturen. Diese Stimmung ist besonders fatal in einer Zeit, in der gerade demokratische Politik besonders gefordert wäre, um das Notwendige und Zukunftsorientierte mehrheitsfähig zu machen, in der wichtige Reformen notwendig sind, um brüchig Gewordenes neu zu fundieren und darauf Neues aufzubauen, damit nicht einerseits Stillstand eintritt und andererseits Demagogen, Fundamentalisten mit autoritären Lösungsansätzen noch weiterer Nährboden geben wird. Es geht, um es hochtrabend zu formulieren, um die Zukunft von demokratischen Institutionen im Zeitalter der Globalisierung (genauso wie die Zukunft des Sozialstaates, des Generationenvertrages etc.)

Gemäß der Parole „Global denken, lokal handeln“ habe ich in meinem letzten „Zur Zeit“-Beitrag einige Zukunftsaspekte des österreichischen Föderalismus und seiner Regierungsformen unter dem Übertitel „Weit mehr als ein Sommertheater“ angekippt. Die Intensität der Diskussionen der letzten Monate hat bewiesen, daß dieses Thema weit mehr als ein Versatzstück des Sommertheaters ist, sondern es um die Grundlagen geht. Der Wunsch nach Abschaffung der Proporzregierungen in den Ländern wird – siehe Salzburg und Oberösterreich – immer lauter, genauso wie der nach Direktwahl des Landeshauptmannes. Sogar die beiden sozialdemokratischen Landeshauptleute Stix und Häupl – die Sozialdemokraten waren historisch immer bei Direktwahlen, etwa auch des Bundespräsidenten, äußerst skeptisch – treten dafür ein. Häupl betonte in einem Interview sogar, „in dieser Frage vom Saulus zum Paulus“ geworden zu sein.

Warum können Direktwahlen zur Stärkung des demokratischen Systems gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt eine wirksame Reformrezeptur sein? Einer der prominentesten deutschen Parteienkritiker, Professor für öffentliches Recht und Verfassungslehre an der Verwaltungshochschule in Speyer, Hans Herbert von Arnim, hat dies für die deutschen Ministerpräsidenten in seiner Rektoratsrede und in einem Artikel im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (Ausgabe 51, 1993) unter dem Titel „Ein demokratischer Urknall“ ganz grundlegend dargestellt:

„Die politische Klasse kapselt sich vom Volk ab, erschwert den Zugang neuer politischer Kräfte, die für die Funktionstüchtigkeit des Systems unverzichtbar sind. In Regierung und Parteien fehlt es an Führung und kompetenten Fachleuten. Gezänk dominiert den politischen Alltag, drängende Probleme werden nicht gelöst.

Die eigenen Interessen der politischen Klasse an Macht, Posten und Geld stehen dagegen ungebührlich im Vordergrund. Skandale um Politifinanzierung, Mauschelen bei der Besetzung von Stellen in Staat, Verwaltung und Justiz sind an der Tagesordnung. Sie verstärken Mißtrauen und Verdrossenheit der Bürger.

Den genannten Mängeln durch bloße Appelle an die Politiker abzuhelpfen, erscheint ziemlich hoffnungslos. Denn die Mängel sind zum guten Teil systembedingt. Innerhalb des Systems kann ein Politiker oft gar nicht anders handeln, will er nicht zum tragischen Helden werden. Wir müssen also das System ändern....

Der Ministerpräsident sollte direkt durch das Volk gewählt werden, nicht wie bisher durch die Parteien im Parlament. Die Minister, deren Zahl verringert werden muß, sind vom Ministerpräsidenten zu ernennen, der Landtag muß sie bestätigen. Das Wahlrecht muß geändert werden: Das

Volk soll nicht nur Parteien, sondern die einzelnen Abgeordneten wählen dürfen....

Die Bürger bekämen wirkliche Mitscheidungsrechte. Die Herrschaft der Parteien würde zurückgedrängt, die Sach- und Gemeinwohlorientierung der Politiker systematisch verstärkt, die Möglichkeit politischer Führung verbessert, die Gewaltenteilung wiederhergestellt, die Rolle der Abgeordneten und Parlamente aufgewertet, die parteipolitische Ämterpatronage zurückgedrängt...

Heute ist die Verwaltung die Hauptaufgabe der Länder, nicht mehr die Gesetzgebung. Daher ist es nur konsequent, die Spitze der Exekutive von den Bürgern direkt wählen und kontrollieren zu lassen. Der direkt gewählte Ministerpräsident wäre der geeignete Patron des Landeswohls. Er könnte wirksam einer immer drohenderen Gefahr für die parlamentarische Demokratie entgegentreten: der Dominanz von Partikularinteressen, durch die langfristige Interessen der Gemeinschaft zunehmend in den Hintergrund gedrängt werden.

Mit Recht ist deshalb in jüngster Zeit auch die Direktwahl der Bürgermeister in viele Kommunalverfassungen aufgenommen worden. Die Erfahrungen in den Kommunen entkräften die Sorge, das Volk sei verführbar und würde seine Stimme bereitwillig an Freibier-Ministerpräsidenten vergeben.

Beispiele in süddeutschen Großstädten weisen in eine andere Richtung: Die Bürger bevorzugen einen Typ, der praktische Verwaltungserfahrung und politische Ausstrahlung in einer glücklichen Mischung vereinigt. Bürgermeister wie etwa der Stuttgarter Manfred Rommel oder der ehemalige Münchner Oberbürgermeister Georg Kronawitter wurden bundesweit zu Vorbildern. Die Bürger sind offenbar klüger, als manche Mitglieder der politischen Klasse meinen...

ENERGIE IM (ÜBER-)FLUSS

STADT-ZEIT – INDIVIDUAL-ZEIT – GLOBAL-ZEIT

ÜBER DIE GESCHWINDIGKEIT DES LEBENS UND DIE BEHARRLICHKEIT DER STADT

Die Stadt ist ein Faszinosum in der menschlichen Geschichte. Sie wird in den „großen Erzählungen“ der Menschheit immer wieder bemüht: Die Bibel spricht von der Verheißung des „himmlischen Jerusalem – der lichten Stadt am hohen Berg“, Sodom und Gomorrha sind Orte der schändlichen Verworfenheit, Babylon die Stadt der Macht und des Gefangenseins, des Turmbaus und des Verlusts der Sprache. Jede der alten Kulturen bildet ihre Städte aus, ob es nun Theben oder Alexandria, Athen oder Rom war. Ein Städtegründer mußte man sein, wenn man Spuren in der Geschichte hinterlassen wollte. In der Stadt traf sich die Vielfalt der damaligen Zeit. Und natürlich auch die Vielfalt der Einflüsse von außen. Städte waren Orte des Handels und der Besuche, Orte des Reichtums und der Sehnsucht, eben diesen Reichtum zu erobern.

An der Stadt drückt sich auch die jeweilige Zeit aus. Sie wird in der Stadt widergespiegelt, denn die geistliche und weltliche Macht hinterläßt Spuren. Tempel, Kirchen und Paläste, Rathäuser, Universitäten und Stadien sind in ihr vertreten und geben in Prächtigkeit und Größe Auskunft über den Zustand der Stadt und der Zeit, in der sie dargestellt wurde.

Die Stadt ist aber auch gleichzeitig der Ort der Privatheit. Nirgendwo kann man so leicht anonym sein oder werden, sich zurückziehen und dem Tempo der Zeit verweigern, wie in der Stadt. Sie hat ihre Nischen, ihre vergessenen Ecken, gleichzeitig aber auch ihr Elend und ihren ganz privaten Horror. Im Zeitalter der Globalisierung ist sie das alles noch mehr. Jede Stadt versucht in sich die Welt festzuhalten, spricht davon, ein eigenes Profil zu entwickeln und möchte doch gleichzeitig alles das haben,

was es in anderen Städten auch gibt. Die Stadt wird heute zum Ort der Gleichzeitigkeit. Nicht nur des Geschehens und des menschlichen Lebens, sondern auch all dessen, was in der Welt vertreten ist. Früher war man in unseren Breitengraden schon beeindruckt, wenn es irgendwo einen Balkan Grill, ein italienisches Restaurant oder irgendwelche Geschäfte ausländischer Provenienz gab. Heute ist es selbstverständlich, daß wir chinesisch, indisches, mexikanisch essen, allerlei Möbel und Geräte, Bilder und Plastiken aus den Kulturen der Welt kaufen können. Wer durch die Städte geht, sieht auch die Vielfalt der Menschen, die heute in ihr zu Hause sind. Eine Zeit, die stark in Bewegung ist, hat auch viel Standgut, das aber tritt als erstes in einer Stadt auf. So widerspiegelt die Stadt die Zeit.

Europa ist eigentlich eine Stadt geworden, eine, die viele Namen trägt und viele Formen hat, aber in der Gleichzeitigkeit des Europäischen unverkennbar ist. Wohl ist das eine oder andere mehr oder weniger in einer Stadt vertreten, man kann aber die Teile nicht mehr davon trennen. Europa ist ein Stadt-Multi und hat die Multi-Stadt zum Inhalt. Ganze Stadtlandschaften bedecken den Kontinent, der sich in den meisten Städten wiederfindet. Dabei ist es nicht mehr die große Stadt, die Megalopolis, sondern die Globalisierung ist ganz selbstverständlich und in den mittleren Städten, ja auch schon in kleinsten Orten vertreten.

Sollen wir das ablehnen oder aktiv darauf zugehen? Ich glaube, daß wir ein Stadtnetz in Europa brauchen und jeder der liebgewordenen Orte eine Netzstadt sein wird, ein Punkt, in dem sich andere Städte wiederfinden. Wir leben nämlich heute in einer Stadtzeit, die in allen ihren Formen eben

urban geworden ist. Was wir aber entwickeln müssen, ist die Zeitstadt, die uns genügend inneren Raum und Platz gibt, um auch all das zu verwirklichen, was wir uns wünschen. Da gibt es soviel, woran wir arbeiten können, etwa nämlich an der Kulturstadt durch die Entwicklung einer entsprechenden Stadt kultur, an der Feststadt, dadurch, daß das Leben ein Stadt fest wird. An der Arbeitsstadt, indem wir die richtige Form der Stadtarbeit entdecken. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, um diese Spannungselemente durch alle Lebensbereiche hindurch zu variieren.

Meine Vision für das Jahr 2010 in bezug auf das Thema meines Beitrages ist die Hoffnung, daß die Städte das Gemeinsame erkennen, sich europäisch fühlen. Das Leben eines europäischen Bürgers ermöglichen, das Gemeinsame in sich haben und das Individuelle weiter fördern, denn ohne den individuellen Beitrag gibt es das Gemeinsame der Stadt nicht. Das interessanteste Modell, das ich im Zusammenhang mit dem Thema meines Beitrages jemals kennengelernt habe, ist das Europa seit 1989, weil es nicht lange auf die Politik gewartet hat, sondern sich auf den Weg gemacht hat, um wieder jener gemeinsame Kontinent zu werden, der uns in der Geschichte begegnet ist. Nur brauchen wir heute keine Stadt, die wie eine Festung sich nach außen abschließt, sondern offen ist. Nicht nur für die Menschen, die sie besuchen, sondern für die anderen Teile der Welt. Im übrigen: Der Prophet Jeremias hat einen wichtigen Hinweis hinterlassen, nämlich den, daß unser Schicksal und unser Glück mit der Stadt verbunden ist: „Wollet der Stadt Bestes, dann wird es euch gut ergehen.“ Ist das nicht Vision genug?

MARKT UND MAHALA

DRAMATURGIE DER STADT: DIE SPANNUNG ZWISCHEN ZENTRUM UND PERIPHERIE AM BEISPIEL DER URBANEN STRUKTUR SARAJEVOS

Die Stadt ist in ihrer Entstehung und ihrer Existenz untrennbar gebunden an zwei ausgesprochen „städtische Orte“ – an Wälle bzw. starke Mauern, die die Zitadelle umkreisen, und an den Marktplatz. Der Marktplatz ist zweifellos der Kern der Stadt, ein Mittelpunkt, aus dem heraus sich die Stadt entwickelt und um den herum sie entsteht, und starke Mauern sind entweder Reserve-Ort der Stadt oder deren Panzer.

Unabhängig von den Mauern, die um die Stadt oder oberhalb von ihr sein können, aber in unmittelbarer Nähe, ist der Marktplatz Mittelpunkt, aus dem die Stadt entsteht und um den herum sie sich formiert. Am Marktplatz treffen Stadt und ihre natürliche Umgebung zusammen. Stadt / Kultur / Geschichte und Dorf / Ahistorizität / kultivierte Natur, wie Claude Levi-Strauss sagen würde. Es treffen aufeinander einerseits das menschliche Verlangen nach Existenzformen, die nicht bloße materielle Existenz sind, und andererseits die stumpfe Unvermeidlichkeit, vor allem auch materiell zu existieren. Auf dem Marktplatz wird also mit wunderbarer Klarheit das grundlegende Drama menschlichen Daseins in der Welt konkretisiert – die ausgesprochen dramatische Spannung zwischen der materiellen (natürlichen) Existenz, zu der er verurteilt ist, und dem ihm angeborenen Verlangen, sich vom Diktat dieser Existenz zu emanzipieren und auch einige andere Existenzformen zu beherrschen, oder wenigstens die Grenzen dieser materiellen Form zu erweitern.

Der Marktplatz ist immer begrenzt durch ein Verwaltungsgebäude der Staatsmacht, von der einen Seite, und durch ein Gotteshaus von der anderen Seite, von den beiden übrigen Seiten des Marktplatzes durch Gebäude, deren Natur vom kulturellen System, in dem die Stadt entsteht, abhängig ist.

Sollte der ausgesprochen dramatischen Natur des Marktplatzes, der Mittelpunkt und Kern der Stadt ist, die Offenheit der Stadt zu verdanken sein bzw. die Tatsache, daß die durch die Stadt bestimmte Kultur nicht einstimmig und totalitär ist und sein kann? Der Marktplatz ist offensichtlich der Ort starker dramatischer Spannungen. Einerseits beginnt die Stadt mit dem Marktplatz und konstituiert sich um ihn, in bezug auf ihn, und andererseits öffnet sie sich gerade durch den Marktplatz gegenüber dem, was nicht Stadt ist, gegenüber dem Dorf, der Natur, dem Feld als kultivierter Natur. Auf der einen Seite des Marktplatzes befindet sich das Gebäude der Staatsmacht (sagen wir das Rathaus oder dessen Äquivalent), und auf der anderen Seite das Gotteshaus als Ort göttlicher „Herrschaft“. Zwischen diesen beiden Mächten gibt es und kann es keine vollkommene Übereinstimmung geben, in keinem einzigen, auch nicht im theokratischen Verwaltungssystem.

Auf dem Marktplatz treffen also zwei Prinzipien, zwei Welten, zwei Typen des Denkens und Welterbens aufeinander. „Der Staat Gottes“, wie es der Heilige Augustin sagen würde, und der menschliche Staat; die Entscheidung ist entweder für den einen oder den anderen, der Traum von einem und die Tatsache, daß man im anderen lebt; das Verlangen, den ersten zu bauen oder der praktische Entschluß, den zweiten zu vervollkommen. In jedem Falle sind beide auf dem Marktplatz, verkörpert durch Verwaltungsgebäude und Gotteshaus, der eine wie der andere ständig präsent, als Gebäude, als Typen des Denkens, als Erlebnisse der Welt und Lebenseinstellungen. Wie Platonismus und Aristotelismus, wenn es zutrifft, daß Menschen entweder als Platoniker oder als Aristoteliker geboren werden. Verwaltungsgebäude und Gotteshaus, einander entgegengesetzt oder nebeneinander, abhän-

gig davon, ob eine Kultur das Drama als Konflikt oder als objektive Artikulation der Spannung versteht.

Wie ich schon sagte, vom Typus der Kultur, in der die Stadt entsteht, hängt es ab, ob das Zusammentreffen von Stadt und Nicht-Stadt, des menschlichen und des göttlichen Staates, des platonischen und des aristotelischen Welterbens, ein Konflikt bzw. eine Auseinandersetzung oder gegenseitige Ergänzung sein wird. Sicher ist, daß die grundlegende Voraussetzung des Marktplatzes – wie auch des Dramas – die Spannung ist; sicher ist, daß die Spannung gleichzeitige Präsenz zweier gleichwertiger Identitäten oder zweier gleichwertiger Möglichkeiten ist; und sicher ist, daß sich unterschiedliche Kulturen unterschiedlich zu dieser Spannung verhalten, wovon das unterschiedliche Verstehen eines Dramas zeugt. In Kulturen, die, wie es Claude Levi-Strauss ausdrücken würde, einen „mediatoren Begriff“ hervorbringen, mit dem sie scheinbar die potentielle konfliktbeladene Spannung zwischen zwei Identitäten lösen, geht die Spannung nicht in einen Konflikt über. In Kulturen, die das Drama vor allem als Konflikt begreifen, wird sich naturgemäß auch das Zusammentreffen zwischen unterschiedlichen Identitäten, die sich am Marktplatz gegenüberstehen, vor allem als Konflikt dieser Identitäten manifestieren. Jedenfalls, ungeachtet dessen, wie das Zusammentreffen der unterschiedlichen Identitäten auf dem Marktplatz aussieht, bleibt die Tatsache, daß der Marktplatz Ort der Begegnung verschiedener Identitäten ist, und daß dieses die Kultur der Stadt und die Kultur, die in der Stadt entsteht, entscheidend bestimmt.

Auf dem Marktplatz treffen, wie gesagt, Identitäten zusammen, die durch sich selbst die Stadt konstituieren, und das bedeutet, daß die Stadt durch die Vermittlung des Marktplatzes den für sich charakte-

ristischen Typus von Einheit herstellt – einer mosaikartigen, in sich pluralen Einheit, die nicht monolithisch, aber doch ganzheitlich, nicht einstimmig, aber im Einklang ist. Nahe oder ferne Peripherie, elitäre Villensiedlung oder ärmliche Slum-Siedlungen, nördliche oder westliche Seite der Stadt, Siedlung von Industriearbeitern oder Siedlung von Professoren der Theologie – alle diese städtischen Einheiten verbinden sich, neben allen gegenseitigen Unterschieden, die groß sind und sich auf verschiedenen Ebenen der Identität manifestieren, durch die Vermittlung des Marktplatzes zu einer Ganzheit. Durch die Vermittlung des Marktplatzes konstituieren diese städtischen Einheiten die Struktur der Stadt, denn durch ihre Beziehung zum Marktplatz wird dasjenige geschaffen, was ihnen allen gemeinsam ist – nämlich Teil einer Stadt zu sein.

Das Beziehungsgeflecht „Zentrum-Peripherie“, durch welches die Struktur der Stadt konstituiert wird, durch welches sich die verschiedenen Identitäten zu einer Ganzheit versammeln, die auf der „mosaikartigen Einheit“ basiert, dieses läßt sich am Beispiel beliebiger echter Städte beobachten, aber es läßt sich, so glaube ich, am besten am Beispiel Sarajevos verstehen, wo diese Beziehungen besonders kompliziert sind. Die Stadt ist ein Raum „starker Identitäten“, gerade wegen dem komplexen Spiel der Einheit und der Unterschiede, die sich in den Beziehungen zwischen dem Zentrum (als einem Raum der Einheit) und den Peripherien (die arm oder reich, nördlich oder westlich, fern oder nah in bezug auf das Zentrum sind) entwickeln; in diesem Sinne ist Sarajevo die „Stadt der Städte“, denn das Spiel der Einheit und der Unterschiede, welches durch die Beziehungen des Zentrums und der Peripherie entsteht, ist in Sarajevo komplizierter und komplexer als in irgendeiner anderen Stadt, die mir bekannt ist, und das bedeutet, daß die Identitäten, die durch sich selbst die Stadt konstituieren, präziser als in einer anderen Stadt bestimmt sind.

Sarajevo ist in vielerlei eine charakteristische europäische Stadt. Es entstand in Zusammenhang mit der Zi-

tadelle, die die Kontrolle eines strategisch wichtigen Ortes ermöglicht – den Zugang in das Tal des Flusses Miljacka. Diese Zitadelle ist zugleich die älteste städtische Siedlung, die, keineswegs zufällig, Vratnik heißt (von „vrata“ – die Tür, also „Eingang“). Am Fuße des Berges, auf dem ursprünglich die Zitadelle stand und auf der die erste städtische Siedlung entstand (mit Marktplatz in der Mitte) entwickelte sich ein Handelszentrum, das auch heute noch Baščaršija (großer Markt) heißt. Das ist ein fast kreisförmiger Marktplatz, begrenzt durch Handwerks-Werkstätten, Läden, Lagerräume. Um diesen Handelskern herum entstehen Wohnviertel, die sich „mahalas“ nennen und die auf den Bergen um den kreisförmigen mittleren Marktplatz, und zwar in einem fast regelrechten Halbkreis, verteilt sind. Jede Mahala war als eine geschlossene Einheit konstituiert, bestimmt durch eine Religion und ein kulturelles Paradigma, das auf dieser Religion gründet.

Dank der Tatsache, daß alle, aber wirklich buchstäblich alle Tätigkeiten untrennbar an den städtischen Mittelpunkt gebunden waren, konnten sich die einzelnen Gemeinschaften nicht ghettosieren, denn die elementare Existenz war an die Kommunikation der Gemeinden untereinander gebunden, an ihre Zusammenarbeit, an die Konstituierung der Stadt als eine einheitliche, allen gemeinsame Ganzheit.

Dabei ist es wichtig, auf einen Unterschied zwischen Sarajevo und den anderen europäischen Städten hinzuweisen: Eine Gemeinschaft, also eine „kulturelle Identität“ bestimmt sich (bestätigt ihre Identität und baut sie aus) in einer Struktur wie sie Sarajevo ist, nicht nur durch ihre Beziehung zum Stadtzentrum, sondern auch durch die Beziehung zu den anderen Gemeinschaften, die gemeinsam mit dem Stadtzentrum die städtische Peripherie bilden. Eine katholische Gemeinschaft beispielsweise (die in der Mahala, dem Stadtviertel, siedelt, das Latin Luk heißt) definiert sich nicht nur durch ihre Beziehung zum Zentrum, durch welches sie sich auf dem sozialen und ökonomischen Plan definiert, sie definierte sich als eine

städtische Gemeinschaft. Aber diese Gemeinschaft definierte sich gleichzeitig durch ein Beziehungsgeflecht mit den übrigen, ihr äquivalenten Gemeinschaften der städtischen Peripherie – also durch die muslimische, orthodoxe und jüdische Gemeinschaft, die andere Stadtviertel besiedelten und so die städtische Peripherie (das heißt, einen Ring um das eigentliche Stadtzentrum) konstituierten. In diesem komplexen Beziehungsgeflecht, in dem die offensichtlichsten und wichtigsten Linien die Beziehung zum Zentrum und zu jeder einzelnen Gemeinschaft der städtischen Peripherie sind, definiert sich jede dieser Identitäten, die durch sich selbst die städtische Struktur sehr klar und höchst präzise bilden, und zwar auf allen Ebenen, auf denen die Identität einer Gemeinschaft überhaupt hergestellt wird. Also von der sozialen und ökonomischen bis hin zur metaphysischen Ebene, das heißt, von dem, wie und wieviel Geld verdient wird, bis zu dem, wie dieses Geld genutzt wird und wie man sich Gott vorstellt und wie man zu ihm betet.

Deshalb nannte ich Sarajevo „die Stadt der Städte“, wenn die Bestimmung einer Stadt die eines gesellschaftlichen Raumes „starker Identitäten“ ist. Auch glaube ich, daß das Beziehungsgeflecht, welches die städtischen Gemeinschaften verbindet, in Sarajevo besonders dicht ist, so dicht, daß es durch sich selbst einfach ein ausgesprochen starkes Bewußtsein von Identität schafft. Weiterhin glaube ich, daß seit den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts auch in Westeuropa der Prozeß einer „Multiplizierung“ der Beziehungen im Rahmen einer städtischen Kultur begonnen hat (mit der Ansiedlung kultureller Gemeinschaft, die ursprünglich nicht zur Stadt gehörten), daß die Grundbeziehung „Zentrum-Peripherie“ durch Beziehungen zwischen den einzelnen Identitäten der städtischen Peripherie ergänzt wird, daß die Struktur westeuropäischer Städte immer mehr der Struktur gleicht, die Sarajevo bereits zu Beginn seiner Existenz konstituierte. Und deshalb glaube ich, daß Sarajevo als Modell einer städtischen Kultur in jedem Unternehmen, über die Kultur einer

Stadt nachzudenken, sehr interessant sein kann.

Eine diachrone Perspektive, der hier leider nicht genug Beachtung geschenkt werden kann, fügt der hier skizzierten städtischen Struktur neue Elemente zu und ermöglicht ihr vollständigeres Verstehen. Mit der Ankunft der österreichisch-ungarischen Verwaltung in Sarajevo (1878) nämlich kam auch ein neuer Typus von städtischer Kultur in die Stadt. (Die deutliche Grenze zwischen dem Handels- und Wohnviertel verwischt, der Bau auf der Ebene des Talkessels bekam über den Bau an den Hängen der umgebenden Berge Überhand, die Baumaterialien änderten sich usw.) Einzelne städtische Gemeinschaften, unter denen, zur Zeit der osmanischen Herrschaft, die Grenzen noch viel fließender waren, als man es sich anhand meiner Beschreibung vorstellen kann, begannen sich noch intensiver zu verwischen, aber dieses stellte ihre Identitäten nicht in Frage. Und, was am wichtigsten ist, die Ankunft eines vollkommen neuen Konzepts der Stadt stellte die integrative Funktion des städtischen Zentrums nicht in Frage.

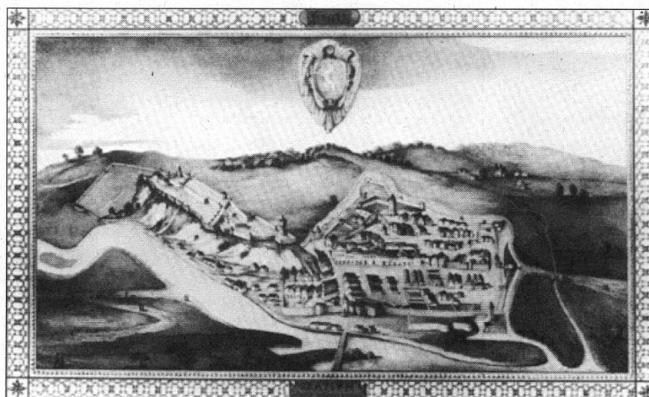
Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätte Österreich einfach mechanisch fortgesetzt, zu bauen, was es angetroffen hat: In einer mechanischen Kontinuität sind neben türkischen Wohnblöcken, unmittelbar an sie, österreichische und neben den

Mahalas, direkt an sie gelehnt, die Stadtviertel mitteleuropäischer Villessiedlungen erbaut worden. Aber mit diesem Aufbau ist neben dem alten städtischen Zentrum (Baščaršija) kein neues, „mitteleuropäisches“ Zentrum entstanden. Das Stadtzentrum hat sich also nicht zu einer Ellipse (Figur mit zwei Brennpunkten) formiert, wodurch die Stadt genaugenommen in zwei benachbarte Städte zerfallen wäre beziehungsweise in zwei Strukturen (auf der ideal existierenden Ebene der Stadt). Statt dessen hat sich das Zentrum der Stadt zum Süden verschoben – von der Bascarsija auf die Linie des Treffpunktes zweier städtischer Konzepte, dorthin, wo sich am innigsten und am offensichtlichsten eine orientalische und eine mitteleuropäische Stadt treffen und ergänzen.

Natürlich beabsichtigte ich nicht zu beweisen, daß die österreichischen Baumeister diese Verschiebung des Zentrums, mit der die Einheit der Stadt bewahrt wurde, beabsichtigt haben. Die Frage als solche betrachte ich nicht als eine echte, ob es sich bei diesem Prozeß um ein Projekt der Baumeister oder um die „Selbstverteidigung der Stadt“ gehandelt hat, ungeachtet aller möglichen Aussagen, über das schöne Wunder einer wahrhaft großen Bauwerks, dessen Logik immer stärker und tiefer ist als die des Baumeisters. Ich möchte nur erinnern, daß das echte Zentrum Sarajevos auf der Linie, auf

der der türkische und der österreichische Stadtteil zusammentreffen, ist, auf der Linie, wo sich typisch orientalisches, überdachtes Textilhandelszentrum (Bezistan) und das Hotel „Europa“, das österreichische Rathaus und die Sultan-Moschee (verbunden durch eine türkische Brücke), das türkische öffentliche Bad (Hamam) und ein typisches mitteleuropäisches Wohnhaus mit gefärbter Fassade treffen. Und daß dieses Zentrum, das ich fälschlicherweise eine Linie der Begegnung zweier Konzepte der Stadt nenne, in Wirklichkeit aus drei kleineren Marktplätzen besteht. Drei Marktzentren, die integrative Energie ausstrahlen und so vier kulturelle Paradigmen zu einer Einheit versammelten, zahlreiche städtische Gemeinden, die vermischt gemeinsam leben und sich sehr ihrer Identitäten bewußt sind, die zu gleichen Maßen ihre bestimmende Zugehörigkeit zur städtischen Einheit empfinden und auch das, was sie von anderen Teilen dieser selben Einheit unterscheidet. Sie strahlen integrative Energie aus und schaffen eine Stadt, in der ein Ghetto nicht möglich ist, gerade deshalb, weil all diese Gemeinschaften sich so sehr ihrer eigenen Identität bewußt sind, und trotzdem bauen sie eine Einheit, denn der unumgängliche Teil ihrer Identität ist die Zugehörigkeit eben gerade zu dieser Stadt.

Aus dem Bosnischen von Azra Džajić



„ZUKUNFT STADT 2010“

NEW EDGE – DAS NEUE WELTEN-BÜRGERTUM

Das NEW EDGE, der Nachfolgebegriff des NEW AGE der meditativen achtziger Jahre, umfaßt ein neues Lebensgefühl der grenzenlosen Möglichkeiten, seine Wünsche, Utopien und Imaginationen als Teil einer riesigen Fantasy-Bank zu sehen.

Laut Louis Rosetto, Herausgeber einer bekannten amerikanischen Computerzeitung, wird das Jahr 2015 das Ergebnis einer digitalen Revolution sein, die „so tiefgreifend, so rasant und so weitgreifend ist, daß alle anderen Revolutionen bis jetzt wie Sandkastenspiele wirken.“

Auch der deutsche Zukunftsforcher Gerd Gerken ist der Meinung, daß sich unsere Massengesellschaft, die zur Zeit aus kleineren Strukturen besteht (Stadtbezirke, Familien, Parteien, Vereine, geistige Gruppen) durch diese digitale Revolution in eine Vielzahl spontaner Gemeinschaften verwandeln wird, die ihre Stärke dadurch gewinnen, daß sie nicht in der „Unpersönlichkeit der Massen versacken.“

Man sieht dies heute schon am Computernetzwerk Internet. Dort gibt es viele Gemeinschaften, aber sie bilden sich nur auf Zeit. Das schafft eine große Beweglichkeit, ein ständiges Kommen und Gehen. Auch ein neuer Gesichtspunkt kommt hinzu: Es gibt für diese Gemeinschaften keine geografischen, keine sprachlichen und keine Nationalitätsgrenzen mehr. Die Konsequenz laut Gerd Gerken: Ein neues Welten-Bürgertum entsteht, das auf subtile Art den Nationalismus zur Erosion bringen kann.

Diese Revolution wird zur Zeit von vielen gar nicht richtig wahrgenommen. Sie scheint so spielerisch, so abstrakt zu verlaufen, daß wir noch keine Zeichen wahrnehmen können, um sie in ihrer ganzen Radikalität zu erfassen. Auf der einen Seite ist sie ganz real, auf der anderen kommt sie uns wie ein virtueller Traum vor.

Durch diesen Trend zur Netzwerkkommunikation, der gerade bei der jungen Generation großen Anklang findet, verliert das klassische Netzwerk Familie zunehmend an Einfluß. Die jetzigen Familienstrukturen sind zur Zeit nicht in der Lage, diesen Veränderungen, wirksam entgegenzuwirken, da der Rückzug der Jungen von der Realität nicht als Abschottung, als Sichzurückziehen, als Cocooning, wie die Trendforscherin Faith Popcorn prognostiziert hat, durchlebt wird, sondern ganz im Gegenteil: als Aufbruch zu immer neuen, virtuellen Familiengemeinschaften.

Viele Bildungsorganisationen haben inzwischen entdeckt, daß in Zukunft das Lernen ein lebenslanger Prozeß ist, der fast ausschließlich elektronisch-digital stattfinden wird. Dabei wird ein Großteil des Wissens gar nicht mehr gelernt, weil Wissen jederzeit und problemlos zur Verfügung steht, wenn man es wirklich braucht. Statt mühsamer Büffelei wird das Lernen plötzlich vergnüglich und spielerisch.

Das Ergebnis dieser neuen Kommunikationsart könnte unter anderem das Auflösen der repräsentativen Demokratie bedeuten. An die Stelle der gewählten politischen Vertreter treten Netzwerke, die die öffentliche Meinung und die politische Willensbildung beeinflussen, ohne gewählt zu sein. So könnte eine Art „Tele-Demokratie“ entstehen, durch die jeder am politischen Leben direkt teilnehmen kann, wenn er es nur schafft, Gehör zu finden und Netzwerke zu formen. Es entsteht somit eine neue Art von Macht und Einfluß, die Gerken als „positive Anarchie“ apostrophiert.

Die großen Städte in Europa, Amerika und Japan sind durch die industrielle Revolution entstanden. Die Arbeiter wohnten in der Nähe ihres Arbeitsplatzes, da es zu teuer war, Menschen auch nur über

kurze Entfernungen zu befördern. Die wachsende Anzahl der Arbeiter verwandelte die Orte in immer größer und größer werdende Städte. Diese Lage veränderte sich etwas durch den wachsenden Verkehr, aber erst das Elektronikzeitalter hat es ermöglicht, bei der Arbeit nicht an einem bestimmten Ort gebunden zu sein.

Zum ersten Mal in der Geschichte ist der Zusammenhang von Arbeitsplatz und Wohnort überflüssig geworden, und so ziehen immer mehr Menschen auf das Land. Warum sollen sie auch in der Stadt bleiben? Menschen, die viel reisen, die jedes Jahr viele Metropolen besuchen, kennen schon das Gefühl: Die Städte mit ihren geformten Fußgängerzonen und ihrem krampfhaften Bemühen, ein neues Image zu entwerfen, werden irgendwie immer langweiliger, erwartbarer. Darum glauben viele, auf dem Land mehr Spannung und Lebensqualität zu finden: größere Erholungsmöglichkeiten, vergleichsweise niedrigere Wohnkosten, weniger Kriminalität und, was immer wichtiger wird, ein neues Gefühl der Geborgenheit in kleinen Gemeinschaften, die keine Anonymität kennen.

Dieser Trend ist zur Zeit nur in den entwickelten Industrieländern spürbar. In den Entwicklungsländern ist es gerade umgekehrt. Dort nehmen die Städte einen noch nie in der Geschichte gewesenen Umfang an.

Auch die Macht der Massenmedien als Nachrichtentransportmittel kommt langsam ins Wanken. Nach den neuen Untersuchungen über den Umgang der jungen Menschen mit den Medien wird das Fernsehbild nur noch als Impuls, als Simulation, um eigene Welten zu erfinden oder um eine eigene Sicht der Dinge zu entwickeln, benutzt. Die jetzigen Medien sind dafür nicht geeignet; sie sind zu langsam, zu wenig spontan und zu generalisierend.

POLITICUM

Das Computerzeitalter erleben viele als eine bedrohliche, ungewisse Zeit, gleich einer hungrigen Krake, die alles lautlos verschlingt.

Da heißt es, besonders wachsam und flexibel zu sein.

Gerade in der jetzigen Umbruchzeit wird man viel Kraft und Zeit aufwenden müssen, um den Kontakt zur Gegenwart und zum Zeitgeist nicht zu verlieren. Nicht im Trend zu sein

könnte in Zukunft ein unausweichliches gesellschaftliches, politisches und berufliches „AUS“ bedeuten.

Der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk hat unsere Zeit so beschrieben: „Wenn man erst einmal im permanenten Fluss integriert ist, dann ist es dort sehr ruhig. Je mehr man sich treiben lässt, je weniger man sich gegen die Geschwindigkeit des Wandels wehrt, um so mehr erlebt man ein Gefühl von Ruhe und Geborgenheit. Das Ge-

fühl der reißenden Strömung hat nur, wer nicht ‚mitströmen‘ will, wer Angst hat, die Kontrolle zu verlieren, wer sich festzuhalten versucht oder gar nicht erst in den Strom der permanenten Veränderung zu springen wagt und außen vor bleibt.“

Somit bekommt das bekannte Zitat von Abraham a Santa Clara (1644-1709) „Das Leben ist allein beständig in der Unbeständigkeit“ eine ganz neue Dimension.



„ZUKUNFT STADT 2010“

BERLIN - DIE HAUPTSTADT, DER NOCH EINIGES FEHLT

MIT EINEM SEITENBLICK AUF GRAZ

Der Anlaß war feierlich; der Rahmen prunkvoll: Im Schauspielhaus auf dem Gendarmerienmarkt wurde zum Berlin-Ball gebeten. „Hauptstadt-Ball“ stand auf den Plakaten, die beachtlichen Eintrittspreise sollten wohl die Bedeutung des Ereignisses unterstreichen. Und es wurde auch etwas geboten: Der Pop-Star unter den italienischen Tenören, Andrea Bocelli, begeisterte durch Gesang und Gestus ebenso wie seine Kollegin Milva. Der Rahmen für viel Prominenz war also da, aber die bekannten Gesichter fehlten. Da ein Innensenator, dort ein Polizeipräsident, das war's dann. Auch Glanz und Glamour, sonst typisch für solche Veranstaltungen, wurden durch kleinstädtische Garderobe und protzigen Modeschmuck ersetzt.

So ist Berlin zwar Hauptstadt eines bedeutenden Landes und doch gleichzeitig eine Provinzstadt, die vorerst nur nach Höherem strebt. Noch fehlt die Bundesregierung, wichtige nationale Einrichtungen, von den Gewerkschaften bis zur Bundesbank, sind quer über das Land verstreut, und bei der Kultur, wo Berlin Spitze sein könnte, wird vor allem gespart.

So nähern wir uns, vielleicht etwas umständlich, aber doch dem Thema: Da gibt es eine Hauptstadt, die trotz ihrer Größe mit allen negativen Klischees des Begriffs Provinz behaftet ist, und setzt damit fort, was das viel kleinere Bonn schon vorgelebt hat. Was Bonn fehlte und Berlin noch nicht hat, das sind mehr als die üblichen Einrichtungen einer bedeutenden Metropole. So fehlt der Platz zum streitigen Diskurs – im eigentlichen und im übertragenen Sinn.

Oft fehlt auch der intellektuelle Raum für die intensive Auseinandersetzung, wie kürzlich erst das Beispiel des Schriftstellers Günter Grass bewiesen hat. Seine Feststellung, er geniere sich für Deutschland wegen Asylpolitik und Waffenlieferungen an die Türkei, wurde nicht inhaltlich gekontert, sondern mit patzigen Hinweisen darauf, daß er als Schriftsteller nicht mehr ernstzunehmen sei. So wünschen wir dieser Stadt und diesem Land nicht nur einen, sondern viele Peymanns, auf daß die Menschen langsam aber doch etwas mehr Gelassenheit lernen.

Aber gerade in Berlin darf man nicht nur auf die großen Plätze schauen. Die Menschen dieser Stadt leben mehr als sonstwo in ihrer Umgebung, die hier Kiez heißt. Auch der Fall der Mauer hat daran nicht viel geändert. Der Steglitzer fährt zum Einkaufen in seine Schloßstraße, der Neuköllner in die Karl-Marx-Straße und der „Ost-Berliner“ schafft es höchstens bis zum Alexanderplatz. Kurfürstendamm und Friedrichstraße sind eher Bummel-Meilen für den Weihnachtseinkauf oder wenn Besuch von außerhalb kommt.

Kurz: Der Berliner liebt sein unmittelbares Umfeld, die Stadt als Ganzes nimmt er oft nur als einen Ort zahlreicher Straßenstaus und Volksfeste wahr. Das Bewußtsein, daß Berlin auf dem Weg zu einer Metropole ist, die sich bald mit Paris oder London messen lassen sollte, ist dem Weddinger Arbeiter oder dem Marzahner Angestellten „schnurzegal“, wie man hier sagen würde.

Die Hauptstadt besteht aus 23 Bezirken. Jeder Versuch, diesen Wust aus

Bezirksbürgermeistern, Bezirksrathäusern und Bezirksparlamenten durch eine Reform seitens der Landesregierung zu dezimieren, ist bisher kläglich gescheitert. Und Umfragen zeigen: Die „Ur-Einwohner“ wollen auch gar nicht eingemeindet werden. Im Gegenteil: Den Berlinern ist ihr eigener Kiez tausendmal mehr wert als die mit einer Reform verbundenen Millioneneinsparungen im maroden Landeshauswahl. Da sind sich Ossis und Wessis in der Stadt einig: Mein Bezirk gehört mir! Ein besonders prägnantes Beispiel sind die Spandauer: Die „autonome Havel-Republik“, wie sie die Spree-Athenen spöttelnd nennen, pocht auf ihre Unabhängigkeit – bis hin zu skurrilen Einzelgängen in der Politik.

Und so ist Berlin dann doch ein bißchen wie Graz: Jeder Bezirk, jeder Kiez, hat kaum mehr Einwohner als die kleine Stadt in Österreich. Und genauso provinziell – Verzeihung, Graz – halten die Berliner an ihren liebgewordenen Kiez-Gewohnheiten fest. Die Frage, ob unter der Siegesäule am Großen Stern zusätzliche Ampeln aufgestellt werden dürfen oder nicht, bewegt die Gemüter tausendmal mehr als die Grundsteinlegung für das neue Kanzleramt.

Dennoch: der Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin im Jahr 1999 wird die Stadt verändern, zu ihrem Vorteil, wie ich glaube. Die Deutschen müssen lernen, dazu zu stehen, daß sie Bürger eines mächtigen Landes sind, trotz und gerade wegen ihrer Geschichte. Und die Berliner müssen lernen, daß sie die Hauptstädter des wichtigsten und größten Landes in Europas sind.

AUFRUF ZUR ZERSTÖRUNG VON BRAZIL

EINE PROVOLUTION ZUR ZUKUNFT DER STÄDTE

Es ist eines der Merkmale von Zeiten mit stark apokalyptischen Zügen, daß ein Teil der Visionen über die Zukunft die Sehnsucht nach einer besseren Welt spiegelt. Man muß nur die Apokalypse des Johannes lesen, die vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Blütezeit der kleinasiatischen Metropole Ephesos geschrieben wurde – einer Blütezeit, die in ihrer Befindlichkeit durchaus mit der heutigen vergleichbar ist: Auch damals regierte eine Shareholder-value-Ideologie, wurde Reichtum höher bewertet als Güte, herrschte die römische Globalisierung, war der Unterschied zwischen arm und reich abgrundtief, und die Erlebnisgesellschaft suchte immer stärkere Reize in den Arenen, Theatern und Dionysos-Heiligtümern, um ihre innere Leere mit rauschhaften Gefühlen auszufüllen.

Johannes' Gegenentwurf war ein „neues Jerusalem“, eine civitas Dei, in der die neutestamentliche Verheißung des Reiches Gottes in all seiner Herrlichkeit Wirklichkeit werden sollte.

Manche heutige Visionen über die Zukunft der Städte erwecken ähnliche Assoziationen, auch wenn das Reich Gottes dabei keine Rolle mehr spielt, sondern das zukünftige Paradies durchaus irdisch gedacht wird – wie sollte man auch anders in einer gottlosen Zeit?

Da gibt es zum Beispiel die Vision über die Zukunft der Städte in Europa (warum nur in Europa?), wie sie vom Internationalen Städteforum Graz in der Art einer rückwärtsgewandten Utopie entworfen wird: 1975, im europäischen Denkmalschutzjahr, wurde offensichtlich einigen Fachleuten das erste Mal bewußt, daß Europas Städte durch gigantomische Neubautätigkeit Gefahr liefern, zu unmenschlichen, geschichtlosen Megazentren zu werden. Da erinnerten sich Städteplaner, Historiker, Politiker und Kulturverantwortliche,

dass es viel Altes gibt in den Städten, das es zu bewahren lohnt: kommunikative Strukturen, Vielfalt und Abwechslung, Inseln der Natur, Plätze der Erinnerung, Häuser, die Geschichten erzählen, Schönheit und Tradition. Diese Qualitäten wollte man durch Renovierungen vor allem von Häuserfassaden, Plätzen und Innenhöfen wiederherstellen, um Plätze zu schaffen, die zur Kommunikation einladen. Zum Ausklang des Denkmalschutzjahres wurde daher in Amsterdam als strategische Organisation zur Erreichung dieses Ziels das Internationale Städteforum gegründet, das seither seinen Sitz in der Stadt Graz hat, die damals in dieser Art der Stadtterhaltung europaweit führend war. Seither bemüht sich die Institution, im Interesse menschengerechter Städte vergangene Stadtultur wiederherzustellen, zum Beispiel nach dem verheerenden Krieg im ehemaligen Jugoslawien.

Das Problem dabei: Diese Qualitäten – kommunikative Strukturen, Vielfalt und Abwechslung, Inseln der Natur, Plätze der Erinnerung, Häuser, die Geschichten erzählen, Schönheit und Tradition – hat es in der Geschichte der Städte in dieser Art niemals gegeben. Die Vision verklärt großbürgerliche Vergangenheit, was man auch daran erkennen kann, daß die bisher gesetzten Maßnahmen nur dem modernen Städtebauismus förderlich waren.

Ein anderes Beispiel für diese Art der beziehungsorientierten Visionen, wenn auch nicht so sehr rückwärts gewandt (Motto: „Schaffen wir einfach menschengerechte Stadtviertel!“), ist auch der Versuch von Frauen, im 22. Wiener Gemeindebezirk ein Siedlungsprojekt „Frauenstadt“ mit 359 Wohneinheiten zu verwirklichen, mit der klaren, durch eine sozialwissenschaftliche Studie legitimierten Vorgabe, die „individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Bewohner mit sozialen Anforderungen in Einklang bringen“, wozu Frauen ja aufgrund ih-

rer lange geübten Mutterrolle möglicherweise am besten geeignet zu sein scheinen.

Nicht weniger sozialutopisch entwerfen Fachleute von UNO-Organisationen, unterstützt von Einrichtungen der Entwicklungshilfe, ihre Zukunfts Bilder für die Städte der Dritten Welt:

Ausgehend vom Faktum, daß seit Jahrzehnten Millionen großteils ärmerer Menschen aus ländlichen Regionen in die Städte ziehen, weil sie sich in der Stadt einen gut bezahlten Arbeitsplatz und mehr Lebensstandard erhoffen, haben UNO-Experten Anfang der 90er Jahre Strategien für eine Umleitung des Bevölkerungsstromes ausgearbeitet: Nicht mehr in die Riesенstädte sollte es die Landbevölkerung fortan ziehen, sondern in kleinere Zentren in ländlichen Regionen.

Wie das funktionieren hätte sollen, führte „Citynet“ vor, ein Zusammenschluß von mehreren Lokalverwaltungsbehörden in Indien, Pakistan, auf den Philippinen, in Südkorea und Thailand zur kontrollierten Lenkung neuer Ansiedlungen in den Städten. Kernpunkt des Programms sollte der Erfahrungsaustausch sein. Für Stadtplaner und Politiker organisierte „Citynet“ Seminare und Lehrwerkstätten. Aus den Diskussionen ging folgendes Modell hervor: Nicht die Menschen sollten in die Stadt, sondern die Städte sollten zu den Menschen aufs Land kommen. „Citynet“ empfahl, urbane Landzentren durch die Ansiedlung von Industriebetrieben einzurichten, um die Nachfrage nach Arbeitsplätzen befriedigen zu können. Ein Instrument sollte die Steuerbegünstigung für ansiedlungswillige Privatfirmen sein, ähnlich wie es für strukturschwache Regionen in Industriestaaten angewendet wird. Dieser Teil des Modells scheiterte aber sofort: Die steuerliche Begünstigung von Firmen, die zum Beispiel im Problemgebiet im Norden Brasiliens gewährt wurde, hat nur die Abholzung des Regenwaldes verstärkt. Die Steu-

POLITICUM

ervorteile wurden nämlich von den Firmen in Anspruch genommen, um ihren Gewinn zu maximieren, keinesfalls war damit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der betroffenen Gebiete verbunden. Die brasilianischen Behörden nahmen die Vergünstigungen daher bald wieder zurück und erklärten den Versuch für gescheitert.

Die Folgerung daraus: Solche Visionen können die Sehnsucht nach einer heilen Welt in Mußestunden befriedigen. Es sind die Visionen einer wohlhabenden und guterzogenen Gesellschaft mit provinziellem Horizont, provinziell, weil sie überhaupt nur innerhalb von Grenzen entworfen werden können, die den größeren Teil der Welt ausschließen: jenen Teil der Welt, für den gilt, daß bereits heute die Hälfte der gesamten Stadtbevölkerung (rund eine Milliarde Menschen!) in buchstäblich lebensgefährlichen Unterkünften ohne jeden hygienischen Standard lebt, und trotzdem weitere Millionen Jahr für Jahr in der Hoffnung zuwandern, menschenwürdige Lebensbedingungen zu finden. In Argentinien lebt bereits die Hälfte der Bewohner des Staates in Buenos Aires, weil die Menschen am Land aufgrund fehlender Infrastruktur kaum Chancen für ein erträgliches Leben haben.

Inzwischen beginnt sich aber diese Armut auch schon zu globalisieren, wie alle anderen Bereiche der Wirtschaftswelt, und hat auch schon auf die Städte der Industrieländer übergegriffen. Auch diese beginnen bereits die Trends zu zeigen, von denen man bis vor kurzem geglaubt hat, sie würden nur für die Ballungsgebiete in Entwicklungsländern gelten:

- Teilung der Städte in reiche und arme Stadtviertel entsprechend dem zunehmenden Auseinanderklaffen der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung, wobei sich die Situation von Kindern, Frauen, vor allem jenen, die allein erziehen, von behinderten und alten Menschen und nationalen Minderheiten nur relativ zum jeweiligen nationalen Lebensstandard in den Industriestaaten von der Lage der Menschen in den

Entwicklungsländern unterscheidet.

- Fehl- oder gar nicht genutzte Resourcen, zum Beispiel Grund und Boden als Anlagevermögen, das so den Bedürfnissen vor allem der bedürftigen Bevölkerung entzogen wird, ebenso Wohnungen, für die ihre Eigentümer eine überhöhte Miete verlangen und sie lieber leer stehen lassen als sie billiger denen, die sie brauchen, zur Verfügung zu stellen - und wenn neue Wohnungen errichtet werden dann zu Kosten, die wiederum diejenigen, die sie am nötigsten bräuchten, als Nutzer ausschließen oder – wenn sie erschwinglich sind – wieder zur Entstehung sozialer Ghettos führen. Mit anderen Worten: Es gibt eine praktizierte Politik der Unterstützung der elitären städtischen Minderheiten, die in den Entwicklungsländern zynisch offen, in den Industrieländern freundlich verdeckt, die Möglichkeiten und damit Rechte des Rests der Bevölkerung einschränken;
- Das Ausgreifen der Bevölkerungsströme der armen Länder auf die Städte der Industrieländer, weil die Erfahrung kollektiv geworden ist, daß die Megastädte in den eigenen nationalen Wohngebieten keine Hoffnung mehr auf eine Verbesserung der individuellen Lebenslage erlauben, beschleunigen diese Entwicklung. Kriege und Unterdrückung tragen dazu bei.
- Das führt zu einer Internationalisierung des sozialen Konfliktpotentials in den Städten
- und in der Folge zu einer neuen Form der organisierten Kriminalität, die das politische Vakuum kompensiert, das durch die strukturelle Unfähigkeit des politischen Systems, die anstehenden Probleme zu lösen, begünstigt wird, sodaß einzelne Soziologen bereits eine Umstrukturierung der urbanen Gesellschaft nach den Regeln dieser organisierten Kriminalität wahrzunehmen glauben, in der nationale Unterschiede ja keine Rolle spielen, so ähn-

lich, wie man sie derzeit in den Staaten des Ostens nach dem Fall des Kommunismus beobachten kann.

Diese Trends sind es, die einem nachdenklichen Gehirn die Bilder einer Vision in der Art der joanneischen Apokalypse mit einer „Stadt Gottes“ als Endziel vollständig verschlagen.

Diese Trends werden es nämlich sein, welche die Zukunft der Städte eher bestimmen werden als die rückwärtsgewandten, von der Sehnsucht nach einer in der Vergangenheit liegenden heilen Stadtwelt bestimmten Utopien (mit ihren kommunikativen Strukturen, ihrer Vielfalt und Abwechslung, ihren Inseln der Natur, ihren Plätzen der Erinnerung, ihren Häusern, die Geschichten erzählen, der Schönheit und Tradition deutscher Fachwerkhäuser).

Diese Trends sind es auch, die apokalyptische Visionen über die Zukunft der Städte erzeugen gegen die lieblichen, kleinstädtischen Utopien der Berufsoptimisten, welche die Planungsämter und Rathäuser der europäischen Städte bevölkern, unwillig, die Gefahren zu sehen, die auf die europäischen Städte zukommen; Gefahren, die bereits die Wirklichkeit mancher Städte in reichen Industriestaaten bestimmen, in denen die Wohnviertel der Reichen von Mauern umgeben sind und von Privatpolizisten bewacht werden, um sie vor der aggressiven Not der Armen zu schützen, oder in denen das Leben bereits so streng reglementiert ist, daß man nur noch zwischen acht Grundstücksgrößen und acht Häuserformen wählen darf, wie in Happy Villa-ge nahe Disneyworld in Florida.

Am Ende stehen Bildersplitter einer Stadt, wie sie im Film „Brazil“ vorgeführt wird: Apokalypse pur.

Gegen ein solches Bild kann man nur radikal andenken – in der Weise, wie Alexander von Makedonien den gordischen Knoten löste:

- Zum Beispiel, daß man die Städte abschafft, indem man die Slums abreißt, und ebenso die luxuriösen Apartments. Und im gleichen

Zug muß man auch „das Land“ abschaffen, indem man die bäuerlichen Güter auf jene Größe parzelliert, daß es für alle reicht (für echte Bauern vielleicht etwas größer).

Und dann muß man die Städte zerstreuen übers Land, so daß sich die städtischen und ländlichen Gebiete vollständig vermischen und überall Stadt ist und gleichzeitig überall freies Land: die vollständige Verhütung der Welt, sodaß wieder grüner Raum entstehen kann zwischen den Menschen und sie sich wieder näher kommen können. Dann könnte niemand mehr mit falschen Hoffnungen in die Stadt ziehen, und es müßte auch umgekehrt niemand mehr aus dem Betondschungel der modernen Großstädte (mit ebenso falschen Hoffnungen) aufs Land flüchten, um Natur für sich zurückzugewinnen. Es gäbe kein Problem mehr, sein Leben dort zu gestalten, wo man sich gerade befindet, weil es keinen Unterschied zwischen Stadt und Land mehr gäbe.

Übersetzt in die Sprache durchaus realistischer Planer-Architekten würde dies heißen: Die ländlichen Gebiete müssen die gleichen Infrastrukturen erhalten, die derzeit den Vorteil der Städte ausmachen, und die Städte die Naturqualität, die es derzeit nur am Land gibt:

- ein gut ausgebautes Straßennetz inklusive Radwegen und einen öffentlichen Verkehr erster Klasse mit dichten Frequenzen – am besten eine nationale U-Bahn mit Plüschsitzen, Klimaanlage, Fernsehen und Telefon,
- Flugplätze, voneinander nicht mehr als dreißig Flugminuten entfernt, die im Inlandverkehr von lärmarmen Flugzeugen frequen-

tiert werden, vornehmlich während der Hauptmahlzeiten;

- leicht erreichbare Praxen von Fach- und homöopathischen Ärzten,
- Krankenhäuser, deren Intensivstationen im Standard mit denen an Universitätskliniken wetteifern und die man dank eines flächen-deckenden Rettungshubschraubernetzes in so kurzen Zeiträumen erreicht, daß Leben leicht gerettet werden können,
- Einkaufszentren, maximal alle zehn Kilometer mit Parkplätzen für zehntausend Autos, die alles anbieten, was das Herz der Bewohner des Einzugsgebietes begreift,
- Boutiquen, Hauben-Restaurants, Bars und Nachtclubs an den belebten Straßenecken,
- dazu ein Netz von höheren Schulen, jede von der anderen höchstens eine halbe Gehstunde auseinander,
- ein Guggenheim-Museum oder einen Louvre pro Quadratkilometer,
- einen Konzertsaal à la Stephaniensaal und eine Nationalbibliothek pro Schulsprengel,
- dazwischen englische Parks (darin eingebettet Friedhöfe, Zoos und biologische Kläranlagen als Gestaltungselemente) und botanische Gärten, in denen Kaffee, Kaka und Südfrüchte für den Verkauf gezüchtet werden,
- auf der einen Seite dieser Parks elegante Terrassenhäuser mit Dachgärten oder/und Villensiedlungen und auf der anderen Bauernhöfe im Tiroler oder Salzburger Stil, wie man sie aus den Prospekten kennt, die für „Urlaub am Bauernhof“ werben, mit Reitställen, Mohn- und Kornblumen- durchwirkten Kornfeldern, und vor jedem ein großmütterlicher Gemüsegarten, deren biologisch wertvollen Erzeugnisse die Bewohner der gegenüberliegenden Terrassenhäuser in deren hellen Innenhöfen auf romantischen Bauernmärkten kaufen können;
- an den Ecken der Wohnviertel Außenstellen von Universitäten, an denen man ohne Zulassungsbeschränkung und Vorbedingung Kommunikations-, Selbstfindungs-, Sprach- und Persönlichkeitsentwicklungskurse besuchen kann, mit eigenem Campus sowie je einem Industrie- und Gewerbe park mit produktiven Schauwerkstätten, in denen altes Handwerk gepflegt wird, und angeschlossenen angewandten Forschungszentrum.

Die Wärme wird aus Hackschnitzel-Fernheizwerken, die sich harmonisch zwischen die Wohn- und Parkanlagen einfügen, in die Wohnungen geleitet, und die Industrien erhalten ihre Energie aus Wasserkraftwerken, deren antreibende Bäche von künstlich angelegten Gebirgen und Hügeln herabstürzen, auf denen man dank Klimaanlagen und Schneeanlagen ganzjährig Wintersport betreiben kann und die von Windkraftwerken gekrönt sind ...

Es wäre die einzige Möglichkeit, Brasil zu zerstören: durch das „integrierte Siedlungswesen“, in dem sich Stadt und Land vollständig durchdringen, die Grundmauern von Ephesos bis aufs Vergessen bedeckend, auf einer Welt ohne Grenzen.

BEDINGUNGEN UND FORMEN DER KOMMUNIKATION IM WERTESYSTEM DES STÄDTISCHEN RAUMS

Eine Stadt im Jahr 2010, geprägt von Massenkommunikationsmitteln, von Internet und von virtueller Realität, von Mitteln, die es gestatten, mit dem anderen in Kontakt zu treten, ohne das zu müssen und die es gestatten, mit dem anderen in Kontakt zu treten, ohne ihm begegnen zu müssen – kann sich in einer solchen Stadt nicht jeder seine Wirklichkeit schaffen, seine Stadt schaffen, sich dabei das von anderen holen, was ihm zugesagt, sie im übrigen aber sein lassen, wo und wie sie sind? Wird eine solche Stadt nicht unreal sein, delokalisiert und entzeitlicht, weil sie unabhängig ist von Raum und Zeit, sich vielmehr im Computer generieren läßt, wann und wo man will? Wenn man dazu noch bedenkt, daß man in manchen Bereichen auch zur Arbeit nicht mehr aus dem Hause muß, weil in Heimarbeit sich weit weg vom Bestimmungsort etwas herstellen läßt und daß Zentren in einem hohen Maße unnötig werden, weil auch Produktion und Distribution sich vom Computer aus steuern lassen, was soll dann die reale Stadt noch? Die kann man vergessen, die ist der Ort- und Zeitlosigkeit der modernen Zeit zum Opfer gefallen! Welche Auswirkungen wird das auf die Kommunikation haben?

Ich will nur drei Punkte kurz ansprechen, die für die Kommunikation in der Stadt meines Erachtens wichtig sind, und dies mit drei Thesen tun, wie sie mirunter zu hören sind, die aber meines Erachtens widerlegt werden müssen, will die Stadt eine humane bleiben. Um diese Widerlegung geht es nicht nur theoretisch, sondern vor allem im konkreten Handeln.

1. Wir werden über Werte nicht mehr reden, vielmehr werden sich die Werte ins allgemeine ver-

flüchtigen, für die Lösung ganz konkreter Probleme wird man auf die technokratische Lösung in den jeweiligen Bereichen zurückgreifen. Politik wird dadurch weitgehend obsolet werden.

Nicht nur Kinder spielen gerne das Computerspiel Caesar II. Es geht dabei darum, eine römische Stadt zu bauen. Die Entwicklung der Stadt wird behindert durch Aufstände, durch Feinde von außen, durch Feuersbrünste usw. Wichtig ist es nun, die richtige Infrastruktur zu errichten, um den Gefahren beikommen zu können, zum Beispiel die richtigen Löhne zu zahlen, damit die Bürger keinen Aufstand proben, die Sicherheitsmaßnahmen aufzubauen, um bei Bränden schnelle Einsätze tätigen zu können usw. Auf den ersten Blick scheinen die Probleme in den einzelnen Bereichen, technokratisch, ohne Bezug auf andere Bereiche leicht lösbar zu sein, aber schon die in diesem Spiel im Vergleich zu modernen Städten überschaubare Einheit der konstruierten römischen Stadt zeigt, wie wichtig es ist, eine Vision von einer Stadt und ein daraus abgeleitetes Konzept für die Entwicklung einer Stadt zu haben, will man sich nicht auf dauernde „Feuerwehreinsätze“, auf reagierende Politik beschränken müssen - um dann doch zu scheitern. Und unsere Politik ist ja noch weitgehend, und vielleicht angesichts der Unübersichtlichkeit unserer Zeit in verstärktem Ausmaß, von diesem Reagieren geprägt. Zudem noch entspricht gerade diese reagierende Politik unserem Politikerbild, das als Idealbild von einem rastlosen, sich im Einsatz für das Volk verzehrenden Politiker ausgeht.

Um aber dem komplexen Feld einer heutigen – und noch mehr der zukünftigen – Stadt mit den vielseitigen, wechselseitigen Einwirkungen verschiedenster Faktoren gerecht werden zu können, kann man sich nun nicht auf die technokratischen Lösungen für einzelne Bereiche beschränken – so wichtig diese für die jeweiligen Bereiche sein mögen –, sondern es bedarf eines Leitbildes einer Stadt der Zukunft. Die Eckpfeiler eines solchen Leitbildes sind nun geprägt von Werten, von Maßstäben dafür, was sein soll.

Welche Werte werden nun für eine Stadt der Zukunft von Bedeutung sein? Diese Frage zu beantworten, stößt auf große Schwierigkeiten. Theoretiker der Moderne bzw. der Postmoderne gehen davon aus, daß eine einheitliche Wertestruktur in der heutigen Gesellschaft nicht mehr möglich – manche meinen, auch nicht mehr wünschenswert – ist. Der Erfolg der Moderne zeigt sich ja gerade darin, daß sie im Freisetzen der Werte der jeweiligen Bereiche, etwa der Wirtschaft oder der Verwaltung, Entwicklungsimpulse freisetzen konnte, die zu unserer rasanten Entwicklung beitrugen und beitragen. Wenn die Sachgesetzlichkeiten der einzelnen Bereiche beachtet werden und jeder Bereich sich ohne die Behinderungen und Beeinträchtigungen anderer Bereiche wie etwa der Moral entfalten kann, so bedeutet das natürlich eine beschleunigte Entwicklung. Und legitimierte Veränderlichkeit ist ja nach Franz-Xaver Kaufmann ein Kennzeichen der Moderne.

Dies gilt es zu beachten, und dahinter kann man nicht zurück, ohne wichtige Entwicklungsmög-

lichkeiten zu versäumen und ohne totalitaristisch-fundamentalistisch zu werden. Die verschiedenen Bereiche in ihrem Sachgesetzlichkeiten brauchen aber eine Abstimmung untereinander, soll es nicht zu gegenseitiger Blockade, zur Verdoppelung usw. kommen. Diese Abstimmung kann nun heute nicht von oben erfolgen, sondern es bedarf dazu des Dialogs. Und es ist Aufgabe der Politik, diesen Dialog anzuregen. Politik, will sie dem Anspruch, eine gerechte Ordnung, in der menschenwürdige Lebenserhaltung und menschenwürdige Lebensentfaltung möglich sind, als Leitbild zu entwickeln, gerecht werden, muß nach Werteeckpunkten einer Gesellschaft der Zukunft Ausschau halten und aus diesen den Rahmen einer – wenn auch flexiblen, so doch Orientierung gebenden – Ordnung schaffen. Ohne einen solchen Entwurf einer lebenswerten Zukunft muß Politik in eindimensionale Technokratie oder in unerträgliche Machtverwaltung absacken.

Solche Werteeckpunkte könnten etwa sein: die Person in ihrer un hintergehbaren Menschenwürde und in ihrem Vorrang vor den institutionellen Bereichen, die aus dem Personsein sich ergebende Verantwortung für sich, den anderen und die Gesellschaft, die Verantwortung für Mitwelt und Zukunft, der Dienstcharakter der Politik, die Gestaltung der Gesellschaft von unten, die Pflege des Dialogs. Gerade zur Findung und Begründung solcher Werteeckpunkte wird es des gemeinsamen Gesprächs bedürfen, und dazu wird man auch alle Möglichkeiten der Kommunikation ausschöpfen müssen.

2. Wir werden nicht mehr direkt miteinander kommunizieren, sondern nur mehr mittelbar. Man braucht sich „den anderen nicht mehr anzutun“, also die aus der Begegnung sich ergebende Verantwortung nicht mehr zu übernehmen.

Mittels der Massenkommunikationsmittel kann ich mir heute den

anderen zu mir holen, ich brauche nicht mehr zu ihm hingehen. Ich brauche mir den „anderen auch nicht mehr anzutun“, ich kann dort Gleichzeitigkeit schaffen, wo Ungleichzeitigkeit ist, und dort Ungleichzeitigkeit, wo Gleichzeitigkeit ist. Die Welt wird virtuell. Aber in der Virtualität zu leben, ist für den Menschen letztlich nicht befriedigend, sondern führt zu Unbehagen und Leere. Der Rückzug vom anderen bedeutet ja nicht nur Entlastung vom anderen, sondern auch einen Verzicht auf die Chancen, die sich aus dem Zusammensein mit dem anderen ergeben, Chancen, die vor allem aus der direkten Beziehung zum anderen erwachsen. Die Person entwickelt sich ja vor allem auch in diesem direkten Kontakt mit dem anderen, wie sich zum Beispiel am gemeinsamen Spiel der Kinder zeigen läßt. Wenn das nun auf das einsame Spiel vor dem Computer beschränkt wird? Wir sehen heute teilweise schon die Auswirkungen.

Die Kosten, die sich aus einem unbegrenzten Leben nebeneinander oder gar gegeneinander ergeben, die menschlichen Kosten der Einsamkeit und der Anonymität lassen die Sehnsucht nach neuen Formen des Miteinander, nicht als Zwang, sondern als Ermöglichung, wach werden.

Das Anbieten von Orten der Kommunikation, wo Kommunikation nicht Zwang ist, wo aber ein Gedankenaustausch und vor allem auch eine Abstimmung der Gedanken möglich ist, wird eine wichtige Aufgabe der Politik sein. Sie kann die Vergemeinschaftung nicht schaffen – dies ist eine Aufgabe, die den Menschen nicht abgenommen werden kann –, sie kann aber die Möglichkeiten dafür eröffnen. Wenn etwa einer der Hauptvertreter der amerikanischen Kommunitaristen – einer Richtung, die bewußt die Gemeinschaft in den Mittelpunkt des Denkens stellt – Amitai Etzioni, fordert, daß anlässlich von zu fällenden Entscheidungen in der Politik immer ein Ausschuß darüber

befinden muß, wie sich diese Entscheidung auf die Pflege der Gemeinschaft auswirkt, ob die Gemeinschaftsbande dadurch gestärkt oder geschwächt werden, so ist damit die Richtung ange deutet.

Wo wir uns heute noch um Internet-Ausbau und Internet-Cafés zur Nutzung dieser Einrichtung bemühen, im Jahre 2010 wird das selbstverständlich sein, und wir werden uns wieder verstärkt um Maßnahmen zur Förderung des direkten Kontaktes sorgen müssen, um den Frösten einer nur medial verkehrenden Gesellschaft zu wehren.

Und dies nicht nur der primären menschlichen Beziehungen wegen: Eine nur indirekt kommunizierende Gesellschaft ist auch anfälliger für den Mißbrauch der Macht. Wenn wir schon heute eine Dissipation von Macht, ein unbestimmtes Zerfließen von Macht feststellen können, das sich dahingehend auswirkt, daß man nicht weiß, wer wirklich bestimmt, so wird solches mit den Mitteln der Massenkommunikation noch vorangetrieben werden. In einer solchen Entwicklung liegt die Chance der Demokratie, aber auch die Gefahr einer Anarchie, die schließlich dazu führt, daß im Hintergrund stehende, meist nicht identifizierbare Kräfte herrschen. Um die Chancen der Demokratisierung zu stärken und um dem Machtmißbrauch entgegenzuwirken, wird es des Aufbaus solcher Gruppen von unten bedürfen, die in verantwortungsvoller Kommunikation und in gegenseitiger Verantwortung fundamentaldemokratische Strukturen aufzubauen. Daß Politik heute in weiten Kreisen keinen gemeinsamen Gesprächsstoff, von „raunzenden“ Bemerkungen abgesehen, mehr bildet, ist gerade auch in dieser Hinsicht meines Erachtens ein besorgniserregendes Zeichen.

3. Der Kommunikationsfluß in einer Stadt wird sich auf die Kommunikation innerhalb der jeweiligen

POLITICUM

Schichten beschränken, eine schichtenübergreifende Kommunikation wird kaum noch stattfinden.

Wenn man sich die heutige Stadtentwicklung näher anschaut, so kann man bemerken, daß die Einebnung von Schichtgegensätzen, wie sie gerade in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts Platz gegriffen hat, nun in der Stadt wieder einer Vertiefung dieser Schichtgegensätze weicht. Die Konzentrierung sogenannter Unterschichten in gewissen Stadtvierteln, wofür auch eine fehlgeschlagene Wohnungspolitik verantwortlich ist, das Absinken von Modernisierungsverlierern in neue Unterschichten, die erschwerete Inklu-

sion, die sich dahingehend auswirkt, daß zunehmend mehr Menschen angesichts des Verlustes einer übergeordneten Inklusionsidee wie etwa der gemeinsamen Menschenwürde aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, lassen Abgrenzungen in der modernen Stadt entstehen, die starke Spaltungspotentiale beinhalten. Dies führt zum Gefühl der Unsicherheit, das dann meist durch verstärkte Abgrenzungsversuche zu bekämpfen versucht wird.

Der Ausgleich solcher verunsichernder Abgrenzungen wird neben den strukturellen Maßnahmen einer Grundsicherung bei gleichzeitigem Anbieten einer Aufgabe in der Gemeinschaft be-

sonders auch des Dialogs der Menschen untereinander bedürfen: Wo der Dialog nicht gepflegt wird, entstehen bald „härtere“ Formen der Kommunikation, wie die der Gewaltausübung, der Kriminalität. Der diesen Phänomenen wehrende Dialog muß den Ausgang nehmen vom gemeinsamen Wert der Menschenwürde, die allen Menschen zukommt und deren Bewahrung Aufgabe eines jeden ist. Vielleicht kann gerade über einen solchen Dialog das Erkennen der jeweiligen Aufgaben für das Gemeinsame gefördert werden.

Wir werden in der Stadt der Zukunft mehr miteinander reden müssen, oder wir werden nicht menschlich leben.



„ZUKUNFT STADT 2010“

CHANCE FÜR IDENTITÄT UND DEMOKRATIE

Die Zukunft der Stadt liegt in der Rückbesinnung auf ihr historisches Potential und ihre Funktionalität. Im Jahr 2010 müssen die Voraussetzungen für eine Positionierung der Stadt als regionales Identitätsnetzwerk und überregionales Reformlabor für eine partizipatorische Bürgergesellschaft geschaffen sein. Andernfalls droht eine Entörtlichung des Lebensraumes Stadt, die in der Beliebigkeit der unendlichen Hyper-Welten in Selbstaufgabe und Heimatverlust mündet.

„Stadtpolitik heißt heute nicht mehr in die Zukunft zu planen, die anderswo stattfindet, sondern bestenfalls den urbanen Verfall aufzuhalten oder zu bremsen. Ähnlich wie Reservate, Naturschutzgebiete und kulturelle Institutionen müssen die Städte künstlich durch Fördermaßnahmen von außen aufrechterhalten werden.“ Diese apokalyptische Vision von der Zukunft der Stadt zeichnet Florian Rötzer in dem Buch „Mythos Metropole“. Tatsächlich ist der Lebens- und Politikraum Stadt heute mit einem vielfältigen Krisenszenario konfrontiert. Probleme der Verkehrspolitik, der Bewahrung eines ökologischen Gleichgewichts, der Kriminalität oder einer offensiven Standortpolitik zur Sicherung der Arbeit stellen bewährte Denk- und Antwortmuster in Frage. Als Mikrokosmos der „großen“ Politik ist Stadt Schauplatz grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen. Mit der Etablierung neuer Formen der Medien- und Kommunikationstechnologie ist Stadt als Ort der Heimat und des Lebens scheinbar ersetzbar geworden und in die Beliebigkeit vernetzter Hyper-Welten gestürzt. Die Politik hat all diese Entwicklungen weitgehend mit Stagnation beantwortet; als Konsequenz haben sich neue politische Kräfte (Grüne und Liberale) primär im städtischen Bereich erfolgreich positioniert.

Meine Vision für das Jahr 2010 liegt in der Hoffnung, daß die Stadt der defensiven Ängstlichkeit entkommt und es schafft, sich mit einer starken Identität und einer offensiven Demokratisierung als Schlüssellebene des „Politischen“ zu positionieren.

Die Stadt könnte sich in diesem Prozeß an ihre historischen Stärken erinnern. Die Stadtrepubliken der frühen Neuzeit waren einst Vorkämpfer für Bürgerfreiheit und Demokratie. Die „podesta“, die „gonfaloniere“ und der „Rat der Zwölf“ in Siena, Lucca oder Florenz der italienischen Frührenaissance waren Wegbereiter einer nachhaltigen Demokratisierung der Gesellschaften. Die Stadt muß versuchen, an diese Tradition anzuknüpfen, eine Demokratisierung der untersten Ebenen zu fördern. Konkret wäre es vorstellbar, im Jahr 2010 bei Bezirksvertretungswahlen die Bürger mit doppelten Stimmrechten auszustatten. Demokratische Mitbestimmung darf nicht allein auf den formalen Wahlbezirk (Wohnort) beschränkt bleiben, sondern muß sich auch auf andere Orte, die für die Lebensinteressen der Menschen von Bedeutung sind, ausdehnen. Dort, wo die Kinder zur Schule gehen, wo gearbeitet wird oder Freizeit verbracht wird, besteht ein legitimes Mitspracherecht. Ebenso muß darüber nachgedacht werden, ob formale Verwaltungsgrenzen einer Gemeinde mit „Interessens- oder Lebensgrenzen“ der Bürger korrespondieren. Warum hat jemand, der in einer Landgemeinde lebt, jedoch in der Stadt arbeitet und dort einen wesentlichen Lebensmittelpunkt definiert, auf kommunaler Ebene kein Mitspracherecht? Die etablierten Grenzen müssen durchlässiger werden, enge „Demokratisekturen“ aufgebrochen werden, damit die Stadt im Jahr 2010 an der Spitze jenes Reformprozesses stehen kann, der zur Verwirklichung einer

partizipatorischen Bürgergesellschaft führt und die Apokalypse populistischer Kurzsichtigkeit und apathischer Teilnahmlosigkeit überwindet.

Die Öffnung von Grenzen demokratischer Partizipation führt zur zentralen Frage, wie die Stadt der Zukunft ihre Identität stärken bzw. behaupten kann. Heute hat die Stadt ihr „Wir“ dem „Ich“ der Individualisierung, der globalen Vernetzung und der Enttäuschung eines Lebens im „global village“ geopfert. Die Stadt der Zukunft kann den Prozeß der Globalisierung nicht umkehren; ebenso wenig können „alte Sektor- oder Verwaltungsgrenzen“ der Stadt eine gefestigte Identität geben. Als zentraler Aktionsraum der Gesellschaft kann die Stadt im Jahr 2010 die zunehmende Beweglichkeit und Dynamisierung des politischen Raums nutzen, um sich als Schnittstelle, Kompetenzzentrum und sozialer Heimat- und Bezugsraum zu etablieren. Wenn das große Projekt der europäischen Einigung gelingt, werden Nationalstaaten als Orientierungspunkt und Bündelungskraft menschlicher Sehnsüchte nach Heimat und Gemeinsamkeit an Bedeutung verlieren. Die Stadt der Zukunft kann ein Bezugspunkt sein, der als regionaler Heimats- und Identitätsraum aus dem Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Bindungen Ressourcen und Kraft für eine selbstbewußte Eigenpositionierung in der „global community“ gewinnt. In der Rolle der Stadt als Identitäts- und Informationshub liegt die Chance, dem Projekt „Europa“ durch eine enge Verwurzelung mit Heimat und Herkunft die notwendige Legitimation zu geben. Als Alternative droht das Szenario vom Untergang der Stadt als Raum autonomen politischen Handelns. Tritt das ein, so werden im Jahr 2010 auch die politisch Handelnden mit in das Nichts einer vergebenen Zukunft gezogen.

QUALITÄTSMANAGEMENT IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

VON DER PRODUKTDEFINITION ÜBER DIE KUNDENORIENTIERUNG HIN ZUR QUALITÄTSENTWICKLUNG

In Zeiten der Budgetknappheit sind Schlagworte wie Personaleinsparung, Kostenminimierung, aber auch Kostentransparenz in der Öffentlichen Verwaltung in aller Munde. Folgt man vor dem Hintergrund der bevorstehenden Jahrtausendwende der Vision einer modernen Verwaltung, so gilt es, Maßnahmen zu setzen, um diese den wettbewerbsorientierten Maßstäben der freien Wirtschaft anzugeleichen. Als Instrumentarium für diese zugegeben nicht gerade einfache und äußerst komplexe Aufgabe bietet sich die Methode des Qualitätsmanagements an. Qualitätsmanagement (QM) ist ein Begriff, der in Wirtschaft und Industrie seit Jahren gleichsam selbstverständlich und als solcher auch nicht mehr wegzudenken ist, nunmehr aber auch im Bereich der Öffentlichen Verwaltung nach und nach an Bedeutung gewinnt. Dem kritischen Leser wird bei näherer Betrachtung sehr schnell klar, daß sich QM in der Verwaltung zwar grundsätzlich an den Verfahren, die wir aus Industrie und Wirtschaft kennen, orientieren kann, im Detail jedoch eine eigenständige und von bekannten Verfahren abweichende Disziplin sein muß.

*

Von den beteiligten Akteuren wird QM in der Öffentlichen Verwaltung vielfach generell als problematisch und schwer durchführbar angesehen. Anlaß für diese Denkweise ist die primär schwierige Definition der von der Verwaltung gelieferten Produkte, wenn Zusammenhänge und Abläufe nicht ganzheitlich, sondern isoliert betrachtet werden. Betrachtet man den Extremfall, so ergeben mehrere hundert kleinteilig definierte Produkte einen Produktkatalog, wenn die Definition auf eine Ist-Erhebung sämtlicher Verwaltungstätigkeiten redu-

ziert wird. Richtig wäre es vielmehr, einem methodischen Ansatz zur Produktdefinition zu folgen. Ausgangspunkt der Untersuchung müssen die einschlägigen politischen und ökonomischen Überlegungen über Nachfrage und Erstellung öffentlicher Dienstleistungen sein.

Die Nachfrage nach Dienstleistungen ist vorhanden, wird aber nicht, wie bei der Privatnachfrage, von einzelnen Individuen artikuliert, sondern vom Gesetz oder durch politischen Auftrag an die Verwaltung weitergegeben. Dabei werden vielfach einzelne Verwaltungsleistungen für sich definiert. Die Vorgangsweise der detaillierten Aufgabenstellungen gibt berechtigten Anlaß zur Kritik. Denn es ist eine Aufgabe der Verwaltung, dem Gemeinwohl zu entsprechen, weshalb die oberste Ebene der Produkthierarchie ein Verwaltungsauftrag zu sein hat, der die gewünschten Wirkungen und Ziele für das Gemeinwesen beschreibt.

Der Verwaltungsauftrag wird durch Verwaltungsleistungen konkretisiert und realisiert. Umgekehrt erhält die Verwaltungsleistung ihre Legitimation durch die Zuordnung zu einem Auftrag. Dadurch entsteht eine Möglichkeit zur Wertanalyse. Die Kosten für eine Verwaltungsleistung sind in Relation zur Wirkung auf den Verwaltungsauftrag zu setzen. Erst jetzt kann die Effizienz des Verwaltungshandels beurteilt werden, da man sachliche und finanzielle Wirkungen beurteilen kann und dementsprechende Produktkritik ermöglicht wird. Konsequent weitergedacht führt dies zum Ergebnis, daß erst eine zweistufige Produktdefinition, bestehend aus Verwaltungsauftrag und Verwaltungsleistung, die Grundlage für ein funktionierendes Qualitätsmanagement sein kann.

*

Hat man das Produkt erst einmal definiert, so ist die Frage nach der Qualität desselben zu stellen. Unter Qualität wird üblicherweise die Beschaffenheit einer Einheit im Hinblick auf ihre Eignung verstanden, festgelegte und vorausgesetzte Erfordernisse zu erfüllen. Man wird wohl davon ausgehen müssen, daß diese Definition nicht nur für Produkte im herkömmlichen Sinne, sondern darüberhinaus auch für Dienstleistungen Geltung besitzt. Es ist daher von besonderer Bedeutung, daß bestimmte, im vorhinein klar definierte, Kriterien für die Qualität eines Produktes erfüllt sein müssen. Wer aber definiert nun diese Kriterien? Sind es die Kunden, die Mitarbeiter, die Vorgesetzten oder gar das „Unternehmen“ Öffentliche Verwaltung selbst? Wichtig ist jedenfalls, daß es sowohl produktbezogene (objektive) als auch kundenorientierte (subjektive) Qualitätsmerkmale gibt. Im Gegensatz zu vielen Bereichen in Industrie und Wirtschaft sind die Produkte der Verwaltung wenig handfest und nicht mit physikalischen Methoden messbar. Dennoch bereitet die Definition von Produkten insgesamt weniger Schwierigkeiten als die Festlegung von Qualitätsmerkmalen.

*

Als Ausgangspunkt für die Suche nach Qualitätsmerkmalen soll ein abstrakter Sachverhalt aus der Verwaltungspraxis dienen. Bei der „Herstellung“ eines Produktes in der Verwaltung sind üblicherweise mehrere Bearbeiter, oft auch mehrere Sachgebiete oder auch Abteilungen eingebunden. Jeder Beteiligte definiert in der Regel die Qualitätsmerkmale für seinen Arbeitsbereich selbst. Darüberhinaus kann auch die Beurtei-

lung durch den Vorgesetzten eingreifen, wobei sich diese Beurteilungen regelmäßig auf die, den Arbeitsbereich verlassenden Ergebnisse beziehen. Dabei ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, daß der Bearbeiter jene Kriterien zu berücksichtigen versucht, die er aus Erfahrung als Bewertungskriterien seines Vorgesetzten zu kennen glaubt. Dadurch entsteht ein rein subjektives „Bewertungsverfahren“, das sich regelmäßig auch von Vorgesetztem zu Vorgesetztem weiter fortsetzt, wobei es üblicherweise nicht zu Rückmeldungen innerhalb dieses Systems kommt. Entspricht nun das Ergebnis nicht den Erwartungen, weil andere Ziele, politische oder taktische Überlegungen einen anderen Weg vorgeben, so ist dieser Umstand im Fehlen einer vorherigen Festlegung von Kriterien und/oder der entsprechenden Beteiligung der betroffenen Mitarbeiter bedingt. Erfahren diese oft nur über Dritte von ihrer Arbeitsqualität, so führt dieser Umstand letztendlich zu Arbeitszufriedenheit und zu mangelnder Leistungseffizienz bei den betroffenen Mitarbeitern.

Ein wichtiger Aspekt der Qualitätsentwicklung ist daher neben der Festlegung eines Standards, unter dem das Endergebnis eines Verwaltungslaufes objektiv und von den handelnden Personen unabhängig zu betrachten ist, vor allem eine schriftliche Leistungsbeschreibung, die mit den beteiligten Mitarbeitern vereinbart wird. Dadurch fühlen sich diese besser in den Prozeß integriert und in einem größeren Ausmaß als bisher für das Produkt verantwortlich.

*

Das zentrale Argument im Verfahren zur Qualitätssicherung soll und muß die Kundenorientierung sein. Kundenorientierung wird in der Öffentlichen Verwaltung aber regelmäßig nur – wenn überhaupt – auf politischer Ebene diskutiert.

Für die Produkte der Verwaltung bieten sich zwei völlig voneinander zu trennende Typen von Kunden an. Zum einen sind es interne Kunden, die an der Erstellung des Endproduktes selbst beteiligt sind und somit

zugleich auch als Lieferanten auftreten; zum anderen nehmen externe Kunden das Endprodukt des Verwaltungshandels in Empfang. Alle Kunden, interne wie auch externe, haben aus ihrer Sicht eine bestimmte Vorstellung der Arbeitsqualität.

Über die Arbeitsqualität entscheiden nicht mehr allein die Mitarbeiter und Vorgesetzten, sondern letztendlich auch die Kunden. Ziel dieser Analysen ist es, eine entsprechende Kundenzufriedenheit bei möglichst niedrigen Kosten zu erreichen. Dazu ist es jedoch – wie bereits erwähnt – unerlässlich, klare Aufgaben- und Anforderungsbeschreibungen festzulegen. Zahlreiche Beispiele aus der Verwaltungspraxis haben bereits gezeigt, wie mühsam, schwierig und langwierig sich derartige Prozesse darstellen. Nicht selten scheitern die Versuche sogar daran, daß die Betroffenen aus Angst vor Neuem blockieren. Ein Großteil der Betroffenen wird nach einer entsprechenden Analyse jedoch erstaunt darüber sein, was an Korrekturen, aber auch an Erleichterungen dadurch erreicht werden kann, weil sich Kunde und Lieferant über die Kriterien der Produkte verständigt und die Vorstellungen aufeinander abgestimmt haben. Ist diese Arbeit jedoch einmal durchgeführt, so kann sie der Grundstein für eine transparente, aber vor allem effiziente Verwaltung sein. Die Identifikation der Mitarbeiter mit den Produkten, das Vermeiden von nutzlosen Tätigkeiten und die einfache, sinnvolle Organisation der Arbeit ist der Lohn für die aufgewandten Mühen. Insgesamt kann diese Vorgangsweise im Idealfall dazu führen, daß die Beteiligten von sich aus Arbeitsabläufe neu organisieren und optimieren, was zu Zeitgewinn, Fehlervermeidung, aber auch Kostenreduzierung und vor allem Arbeits- und Kundenzufriedenheit führt.

*

Wenngleich der kritische Beobachter unschwer erkennt, daß der Marktdruck für die Verwaltung in keiner Weise mit dem Druck in der Wirtschaft vergleichbar ist, Effizienz, Organisationsabläufe und damit letztendlich die Qualität ihrer Produkte zu optimieren,

so sollte dennoch Qualitätsmanagement auch im öffentlichen Bereich Einzug halten. Konsequent eingesetzt, sind Kostenersparnis, Effizienz, aber vor allem Bürgerzufriedenheit und Arbeitszufriedenheit der Lohn für die aufgewandten Mühen.

*

In weiterer Konsequenz erscheint es sinnvoll, nicht auf einzelne Arbeitsbereiche beschränkte Maßnahmen einzuführen, sondern eine auf den gesamten Verwaltungskörper abgestimmte, ganzheitliche Methode – Total Quality Management (TQM) – zu entwickeln. Es werden dabei sämtliche Kunden/Lieferantenbeziehungen sowie die Zusammenarbeit im Unternehmen und die Organisation zumindest überdacht.

*

Abschließend soll nochmals an den Ausgangspunkt der Untersuchung erinnert werden. Anknüpfungspunkt sämtlicher Maßnahmen des Qualitätsmanagements ist das von der Verwaltung zu erstellende Produkt, dem mehrfach Bedeutung zukommt:

- Das Produkt dient dazu, die von der Politik gestellten Aufgaben zu erfüllen;
- das Produkt ist der Maßstab für eine optimale Produkterstellung;
- das Produkt soll als Kostenfaktor betrachtet werden.

Vor dem Hintergrund dieser Funktionen und dem Umstand einer zweistufigen Produktdefinition (Verwaltungsauftrag/Verwaltungsleistung) kann nun fundierte Kritik angebracht werden. An dieser Stelle sollen einige mögliche Fragestellungen demonstrativ und ohne den Anspruch der Vollständigkeit zu erheben als Denkanstoß dienen.

- Wie muß ein Produkt modifiziert werden um bei gleichbleibender oder verbesserter Qualität und Wirkung hinsichtlich der Erfüllung der Verwaltungsaufträge mit geringeren Kosten erstellt zu werden?

POLITICUM

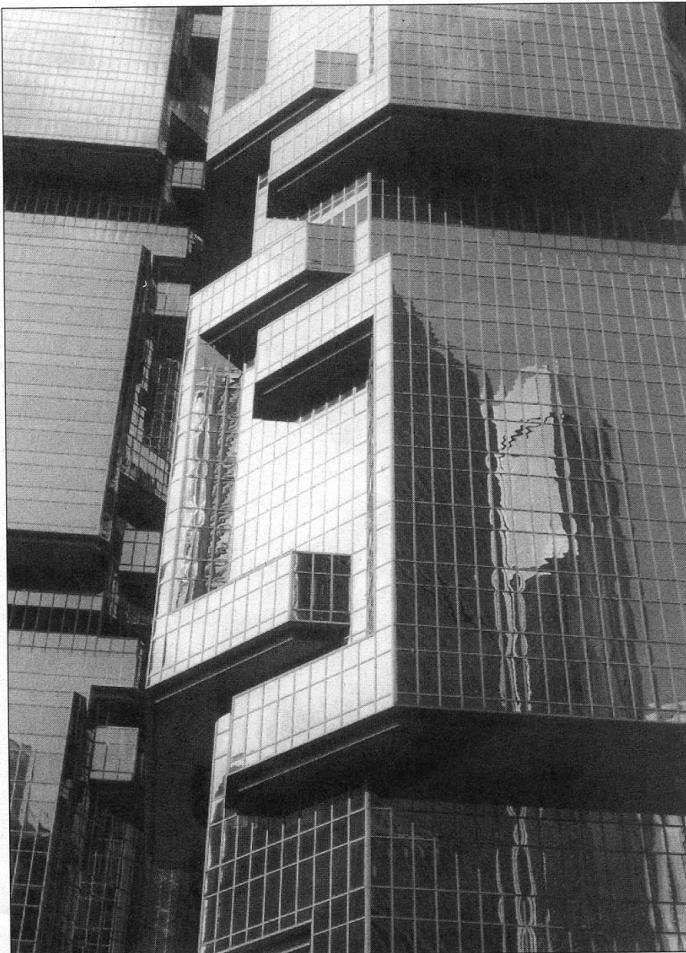
- Kann ein zu teures Produkt durch ein billigeres, qualitativ gleichwertiges ersetzt werden?
- Können neue Produkte mit geringeren Kosten entwickelt werden, die identische Wirkungen erzielen?
- Sind die Aufträge an die Verwaltung noch zeitgemäß?

*

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß trotz aller Bemühungen zur

Einführung technokratischer Verfahren in der Öffentlichen Verwaltung letztendlich Faktoren von wesentlicher Bedeutung sind, die keiner ausschließlich objektiven Bewertbarkeit unterliegen. Denn die Beurteilung der Wirkungen von Verwaltungshandeln wird schließlich immer auch unter politischen Gesichtspunkten bewertet werden. Gelingt es jedoch, diese Entscheidung mit leistungsdefinierten Daten zumindest zu unterstützen, so wird eine Analyse transparenter und – wenigstens in Teilbereichen – rational nachvoll-

ziehbar. Letztendlich können und sollen Erkenntnisse über die Produktstruktur, Kostenrechnung und eine optimierte Organisationsform ihren Beitrag zu einem modernen Finanzmanagement leisten. Gerade in Zeiten sehr eng kalkulierter Budgets und der Suche nach Einsparungsmöglichkeiten in der Öffentlichen Verwaltung könnte die Einführung eines von allen Seiten akzeptierten Qualitätsmanagements einen wesentlichen Beitrag zur optimalen Nutzung der vorhandenen Ressourcen leisten.



„ZUKUNFT STADT 2010“

PFUI ÖFFENTLICHKEIT

Max Aufischer von der Kulturvermittlung Steiermark und der Zweiten Ökumenischen Versammlung in Graz im Sommer dieses Jahres sei dank: Mit der Gestaltung des Jakominiplatzes als „Platz der Empörungen“ wurde uns in absichts- und eindrucksvoller Weise das Dilemma politischen Handels vor Augen geführt.

Zur Erinnerung: Die Grazerinnen und Grazer wurden aufgefordert, der Kulturvermittlung mitzuteilen, was sie gerade empöre. Diese „Botschaften“ wurden dann großflächig an den gelben Lichtsäulen, die ja selbst wiederum heftig umstrittene Objekte des ungesunden Volksempfindens waren und sind, zur Schau gestellt. Das Ergebnis war vorhersehbar, eine Unzahl von gesellschaftlich wenig relevanten - individuellen und momentanen Befindlichkeiten und Betroffenheiten zeigte, wo es politisch momentan hingehört: zur persönlichen Nabelschau.

Individualisierung heißt das im Soziologendeutsch: Immer mehr Menschen brauchen immer weniger Gemeinschaft. Das Streben nach Gemeinwohl verlagert sich hin zur Quotentiefsicherheit der Einzelbedürfnisse. Nicht mehr was für eine Gemeinschaft gut ist, bestimmt das politische Handeln, sondern das, was möglichst viele einzelne goutieren. Städte als traditionelle Orte des Gemeinschaftssinnes sind davon naturgemäß besonders betroffen und das vielfach konstatierte Elend der Politik der Gegenwart manifestiert sich nirgendwo unmittelbarer als in der allgemeinen Ratlosigkeit stadtpolitischer Konzepte.

Es wird wohl schon zu lange (auch mit moralinsaurer Überheblichkeit gegenüber den Bürgern seitens der Politik) von einer umsichtigreifenden Politikverdrossenheit gesprochen (vermeintlich besonders Gevifte bedienten sich des Wortspiels der Politikerverdrossenheit). Die zunehmende Ablehnung der Politik hat wohl viel mehr mit deren Bedeutungsverlust im alltäglichen Leben der Menschen zu

tun. Individuen brauchen immer weniger Öffentlichkeit in der Tradition unserer demokratischen Strukturen. Sie brauchen in erster Linie Zuschauertribünen und Selbstbedienungsläden. Wer Brot und Spiele will und für politische Konzepte unansprechbar bleibt, darf sich dann auch nicht darüber beschweren, wenn sich das politische Handeln auf Förderungen - möglichst mit der Gießkanne – und Events beschränkt.

Die Älteren von uns erinnern sich noch an Zeiten, als es keine Supermärkte gab. Damals waren Verkäuferinnen und Verkäufer qualifizierte Dienstleister. Sie haben ihr Metier noch von der Pike auf gelernt. Heute finden wir einerseits nur mehr Regalschlichter, die im besten Fall dem Kunden den möglichst kürzesten Weg zum gewünschten Produkt weisen, andererseits dafür aber hochprofessionelle Verkaufs- und Werbepsychologen, die aus den Bedürfnissen der Menschen die Gewinne der Konzerne strategisch operationalisieren.

In der Politik ist es da zwangsläufig nicht viel anders: einige paar Gewinnmaximierer und eine Vielzahl (hier wenigstens) hochbezahlter Regalschlichter.

Es ist mehr als ungerecht, den Politikern den Vorwurf zu machen, nur mehr an den Gewinn von Wählerstimmen und die Sicherung des eigenen persönlichen Nutzens zu denken. Warum sollten ausgerechnet sie weniger ichorfeindlich sein. Und ihre zuweilen enerzierende Mittelmäßigkeit ist auch keine Tragödie, sondern die logische Konsequenz eines demokratischen Verständnisses, das einerseits von Repräsentanz der Bevölkerung im Maßstab 1:1 und andererseits von der internen Logik eines nur auf Selbsterhaltung ausgerichteten Systems geprägt ist.

Wo die Republik keine res publica mehr ist, die Demokratie zur Telektratie verkommt, hat auch die Öffentlichkeit als Wert bzw. Ort politischen Handelns ausgespielt. Unsere Medi-

en verlangen nach Politikern, die zwar die Gesetzmäßigkeiten des öffentlichen Diskurses vergessen dürfen, nicht aber die Schemata von Sendezeiten und Zeitungsüberschriften. Klima und Klasnic konkurrieren genehmogen nicht mit Schüssel und Schachner sondern mit Kurt Krenn, Karl Moik und Thomas Gottschalk. Und das Erhoffte von gestern ist das Langweilige von morgen, das Entsetzen der einen das Ergötzen der anderen.

Konsequent zu Ende gedacht heißt dies, daß unser meist unhinterfragt bleibendes Politikverständnis, das die Politik als das Handeln im und für den öffentlichen Raum definiert, still und unheimlich obsolet geworden ist. Zwangsläufig zeigt sich das nirgendwo deutlicher als bei den aktuellen Diskussionen über den öffentlichen Dienst. Bei Beamten (als ob der ÖD nur aus Beamten bestünde) kann man die Sparnotwendigkeiten des Staates unter dem allgemeinen Beifall von Quote und Neidgenossenschaften am besten exekutieren. Es wollen zwar alle die öffentlichen Dienste, keiner aber den öffentlich Bediensteten - aber das ist eben die Logik des Selbstbedienungsladens, siehe oben. Der Politik kommt das mehr als zurecht. Der Staat kann dort sparen, wo es am effizientesten ist, bei den Personalkosten. Überhaupt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß nach der grenzenlosen Verteilung von Allgemeineigentum in den letzten beiden Jahrzehnten nun die völlige Verweigerung finanziesteuernder und umverteilungspolitischer Maßnahmen Hochsaison hat. Es werden doch nicht die beiden, nach wie vor machtpolitisch einzige relevanten, ehemaligen Großparteien dankbar die Chance ergriffen haben, unter dem Verdikt der Notwendigkeit zu sparen, sich nun für den stimmenmäßigen Liebesentzug der letzten Jahre zu revanchieren.

Damit kein Zweifel aufkommt, die Notwendigkeit, sparsame öffentliche Haushalte zu erstellen, ist unbestritten und die Finanzpolitik von Kreisky

POLITICUM

und Androsch wird uns zur Zeit als endlose Rechnung präsentiert, aber warum sollte der Rasenmäher besser sein als die Gießkanne?

In jenem einfältigen (hier im ursprünglichen Sinn des Wortes als Gegensatz zu vielfältig verstanden), gerade in VP-Kreisen häufig zu findenden Denkschema PRIVAT = PROFIT = GUT und ÖFFENTLICH = NONPROFIT = SCHLECHT zeigt sich nicht nur der Unwill, politische Gestaltungskompetenz zu entwickeln, sondern auch ein sich zunehmend tiefer verwurzelndes Mißtrauen, Gemeinwohl- und Sozialinteressen gegenüber populistischen Kurzzeitegoismen zu präferieren. Daß diese Denk(?)weise dann von manchen Vertretern - nicht nur des Wirtschaftsflügels – als „liberal“ mißverstanden wird, kann ange-sichts der Folgen solcher Haltungen nicht einmal mehr als amüsante Neubenerscheinung abgetan werden.

Auch eine Formulierung wie „Die Politik sollte mehr darüber nachdenken, wofür sie NICHT zuständig ist!“ hat wenig Sinn für die Beantwortung der

anstehenden politischen Fragen. Sie ist zwar rhetorisch blendend, inhaltlich zum Teil berechtigt, von ihrer Intention her aber eine Katastrophe. Dieser headline-taugliche ideologische Unterbau für sozial-, bildungs- und kulturpolitische Rasenmäher und den damit einhergehenden Rückzug aus der öffentlichen Verantwortung führt im ersten Schritt zur Aufgabe der politischen Handlungsspielräume, im zweiten aber auch zur Abschaffung der Politik und der Politiker im heutigen Sinn.

Wer stets die Notwendigkeit öffentlicher Steuer- und Steuerungsmaßnahmen bezweifelt, weil er damit ja dem gesellschaftlichen Streben nach ausschließlicher Individualbefriedigung nachgibt und sich kurzfristig Erfolge bei den Wählern erwarten darf, macht sich langfristig selbst unnötig.

Worthülsen, wie „Den Sozialstaat kann man nur retten, wenn man ihn verändert“ oder in den Städten sollte es „spannende Erlebnisräume“ geben, beweisen nur, daß die Politik nun die Rolle der Kirchen auch im

Gebrauch metaphysischer Formulierungen zu übernehmen beginnt. Säkularisierung und Konkretisierung sind auch hier dringend notwendig, die schon hörbare Ausrede auf die ohnehin nur mediale Verkürzung solcher Formulierungen greift in jedem Fall zu kurz.

Wie es im Jahr 2010 aussehen soll war eine Vorgabe seitens der Herausgeber. Ich habe nur einen kurzfristigen Vorschlag: Sollte nicht in jenem Zeitraum, in dem es keine Nachbesetzungen bei öffentlichen Dienstleistern gibt, auch die Politik die durch „natürlichen“ Abgang frei werden Plätze einsparen? Gerhard Hirschmanns Vorschlag von der Zusammenlegung von Verwaltungs- und Regierungseinheiten wäre wohl der richtige Weg in die Zukunft.

Was das alles mit Stadtpolitik zu tun hat? Doris Lessings Roman *Die Memoiren einer Überlebenden* (Fischer Tb.5202) gibt die Antwort: Als erstes werden unsere Städte draufgehen, wenn wir den Sinn für das Öffentliche als das Politische verlieren.



„ZUKUNFT STADT 2010“

ÜBER WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND VERANTWORTUNG

WAS EINEN UNIVERSITÄTSSTANDORT ANDERS SEIN LASST ALS ANDERE STÄDTE

Sein die ersten menschlichen Sozialisierungen geschichtlich belegbar sind und Kulturvölker ihre Spuren bis heute erkennbar hinterlassen haben, erfolgte dies in Form urbaner Siedlungen. Städte repräsentieren jeweils die ultimative Formen des Zusammenlebens, in positiver wie in negativer Hinsicht.

Städte waren immer schon Sammelpunkte, die Bildungsstätten an sich zogen, so die seit dem Mittelalter zuerst in Oberitalien entstandenen Universitäten. Mit den akademischen Lehrern und Schülern sowie den Fakultäten als den eigentlichen Trägern der wissenschaftlichen Arbeit entwickelte sich die Forschung. Damit bildete sich in den Universitätsstädten ein Innovationspotential, das besonderen Fortschritt brachte. Liberales Gedankengut, unkonventionelle Ideen mit modernen Denkweisen prägten das geistige und kulturelle Leben und verfehlten nicht ihren deutlich erkennbaren Einfluß auf die Politik.

Für diese Universitätsstädte sind ihre Fähigkeit zur permanenten Neu- und Umstrukturierungen und ihr hoher Grad an Zukunftsorientierung der Sozial-, Öko- und Wirtschaftssysteme besonders signifikant. In besonderer Weise strahlt dies auch auf die sie umgebenden Regionen aus.

Universitätsstädte sind daher Städte, in denen das Spannungsfeld zwischen den bewährten Wertvorstellungen und den oft revolutionären Veränderungspotentialen besonders ausgeprägt ist.

Eine adäquate Antwort ist eine Politik der Offenheit und der Internationalität. Unsere Verantwortung ist es, für diese Offenheit zu sorgen. Sich abzukapseln, zurückzublicken anstatt nach vorne, war nie ein Rezept für Erfolg.

Was erwartet uns daher nach der Jahrtausendwende: Experten

sagen uns, daß die soziale Frage des 21. Jahrhunderts Bildung heißt. Die Kausalitätskette für diese Interdependenz zwischen Bildung und sozialem Wohlergehen ist schlüssig und liegt auf der Hand.

Der soziale Friede wird zu jeder Zeit das Ziel an sich sein. Voraussetzung für ihn ist die Absicherung der menschlichen Existenz, das heißt also Arbeitsplätze. Hauptgefahr für sie ist nach Meinung vieler die Globalisierung. In hochentwickelten Staaten steigt der Prozentsatz der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und in den geistig arbeitenden Berufen, also vornehmlich von Forschung und Entwicklung im weitesten Sinne bzw. im Bereich innovativer Produkte. Bloße Werkbänke abseits von Innovations- und Entwicklungspotentialen werden in hohem Maße in weniger entwickelte Länder abwandern. Arbeitsplatzbeschaffung sowie Absicherung dieser Arbeitsplätze ist in einem so charakterisierten Umfeld daher zu allererst nur durch Forcierung von Bildung, Ausbildung und Qualifikation mit gezielter Förderung von Forschung und Entwicklung erreichbar.

Die überragende Bedeutung des postsekundären und tertiären Bildungsbereiches in diesem Zusammenhang ist eine doppelte: Einerseits wird eine rapid steigende Zahl von Arbeitskräften in modernen höheren und Hohen Schulen heranzubilden sein. Gleichzeitig können andererseits nur an Akademien, Fachhochschulen und Universitäten nach modernsten Erkenntnissen ausgebildete Lehrpersonen den Arbeitskräften von morgen die erforderlichen beruflichen Fähigkeiten vermitteln.

Hervorragende Bildungsstätten fallen niemandem in den Schoß. Ihre Qualität ist direkt vom Grad ihrer Internationalität abhängig. Dies bedeutet vor-

ab ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Haus- und Fremdberufungen, auch aus dem Ausland. Gerade die städtische Lebensqualität, die Reputation des Rufes der Hochschulen und Universitäten und die sie umgebende Infrastruktur sind Parameter für ihre Attraktivität. Erfolgreiche Fremdberufungen sind von ihr abhängig. Allein mit eigenen Kräften sind der Aufschwung und der Fortschritt nie zu schaffen. Bedeutende Beispiele für diese These in der Vergangenheit sind etwa der Däne Theophil HANSEN, der sich nach einer Lehrtätigkeit in Athen in Wien niederläßt. Als Architekt und Künstler prägte er wesentlich das Bild der aufstrebenden Stadt Wien und seiner Ringstraße im 19. Jahrhundert. In Graz ist es in unserem Jahrhundert Erwin SCHRÖDINGER. Nachdem er 1933 den Nobelpreis für seine bahnbrechende Quantentheorie erhalten hatte, folgte der Wiener Gelehrte und Mitbegründer der Wellenmechanik 1936 einem Ruf von Oxford nach Graz. Die Ereignisse des Jahres 1938 trieben ihn von hier wieder fort. Es bedarf wenig Phantasie, sich auszudenken, was für Graz dadurch verloren ging, ganz abgesehen vom persönlichen Leid, das ihm damit angetan wurde.

Meine Vision für das Jahr 2010 in bezug auf das Thema meines Beitrages ist die Schaffung einer speziell dotierten Zukunftsprofessur, die den Namen eines bedeutenden Wissenschaftlers, Wirtschaftspioniers oder Innovators trägt – etwa Erwin SCHRÖDINGER, Otto LOEWI oder beispielsweise Johann PUCH.

Gelebte Beispiele mit Vorbildcharakter für zukunftsorientierte Zusammenarbeit zwischen Universitäten bzw. Hochschulen und Wirtschaft finden sich vor allen in den Städten Linköping/Schweden, Cranfield/England und im süddeutschen Karlsruhe. Weltweit bekannt und Maßstab der Dinge ist wohl Boston mit seinem Massachusetts Institute of Technology (MIT).

KUNST BRAUCHT KENNER – KULTURPOLITIK IN DER STADT

Die Millenniumswende wirft ihre Schatten voraus. Zunehmend beschäftigen sich die Menschen mit den Zukunftsszenarien des kommenden Jahrtausends. Was werden uns die Jahre mit dem Zweier voran bringen, welche politischen, gesellschaftlichen und nicht zuletzt kulturellen Entwicklungen und Veränderungen sind zu erwarten? Wie wird unser Leben aussehen? Kommt die „Schöne, neue Welt“ Aldous Huxleys oder doch eine Welt, die man ohne Anführungszeichen schön nennen kann.

Viele Fragen, auf die die Antwort nicht leicht fällt. Die technische und mediale Entwicklung, die globale Vernetzung von Wirtschaft und Kommunikation schreiten in einem Tempo fort, das uns schon in den vergangenen Jahren immer wieder vor neue, nicht vorhergesehene und nicht vorhersehbare Situationen gestellt hat. Angesichts der Geschwindigkeit dieser Entwicklungen ist es kaum möglich, schlüssige Zukunfts-szenarien zu erstellen. 2010 ist nicht weit und doch so fern. Der Zeitraum bis dahin, nach rückwärts prozisiert, würde uns ins Jahr 1984 bringen. Die Entwicklung der Computertechnik seit diesem Jahr, der Siegeszug des Internets oder des Mobiltelefons sind nur einige wenige Kennmarken, die uns sagen, wie sich in rund dreizehn Jahren unser Leben verändern kann.

Zumindest gleiches gilt für die zukünftigen Jahre. Die Welt dreht sich in immer rascherem Fortschritt, die Politik, die Menschen fragen sich, wie damit umzugehen ist. Gerade deshalb sollte sich Politik, und mit ihr die Kulturpolitik, nicht darin erschöpfen, ausschließlich reaktiv auf dieses Fortschreiten einzugehen und damit letztlich doch immer hinterherzuhinken, also Lösungen zu suchen, wo bereits wieder neue Fakten und Problemstellungen auftauchen.

Der Ansatz muß – bei aller gebotenen Flexibilität im Grundsätzlichen liegen. Wir müssen uns fragen, welchen Stellenwert wir der Kultur in unserer Gesellschaft einräumen, wie die Prämissen einer Kulturpolitik auszusehen haben, die in der Lage ist, unserem Leben Sinn zu vermitteln, ihm eine zusätzliche Dimension zu geben. „Kultur ist die Substanz, um die es in der Politik geht“, hat Richard von Weizsäcker einmal gemeint. Er hat damit der Kultur, der Kulturpolitik eine Bedeutung zugesprochen, die weit über das gewohnte Maß hinausgeht – die den Anspruch begründet, unser Lebensumfeld, unseren Lebensraum unsere Lebenskonzepte mit Kultur zu durchdringen, Kultur als wesentliches Element des Lebens zu sehen.

Das mit dem Satz Weizsäckers ange- sprochene Verhältnis von Politik und Kultur darf aber keinesfalls eine Instrumentalisierung der Kultur durch die Politik bedeuten. Ganz im Gegenteil ist die Freiheit der Kunst – von jeder wie immer gearteten, vielleicht sogar gut gemeinten Bevormundung – unabdingbare Voraussetzung jeder Kulturpolitik, die in Zukunft bestehen will. Kunst und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden, weil eben jedes Stück neuer Kunst auch immer ein Stück neuer Freiheit ist.

Die Kulturpolitik hat in diesem Sinn die notwendigen Voraussetzungen für ein geistiges Klima zu schaffen, das der Kultur alle Entwicklungsmög- lichkeiten und Freiräume gibt, die sowohl den Kulturschaffenden wie auch den Kulturkonsumenten zugute kommen. Der Leitsatz „Mehr Kul- tur in der Politik, weniger Politik in der Kultur“, mit dem ich mein Amt in Wien angetreten habe, scheint mir auch für die Zukunft, also auch im Blick auf 2010 Gültigkeit zu haben. Er ist als Bekenntnis zu einem offenen, urbanen Kulturratma zu verstehen, als Plädoyer für die Möglichkeit, sich jeder kulturellen Äußerung ohne Vorbehalte anzunähern, an Diskus-

sionen ohne vorgegebene Argumen- te heranzugehen, Kultur als Kommu- nikationsmittel unserer heutigen und zukünftigen Gesellschaft zu begrei- fen.

Im Mittelpunkt aller Überlegungen zur Kultur sollen stets die Künstler stehen und mit ihnen der lebendige kreative Dialog mit dem Publikum - einem Publikum, das möglichst alle gesellschaftlichen Schichten und ethnischen Gruppen umfassen soll.

Damit ist eine weitere ganz wesentli- che Dimension von Kultur, von Kul- turpolitik angesprochen – das „Nein“ zu Abgrenzungen gleich welcher Art, ob in bezug auf das Publikum, auf kul- turelle Ausdrucksformen, auf die Fra- ge von Alt oder Neu.

Eine demokratisch legitimierte und demokratisch agierende Kulturpolitik braucht in allen diesen Fragen jene Offenheit, die Zugang, Entwicklungsmög- lichkeiten, Kommunikation schafft.

Das heißt zunächst einmal, die Kunst selbst nicht einzuzgrenzen – was be- deuten würde, verschiedenen künstlerischen Ausdrucksformen unter- schiedliche Wertigkeiten zu unter- stellen und damit kulturelle Hierar- chien zu schaffen.

Experimentelles Theater und Quali- tätsoperette, ein Rockkonzert und ein Abend mit einem Schrammelquartett, Blasmusik und ein Orchester- konzert, eine avantgardistische Per- formance oder Intervention und die Ausstellung in einem Bezirksmuseum – all das ist Kultur in ihrer Vielfalt und Fülle, jedoch ohne Widerspruch und Rangordnung.

Kein Widerspruch ist auch zwischen Internationalität und heimischer Kreativität zu sehen, ebenso wenig wie zwischen der kulturellen Tradition und der Gegenwart der Stadt. Internationalität gehört jetzt und mehr

„ZUKUNFT STADT 2010“

noch morgen zum Wesen der Kultur und natürlich auch zur österreichischen, die in ihren großartigsten Schöpfungen Heimisches, Charakteristisches auf Weltniveau gehoben hat.

Und die große kulturelle Vergangenheit unseres Landes bildet den besten Nährboden für die zeitgenössische und die zukünftige Kunst. In der Symbiose von Tradition und Innovation, von kontinuierlichen und gegenseitigen Entwicklungen, von Klassik und Experiment, auch von Harmonie und Disharmonie liegen heute wie morgen die wesentlichen Elemente der österreichischen Kulturszene.

Kultur braucht die Künstler. Und Kultur braucht das Publikum. Eine Kultur, die am Publikum vorbeilaufen, führt in das Ghetto der Selbstgenügsamkeit. Die Kunst muß also das Publikum suchen, die Kulturpolitik hat die Aufgabe, hierzu die Wege zu ebnen, Kultur für alle anzubieten, eben den Zugang zur Kultur zu demokratisieren. Dementsprechend sind auch heute oft noch aufrechte Demarkationslinien zu überschreiten: das gilt für die Stadtgeographie, für gesellschaftliche Schichten, für die verschiedenen Ethnien und nicht zuletzt für die Lebensalter. Das heißt, Kultur muß in den verschiedenen Bezirken und Regionen der Stadt erlebbar sein, sie muß sich

an möglichst alle Bürger, gleich welchen Alters, welcher Herkunft und welcher sozialen Stellung, wenden – Kultur muß stets auch gelebter gesellschaftlicher Dialog sein.

Dieser letzte Satz gibt auch meine Vision für das Jahr 2010 wieder, eine Vision, deren Erfüllung hoffentlich nicht so lange braucht, die jedoch ein Ziel auch für den Zeitraum davor und danach sein sollte. Denn nur eine offene Gesellschaft, eine offene Kulturlandschaft, die Kommunikation nach allen Seiten ermöglicht, gibt auch die Gewähr für die Entwicklungsmöglichkeiten, die die Kultur heute und 2010 braucht.



„ZUKUNFT STADT 2010“

IN 90 SEKUNDEN DIE WELT ERKLÄREN ?

ZUM UMGANG MIT ELEKTRONISCHEN MEDIEN

Weihnachtspakete, Radio und Fernsehen haben eine Gemeinsamkeit: Nicht jede Sendung kommt so beim Empfänger an, wie es sich der Absender gewünscht hätte. Natürlich kann man sich beschweren. „Hätten'S“, wird der Postler sagen, „die Adreß“ halt g'schrieben, dann braucherten S' Ihnen ned beschweren.“ Oder: „So wie Sie die G'schicht verpackt haben, is's a Wunder, daß ned mehr passiert is“. Sinngemäß Gleisches gilt auch für Radio- und TV-Sendungen, denn Journalisten wie Postler zerfledern nur in Ausnahmefällen mutwillig das, was man bei ihnen gutwillig einliefert. Bevor man also als Absender giftige Beschwerden an die jeweilige Generaldirektion richtet, sollte man nach eigenen Schwachstellen forschen. Womit wir den postalischen Vergleichen beenden und uns dem eigentlichen Thema zuwenden wollen: dem richtigen Umgang mit Radio und Fernsehen, namentlich für Leute, die mittels dieser Medien ihrem Publikum etwas sagen wollen.

Zielgruppen- ansprache. Oder: „Schreim'S de Adreß g'scheit“

Die Zeiten, als sich die Familie gemeinsam vor dem Radio versammelte, sind längst vorbei, ebenso jene, als man sich mit Verwandtschaft und Nachbarn zum abendlichen Fernsehen traf. Jedes Programm und jede Sendung haben ihr spezifisches Publikum, und dieses wiederum hat seine spezifischen Einschaltzeiten: Vormittags findet man logischerweise mehr Hausfrauen und Pensionisten vor den Empfängern, nachmittags mehr Schüler, spätestens ab 22.00 schalten jene Berufsgruppen ab, die frühmorgens zur Arbeit müssen, dafür beginnt die Zeit für Schönsinn, Tiefgeist und nackerte Busen.

Einen halbwegen repräsentativen Querschnitt durch die Bevölkerung erreicht man per Radio am ehesten morgens zwischen 6.30 und 9.00 Uhr bzw. mittags, per Fernsehen zur „prime time“ zwischen 18.00 und 20.30 Uhr. Wenn der Bayerische Rundfunk zum Beispiel seine BergsteigerSendung „Rucksackradio“ ausgerechnet samstags in der Früh um fünf ausstrahlt, dann aus gutem Grund: Akkurat zu dieser Stunde rüstet nämlich das Bergvolk zum Aufbruch. Zu jeder anderen Zeit würde man mit der Sendung vorwiegend Leute langweilen, denen die Kraxelei herzlich egal ist. Wer mittels elektronischer Medien eine Aussage loswerden will, sollte sich also überlegen, an welches Publikum er sich eigentlich richten will und zu welcher Stunde er es über welchen Kanal am besten erreicht.

Vom Publikum wiederum hängt der Inhalt der Aussage ab bzw. das, was die Redaktion aus ihm macht. Veröffentlicht wird stets nur das, was das jeweilige Publikum betrifft oder betroffen macht. Das ausgesetzte Hundert erzeugt bei Edith Klings Publikum ein völlig anderes Maß an Betroffenheit als bei jenem von „Schilling“; die Trinkwasserqualität von Amstetten betrifft faktisch keinen in Feldkirch, es sei denn, er interessiert sich für Umwelthemen. Amstetters Wasser wäre damit sicherlich kein Thema für die Vorarlberger Landesnachrichten, könnte aber bundesweite Betroffenheit bei den Zusehern einer UmweltSendung auslösen.

Was die Leut' betrifft und was sie betroffen macht: Anhand dieser beiden Kriterien treffen Journalisten ihre Themen- und Materialauswahl, und man ist gut beraten, dies zu berücksichtigen, bevor man ein Thema anbietet und bevor man einen Text gedanklich formuliert. Je größer der Kreis der tatsächlich oder emotional Betroffenen, um so größer ist auch die Wahrscheinlichkeit auf einen Sen Platz zur „prime time“.

Form und Inhalt.

Oder:

„Verpacken'S de G'schicht g'scheit“

Das Radio ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu einem „Nebenbe-Medium“ geworden, das im Hintergrund spielt, während man sich eigentlich völlig anderen Tätigkeiten widmet, das Fernsehen ist auf einem ähnlichen Weg: Kaum eine Sendung kann mehr auf die völlig uneingeschränkte Aufmerksamkeit ihrer Konsumenten rechnen. Bei einer 45-Minuten-Sendung zu einem einzigen Thema mag der Zuseher/Zuhörer die wesentlichen Aussagen selbst dann noch mitbekommen, wenn er 30 Minuten durch Bierholen oder Telefonieren versäumt, problematisch wird es allerdings, wenn die Sendung „magaziniert“ ist, das heißt aus lauter Einzelbeiträgen besteht, die in keinem eigentlichen Sinnzusammenhang miteinander stehen und von denen keiner länger ist als maximal 180 Sekunden. Nehmen wir zum Beispiel die ZiB vom 13. Oktober 1997: Lassen wir Wetter und Sport beiseite, dann fanden wir hier in 20 Minuten insgesamt 14 Beiträge, was rechnerisch gut 85 Sekunden pro Beitrag ergibt. Keiner der verwendeten O-Töne war länger als 25 Sekunden. Ein ähnliches Bild finden wir bei der Salzburger Ausgabe von „Bundesland heute“ vom 14. Oktober: elf Beiträge in knapp 20 Minuten, davon dauert der längste 150 Sekunden, er hat mit 60 Sekunden auch den mit Abstand längsten O-Ton der ganzen Sendung, immerhin ging es hier um einen potentiellen Skandal. Als Bundeskanzler oder Landeshauptmann mag man eine größere Zeiträume erhalten, gewiß, bis es jedoch soweit ist, sollte man sich darauf trainieren, wenn schon nicht die Welt, so doch einen konkreten Sachverhalt in maximal 90 Sekunden er-

klären zu können. „Statement“ heißt das dann und meint auf neudeutsch eine „Stellungnahme in Monologform“.

Das Statement

Zweckmäßigerweise zerlegt man seinen 90-Sekunden-Monolog vorab in Sinnzusammenhänge von 15-30 Sekunden - sie sind damit potentielle OTöne, von denen ein jeder eine Aussage enthält, die auch einzeln gesendet werden könnte. Auch bei hoher Beredsamkeit sollte man gar nicht erst versuchen, mehr als ein Thema unterzubringen. Mit Vorgeschichten braucht man sich nicht aufzuhalten, auch wenn man im Deutschen Aufsatz der Mittelschulen eingetrichtert bekam, eine „Hinführung zum Thema“ müsse unbedingt sein: Das erledigt der Journalist in seiner Moderation.

Formal ist das Statement nach dem „Kaulquappenprinzip“ aufgebaut, d.h. das Wichtigste steht am Anfang, nach hinten zu wird's immer dünner. Man gliedert also nicht chronologisch sondern der Wichtigkeit nach. Und wichtig ist bekanntlich, was die Leute betrifft oder betroffen macht. Das erfordert ein gewisses Umdenken, weil kein normaler Mensch die 90-Sekunden-MedienSprache im täglichen Leben anwendet. Aus dem Satz „Schatzi, i hab ma's beim Frühstück üblegt, mir tun die Viecher leid, drum kriegst kan Pelzmantel an Weihnachten“ würde nach dem Kaulquappenprinzip nämlich: „Keinen Pelzmantel zu Weihnachten für meinen Schatz.“ Schnitt. „Tierschutz hat Vorrang.“ Schnitt. „So das Ergebnis meiner Überlegungen beim Frühstück“. Schnitt und Aus.

Interview

Interviews sind bekanntlich Frage- und Antwortspiele, deren sportlicher Reiz darin liegt, daß der Frager dem Befragten Dinge entlocken will, die dieser eigentlich gar nicht sagen möchte. Andererseits wird der Befragte versuchen, sich in möglichst positivem Lichte darzustellen, was wiederum dem Frager nicht recht ist, weil's dann so aussieht, als sei er nur ein unkritischer Stichwortgeber. Wichtig

für beide Seiten sind 100prozentige geistige Präsenz und aufmerksames Zuhören, denn Patzer sind so gut wie gar nicht zu korrigieren: Was über den Sender geht, kommt nicht mehr zurück. Prinzipiell sind die gleichen Regeln zu beachten wie beim Statement, tatsächlich sind viele Statements eigentlich Interview-Fragmente. Was es zusätzlich zu beachten gilt, sind gewisse Untiefen: Beginnen wird das Interview mit vertrauensbildenden Maßnahmen, das heißt allgemeinen Fragen ohne besondere Relevanz, so zum Beispiel: „Willkommen hier im Studio. Hatten Sie bei diesem Wetter denn einen guten Flug?“ Harmlos. Vorausgesetzt, man ist nicht ins Studio gekommen, weil man die tendenzielle Verehelung seines Berufsstandes erklären will oder gar die Vorzüge der Eisenbahn. Dann steckt nämlich schon in der höflichen Floskel des Fragers die erste Falle. Er wird nämlich vom „teuren“ bzw. „umweltfeindlichen“ Verkehrsmittel auf die Glaubwürdigkeit schließen und sich daran festbeißen wollen.

Auch auf die Frage „Wie geht's?“ schlicht mit „gut“ zu antworten sollte man sich im Einzelfall überlegen. „Gut? Wie schön für Sie! Die Gurkenpreise sind auf einem historischen Tiefstand und Ihnen geht's gut! Was muß noch alles passieren, bevor Sie...?“

Tückisch sind Fragen, die den Interviewen scheinbar in Sicherheit wagen. Da hatte zum Beispiel ein Offiziellestellvertreter in Oberösterreich im Suff den Korporal vom Tag angeschossen. Sein Brigadier hatte daraufhin bei Robert Hochner in der ZIB 2 zum Rapport zu erscheinen: Hochner: „Aber das Bundesheer hat das Alkoholproblem doch im Griff?!“ Brigadier: „Im Dienst schon.“

Wie beruhigend. Noch beruhigender wäre es gewesen, der Brigadier hätte erklärt, so etwas sei ein Einzelfall, das könne, leider Gottes, nie ganz verhindert werden, auch Züge würden vereinzelt entgleisen und trotzdem seien die ÖBB sicher und solid. Akkurat so, wie das Bundesheer.

Da die Praxis die besten Lehrbuchtexte schreibt, wollen wir uns nun an

ein Interview des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber mit dem Spiegel halten:

Hier finden wir eine „Balkonfrage“, sie kann gleichfalls tückisch sein. Der „Balkon“ ist ein Vorspann zur eigentlichen Frage, der Informationen für das Publikum enthält. Etwa:

Spiegel: „Nach 15 Jahren Kohl lautet die Bilanz: Rekord-Schulden und Rekord-Arbeitslosigkeit. Wie wollen CDU und CSU mit diesem Kanzler 1998 glaubhaft als Partei des Aufbruchs antreten?“

Wichtiger als die Antwort auf die Frage ist hier zunächst die Reaktion auf den „Balkon“, sonst bleibt die Negativ-Bilanz unwidersprochen im Raum stehen. Die lehrbuchmäßige Antwort:

Stoiber: „Moment Mal! 1989 standen wir mit einem stark schuldenreduzierten Haushalt da... Dann kam die die deutsche Einheit, die alle Prioritäten verändert hat.... Trotzdem....“

Im gleichen Interview finden wir auch die Frage des Typs „Was wollen Sie denn überhaupt noch?“ Stoiber ist, vorsichtig ausgedrückt, ein eher zurückhaltender Freund der Währungsunion. Er muß sich daher fragen lassen, ob er nicht auf völlig verlorenem Posten steht

Spiegel: „Was soll das alles noch? Der Kanzler ist dafür, den Euro auf jeden Fall pünktlich einzuführen, die SPD, die FDP...“

Der Konterschlag:

„...nur das Volk ist davon noch nicht so überzeugt.“

Stoiber bemüht damit immerhin den verfassungsmäßigen Souverän, was um so überzeugender ist, als er damit tatsächlich eine demoskopische Mehrheit hinter sich hat. Eine oder mehrere Meinungsumfragen in der Hinterhand zu haben ist übrigens nie verkehrt – nicht für den Frager, und für Befragte schon gar nicht. Umfragen helfen nämlich den Punkt zu finden, der die Leut' betrifft oder betrofen macht.

NACHHALTIGE STADT – WIDERSPRUCH ODER ZUKUNFTSKONZEPT

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ weckt sehr häufig die Assoziation eines Lebens in unzerstörter Umwelt und im harmonischen Einklang mit der Natur. In dieser Assoziation ökologischer Idylle paßt nachhaltige Entwicklung viel besser zu grünen Wiesen, rauschenden Wäldern, gelben Weizenfeldern und glücklichen Kühen als zu lärmenden Städten. Man könnte sogar sagen, daß in dieser Nachhaltigkeits-Idylle kein Platz für Städte ist und daß damit nachhaltige Entwicklung geradezu ein gegensätzliches Konzept zur Entwicklung urbaner Zentren darstellt. Allein, diese Sicht nachhaltiger Entwicklung greift zu kurz und ist damit schlichtweg falsch.

Um die Bedeutung von Städten für nachhaltige Entwicklung zu verstehen und damit eine mittel- und langfristige Vision für nachhaltige Städte zu entwickeln, ist es vorerst notwendig, das Konzept der Nachhaltigkeit selbst zu hinterfragen: Nachhaltige Entwicklung ist keineswegs ein Konzept, das nur eine Ökologisierung menschlicher Handlungen, quasi als Fortsetzung des herkömmlichen Umweltschutzes mit anderen Mitteln, zum Ziel hat. Obwohl die Aussöhnung des Menschen mit seiner Mittewelt ein wichtiger und unverzichtbarer Aspekt dieses Konzeptes ist, so bedeutet nachhaltige Entwicklung eine gesamthaft umorientierung unserer Gesellschaft mit dem Ziel, eine dauerhafte Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Hinsicht zu erreichen, die uns durch das 21. Jahrhundert (und möglicherweise darüber hinaus) führt. In diesem erweiterten Sinne nachhaltiger Entwicklung spielen Städte eine wesentliche Rolle.

Meine Vision für Städte ist, daß sie sich mittelfristig (etwa bis 2010) zu Zentren von „Inseln der Nachhaltigkeit“ und langfristig zu Trägern einer ökonomisch und sozio-kulturell nachhaltigen Entwicklung wandeln.

Diese Vision ist, wie jede andere auch, erklärbungsbedürftig. Am einfachsten geschieht dies, indem man sich an drei Schlagworte hält, die nachhaltige Entwicklung charakterisieren:

- Einpassen
- Anpassen
- Vielfalt erhalten und ausbauen.

Einpassen steht hier für das Eingliedern in globale Vorgänge. Dies gilt für globale ökologische Aspekte (wie etwa die Eingliederungen in den Kohlenstoffkreislauf, um den Treibhaus-Effekt zu vermeiden).

Es gilt aber auch für globale Wirtschaft und den globalen Ideenaustausch. Anpassen steht für die Anpassung an das regionale Umfeld, sowohl im Sinne von Ökosystemen als auch im Sinne regionaler Wirtschaftspotentiale und regionaler Traditionen und Kulturen. Die Erhaltung (und der Ausbau) der Vielfalt gilt für die Biodiversität ebenso wie für die Vielfalt ökonomischer und kultureller Aktivitäten. Vielfalt leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der Lebenssysteme im allgemeinen Sinn.

Aus dieser groben Darstellung nachhaltiger Entwicklung geht schon hervor, daß nachhaltige Stadtentwicklung nicht allein die Stadt selbst betrifft. Sie ist untrennbar mit der Entwicklung globaler Verbindlichkeiten, vor allem aber mit der Entwicklung des Umlandes verbunden.

Diese Co-Entwicklung von Stadt und Umland ist vor allem für die mittelfristige Vision der „Inseln der Nachhaltigkeit“ von entscheidender Bedeutung.

Hier sind wohl einige warnende Worte angebracht. Kein noch so innovativer „Umwelt-High-Tech-Cluster“ macht Sinn, wenn er nicht auf die

Bedürfnisse des Umlandes in ökologischer ebenso wie in ökonomischer und sozialer Hinsicht Rücksicht nimmt.

Ebensowenig macht ein „ökologisches Verkehrssystem“ Sinn, wenn es nicht gleichzeitig versucht, die Notwendigkeit für Mobilität zwischen Umland und Stadt kritisch zu hinterfragen. Es geht nicht darum, möglichst viele Menschen möglichst ökologisch angepaßt von den Schlaforten des Umlandes zur Arbeitsstätte in der Stadt zu karren. Es geht auch nicht darum, Menschen des Umlandes mit möglichst bequemen und effizienten öffentlichen Verkehrsmitteln in die Einkaufszentren der Stadt zu bringen, wo sie all das kaufen können, was das Kaufhaus im Ort früher angeboten hat. Es geht darum, Lösungen zu finden, die Arbeit und Wohnen wieder integrieren und die effiziente, ökologisch angepaßte und bequeme Versorgung von Menschen in der Stadt ebenso wie im Umland garantieren. „Ökostädte“, die nicht in nachhaltige Regionen eingepaßt sind und die sich nicht partnerschaftlich mit ihrem Umland entwickeln, sind Fehlentwicklungen.

Nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet hier vor allem Kooperation mit dem Umland!

Was notwendig ist, ist eine Wirtschaft der kurzen Wege, in der die Stadt der Hauptmarkt für das Umland wird. Neue Direktvertriebswege, vom Bauernladen bis zum Milchmann, aber auch in der Energieversorgung (von der verstärkten Nutzung von Bioenergie bis zur Verwendung von Dämmostoffen aus regionaler Produktion), sind gefragt. Aber auch neue Entsorgungswege müssen aufgebaut werden, etwa durch die Rückführung von Bioabfällen (inklusive unserer Stoffwechselprodukte) in die Landwirtschaft. Städte müssen wegkommen von ihrer derzeitigen Praxis der „Massenmenschenhaltung mit Schwemmenmistung“ (um Heinz Wohlmeyer zu zitieren) und zu echten Part-

nern im Stoffaustausch mit dem Umland werden.

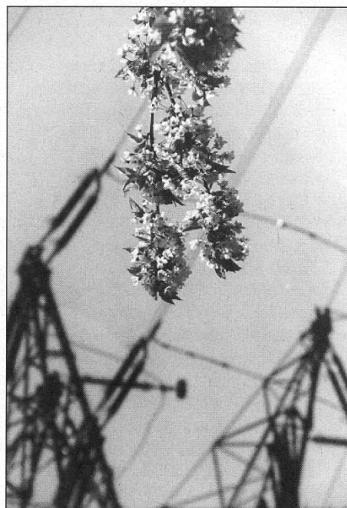
Das interessanteste Projekt, das ich in den letzten Jahren auf diesem Gebiet kennengelernt habe, ist das Projekt „Nachhaltiger Stadthügel Westbahnhof“ in Wien.

Dabei handelt es sich um ein Projekt mehr des Willens zu dieser Entwicklung!

Langfristig müssen die Aufgaben von Städten in einer nachhaltigen Ent-

wicklung neu überlegt werden. Ich glaube, daß hier gerade der „mittleren“ Stadt wie Graz eine besondere Rolle zukommt. Dabei geht es vor allem um die globale Einpassung der Regionen. Denn erfolgreiches Miteinander im globalen Reigen bedarf eines regionalen Selbstbewußtseins. Gerade Städte wie Graz, die ihre kulturelle Identität aus der Region (sprich der Steiermark) beziehen, sind hier die wesentlichen Angelpunkte nachhaltiger kultureller Entwicklung. Sie sind Fokus der gesellschaftlichen und kulturellen Entwick-

lung der Region, sie sind Aushängeschild und „kritische Masse“ der Region im globalen Konzert. Wie immer „regionalisiert“ Bildung (etwa durch die Dezentralisierung des Schulwesens bis hin zu den Fachhochschulen) auch wird, wie immer „individuiert“ sich Information (etwa durch das Internet) auch gestaltet wird, die Funktion als kulturelles Zentrum und Basis regionaler Identifikation werden Städte wie Graz nie verlieren. Daher werden sie wichtige Träger nachhaltiger Entwicklung bis in die ferne Zukunft bleiben.



„ZUKUNFT STADT 2010“

STADTMARKETING

AUSSERHALB DER SCHREBERGÄRten

Man muß kein Futurologe sein, um vorauszusehen, wie Graz im Jahr 2010 aussehen könnte. Ein bißchen Weitblick genügt. Den haben wir bereits investiert; und das führt mich zu der Behauptung: Graz wird in den nächsten Jahren wirtschaftlich und touristisch zur anerkannten Marke. Und Graz wird zur wichtigen Drehscheibe zwischen dem Nordwesten und den Regionen im Südosten Europas. Versuch einer Beweisführung.

Sitzt einer in seinem Schrebergarten und ärgert sich über die Wühlmäuse. Was tut er? Legt er sich mit dem Schießgewehr auf die Lauer? Setzt er die chemische Keule ein? Oder bleibt er sitzen und ärgert sich weiter?

Wenn er schlau ist, geht unser Schrebergärtner gemeinsam mit seinen Nachbarn gegen die Schädlinge vor, auf daß sein Gemüse wachsen und gedeihen kann.

In Graz haben inzwischen sehr viele Leute aus Wirtschaft, Politik, Tourismus und Kultur über ihren Schrebergartenzaun geschaut und sich erfolgreich mit ihren Nachbarn organisiert.

Und das sieht so aus:

Graz hat ein Stadtmarketingkonzept, das auf einer breiten Basis fußt.

Daß eine Stadt wie Graz Stadtmarketing braucht, ist ja nichts Neues. Neu ist nur die Art, wie ein derartiges Konzept in Graz erstellt worden ist.

Mehrere wichtige Grazer Organisationen und Institutionen, darunter die Stadt Graz, Graz Tourismus, die Wirtschaftskammer und andere, haben sich also gemeinsam mit den folgenden Fragen befaßt: Was macht eigentlich die Eigenart von Graz aus? Was unterscheidet unsere Stadt von anderen Städten?

Das Charakteristikum von Graz herauszufinden und zu beschreiben war

das Ziel. Ein Ziel, das dingfest zu machen zeitweise fast unmöglich schien: Zu unterschiedlich, zu vielfältig ist das Grazer Angebot, zu wichtig sind die einzelnen Teile für das große Ganze, als daß man einen Aspekt herausheben könnte: Graz als Kulturstadt, Universitätsstadt, High-Tech-Stadt, Architekturstadt, Autostadt, Ökostadt, südosteuropäische Drehscheibe usw. Eine Positionierung, die Graz auf nur eine dieser Besonderheiten festlegt, kam also nicht in Frage. Damit würde man der Stadt nie und nimmer gerecht.

Gott sei Dank fand sich am Ende der gemeinsam Nennen: Im Fall von Graz ist das ganz eindeutig die LUST am Gegensatz. Das ist eine spezielle, eigentlich einzigartige Grazer Qualität im Umgang mit dem jeweils „anderen“; die in diese Stadt kultivierte und ganz typische Form einer unter Umständen heftig diskutierten, aber im Grunde friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Organisationen und Interessen. Hochentwickelte Automobilindustrie und ökologisch vorbildliches Verkehrskonzept, Altstadt und moderne Architektur, Studentenstadt und Pensionopolis, styriarte und steirischer herbst, oder als echter Blickfang: das Opernhaus und die Lichtschwert-Skulptur – dieses kreative Nebeneinander ist Graz.

Und diese Lust am Gegensatz gilt es gemeinsam zu fördern. Das heißt: Wir versuchen Synergien zu schaffen, Vernetzung voranzutreiben und regen in der Stadt einen kreativen Umgang mit dem Vorhandenen und Gegensätzlichen an – so lassen sich langfristig sowohl in der Wirtschaft als auch im Tourismus und im Kulturbereich wertvolle Potentiale wecken und integriert, quasi als Gesamtheit, vermarkten.

Graz im Jahr 2010 wäre für mich also die Verwirklichung der im Grund sehr bodenständigen Vision dieser großen Lust am Gegensatz.

Für die Umsetzung dieser Stadtmarketing-Idee haben wir natürlich auch den entsprechenden Rahmen geschaffen. Konkret heißt das: Die folgenden Leitlinien unterstützen den Weg der Stadt Graz zur eigenständigen Marke im Gefüge der europäischen Städte.

1. Städte sind (auch) Unternehmen.
2. Unternehmen haben Kunden.
- 2.1. Die Kunden des Unternehmens Stadt sind die Bevölkerung, verschiedene Institutionen, Gäste und Unternehmen.
- 2.2. Die Kunden der Wirtschaftsabteilung des Unternehmens Stadt sind die Gäste (sprich Touristen) und Unternehmer (sprich ansässige und potentielle Ansiedler).
3. Kunden schätzen Marken.
4. Marken entstehen durch Marketing.
- 4.1. Stadtmarketing soll aus einer Stadt eine Marke machen.
5. Marketing vermittelt Qualitäten und eine Markenphilosophie.
6. Die besonderen Qualitäten von Graz sind die hohe Kommunikationskultur, die Innovationspotentiale und die Integrationsfähigkeit.
7. Diese Qualitäten lassen auf Basis des hohen Lebensstandards, den Graz bietet, die „Lust am Gegensatz“ wachsen.
- 7.1. Die Philosophie „Lust am Gegensatz“ leben die GrazerInnen seit langem.

- Selbstverständlich, unausgesprochen, oftmals unbewußt.
- 7.2. Die Auswirkungen dieser Philosophie sind in Graz überall erlebbar.
- Pensionopolis und Studentenstadt.
- Forum und Stadtpark.
- steirischer herbst und styriarte.
- Oper und Lichtschwert.
- Grazer Schule der Architektur und Altstadt.
- Öko-Netzwerk und Automobil-Cluster.
8. Das Grazer Stadtmarketing-Modell soll in vier Schritten...
...den Grazern diese ohnehin gelebte Philosophie der „Lust am Gegensatz“ bewußt machen.
- ...diese Stärke der Stadt weiter stärken:
- Unterschiedliche Menschen und unterschiedliche Ideen zusammenbringen,
- Teamgeist fördern, die Lust am Gegensatz wecken
- die Entwicklung neuer Gegensätze fördern.
- ...die neuen Gegensätze in die Tat und in konkrete Produkte umsetzen.
- ...die neuen Produkte in Europa bekanntmachen.
- 8.1. Das Grazer Stadtmarketing-Modell will...
- ...Gegensätze zu Althergebrachtem und damit
- Innovationen fördern.
- ...Gegensätze nicht verschweigen, sondern den Dialog und
- damit die Kommunikation fördern.
- ...Gegensätze nicht gegeneinander ausspielen, sondern gemeinsame Stärken nutzen und damit die Integration fördern.
- Dadurch wird die gewachsene Substanz der Stadt neu interpretiert.
- 8.2. Die „Lust am Gegensatz“ ist eine Philosophie – kein Slogan für Tourismus- und Standortbewerbung.
- 8.3. Die konkrete Umsetzung geschieht durch Basisarbeit, wie Öffentlichkeitsarbeit, Corporate Design oder Standortwerbung,
- und Eurovisionsprojekte (= in Europa sichtbare Projekte, die Graz zur Marke machen und international positionieren).



„ZUKUNFT STADT 2010“

WIEVIEL STADTKERN BRAUCHT DIE STADT? WIEVIEL UMLAND BRAUCHT DIE STADT?

ÜBERLEGUNGEN ZUR (WIRTSCHAFTS-)NUTZUNG STÄDTISCHER RÄUME

Wir leben in einer Zeit gegenläufiger Tendenzen: Während auf der einen Seite immer größere Gebiete zu einer wirtschaftlichen und rechtspolitischen Einheit zusammenwachsen, gibt es die gegenläufige Tendenz, daß kleinräumige Bezugspunkte gesucht und gepflegt werden. Baudenkmäler werden herausgeputzt, Orts- und Stadtchroniken verfaßt, in Arad im armen Nordrumänien wird in einem Hotel eine Gedenktafel enthüllt, weil einst Brahms, List und der junge Strauß dort gespielt haben, in Triest erst vor wenigen Tagen ein Denkmal der Kaiserin Elisabeth. Fast gewinnt man den Eindruck, die Globalisierung des Rechts und der Wirtschaft sei die Sache des Verstandes, das Gefühl hingegen sucht sich andere Bezugspunkte.

Der emotionale Bezugspunkt innerhalb der Ortstafeln einer Stadt ist das Zentrum. Das ist keine genetische Disposition des Menschen, sondern das Zentrum war einst Ort der Politik, des Geisteslebens und des Handels. An Graz hingedacht: Im Zentrum sind Burg, Landtag, Rathaus, Dom, Jesuitenuniversität und die alten Bürgerhäuser. Zentrum war somit die Fokussierung aller einst wesentlichen Lebensfunktionen: Wohnen, Kommunikation, Arbeit, Handel und Kultur.

Diese Zeit ist vorbei, auch die Lebensfunktionen haben sich gewandelt. Heutige Kommunikationstechniken fordern nicht mehr die physische Anwesenheit im Entscheidungszentrum, um informiert zu sein, kaufen kann ich auch über Internet, das Auto ermöglicht die Überwindung großer Distanzen zur Erfüllung der Lebensfunktionen Wohnen-Einkaufen-Arbeit. Eine räumliche Verlagerung wichtiger Lebensfunktionen in Einkaufszentren, Wohnsiedlungen und Technologieparks hat stattgefunden, das Zentrum, wiewohl weiter emotio-

naler Bezugspunkt, hat seine lebensnotwendige Rolle verloren. Es ist weiterhin gewichtig, aber nicht mehr so wichtig, geschichtsbeladen, aber nicht mehr alltagsbezogen. Es verlor seine selbstverständliche und nahezu gottgewollte Rolle, der einstige Vorteil mutierte zum Nachteil: unbehaglich, weil nicht oder schlecht mit dem Auto erreichbar, durch die erhöhte Mobilität nicht mehr konkurrenzlos, nicht gewohnt, Probleme gemeinsam geschäfts- und branchenübergreifend zu lösen.

Was ist also zu tun?

Die Zentren und Innenstädte haben einen ungeheuren Standortvorteil: sie sind weiter emotionaler Bezugspunkt ihrer Bewohner, sind identitätsstiftender Ort des Stolzes. Das allein jedoch reicht nicht, dieser Ort ist nun nach aktuellen Lebensbedürfnissen und Lebensfunktionen zu organisieren. Es ist für eine Innenstadt nicht erstrebenswert, ruhig zu sein. Der Ruhesuchende geht in den Wald, in die Bibliothek oder auf den Friedhof. Wir müssen uns alle darüber im klaren sein, daß das Schwergewicht bei der Überwindung der wirtschaftlichen Nachteile der Innenstadt beim Privatsektor liegen muß und nicht bei öffentlichen Institutionen. Der private Unternehmer darf nicht mehr als Störenfried des vielzitierten „öffentlichen Interesses“ betrachtet werden, sondern als Motor der Lebendigkeit: Denn die Lebendigkeit der Innenstädte läßt sich nicht mit Gesetz beschließen oder per Verordnung dekretieren, sondern kann nur gelingen, wenn Innenstädte in all ihren Facetten sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren: an ihren Kulturbedürfnissen, Kommunikationsbedürfnissen, Kaufbedürfnissen und Geselligkeitsbedürfnissen.

Die Politik hat dafür die vielzitierten Rahmenbedingungen zu schaffen: Sie

muß die Erreichbarkeit der Innenstadt – auch mit dem Auto – gewährleisten, nicht, indem Fußgängerzonen und -plätze wieder zurückgewidmet werden, sondern durch großzügige und preisvernünftige Tiefgaragen. Sie muß die verschiedenen Gebühren für Innenstadtunternehmer so gestalten, daß der Standort Innenstadt gegenüber der Peripherie kein finanziell unbewältigbarer Standortnachteil wird. Sie muß den privaten Unternehmen das Gefühl geben, daß ihre Aktivität erwünscht ist.

Ich rate jedem, einmal in eine Stadt ohne Zentrum zu fahren: nach Brasilia zum Beispiel, der aus dem Boden gestampften Reißbrethauptstadt Brasiliens. Das Zentrum von Brasilia besteht nur aus Ministerien und einer Kathedrale. Es ist bekannt, daß alle Politiker und hohen Beamten am Wochenende nach Rio fliegen, weil man in dieser Stadt nicht leben, sondern nur zwischen zwei Arbeitstagen schlafen kann. Oder Managua, die Hauptstadt Nicaraguas: In der Vergangenheit von Erdbeben immer wieder zerstört, ist es nichts anderes als eine Ansammlung ärmlicher Häuser oder Hütten. Man ist in dieser Stadt völlig orientierungslos, man geht immer punktuell zu einem Ziel, man kann in Managua nicht in die Stadt gehen. Oder Eilat, der bekannte Badear und Tauchort am Roten Meer: eine Bungalowansammlung auf weißem Sand, ein herzloser Retortenort. Oder Berlin: Diese faszinierende und pulsierende Stadt, nach dem Krieg geteilt, muß nun ihr Zentrum bauen, und wie selbstverständlich spricht man dort von der Innenstadt als Konglomerat der Zentren City-West und City-Ost.

Seien wir froh, daß wir in Graz nicht vor diesen Problemen stehen. Unser Problem ist einfacher gelagert: Wir müssen etwas, das von allen als stolzmachendes Zentrum akzeptiert ist,

mit Leben erfüllen, und das kann gelingen, wenn das Mit-Leben-Erfüllen von Seiten der Politik zugelassen wird.

Meine Vision für das Jahr 2010 in Bezug auf das Thema meines Beitrages ist, daß die Innenstadt alle nachgefragten menschlichen Lebensbedürfnisse in einem ausgewogenen Verhältnis befriedigen kann: das des

Wohnens, das des Arbeitens, das des Geschäftsbetreibens, das des Kulturgenießens, das der Kommunikation.

Das interessanteste Modell, von dem ich im Zusammenhang mit dem Thema meines Beitrages jemals gehört habe, ist Salvador de Bahia in Brasilien: Noch vor zehn Jahren war diese unvergleichliche Innenstadt so verkommen, daß in den unzähligen Kir-

chen am Sonntag nicht mehr der Gottesdienst abgehalten, sondern mit Heroin gehandelt wurde. Durch Sanierung der Innenstadt, Animation lokaler Unternehmer und Investitionen in den Kulturbereich ist diese Innenstadt – von der UNESCO zum Weltkulturerkmal erklärt – wieder mit Leben, Sicherheit und Zukunftsperspektive erfüllt worden, die einer ganzen Stadt Stolz und Hoffnung eingeflößt hat.



„ZUKUNFT STADT 2010“

DER ARBEITSMARKT DER STADT GRAZ IM JAHR 2010

Unter Markt versteht man in volkswirtschaftlicher Hinsicht stets das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage. Übertragen auf den Arbeitsmarkt könnte man als Angebot den Teil der Arbeitskraft bezeichnen, den der Mitarbeiter zur Verfügung stellt, und die Nachfrage wäre jener Teil an Arbeitskraft, den die Unternehmer benötigen, um ihr unternehmerisches Ziel zu erreichen. Die heutige Zeit ist davon gekennzeichnet, daß die Nachfrage der Unternehmer nach Arbeitskraft sinkt. Dies ist auch leicht nachvollziehbar. Denn zum einen steigt der Technisierungsgrad der Unternehmen ständig an und zum anderen scheuen die privaten Unternehmen die hohen Lohnnebenkosten. Hinzu kommt, daß die öffentlichen Haushalte völlig überschuldet sind und keinerlei Ressourcen für Personaleinstellungen haben. Auf der anderen Seite ist das Angebot an Arbeitskräften aufgrund geburtenstarker Jahrgänge ständig steigend. In den letzten Jahren wurden in Österreich Arbeitsplätze stets abgebaut. Einer der Gründe für den Arbeitsplatzabbau liegt im flacher werdenen Wirtschaftswachstum. Das Wirtschaftswachstum hängt direkt mit der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zusammen. Ich will hier keineswegs sagen, daß unsere Firmen etwa vom Qualitätsstandpunkt her nicht wettbewerbsfähig wären. Das ursächliche Problem liegt vielmehr in den Nebenkosten der Arbeit unseres Landes. Während beispielsweise in Großbritannien für eine Stunde Leistungslohn 45 Prozent Lohnnebenkosten, in Dänemark 24 Prozent und in der Schweiz nur 22 Prozent Lohnnebenkosten anfallen, sind es in Österreich stattliche 113 Prozent. Daß man mit derartigen Zahlen nur wenige internationale Unternehmen dazu bringen kann, sich in Österreich anzusiedeln, und umgekehrt auch viele österreichische Unternehmen in Billig-Lohnländer abwandern, liegt klar auf der Hand. So zeigt sich auch die gegen-

wärtige Situation der Stadt Graz, wo bei bei uns zusätzliche Faktoren hinzukommen. Aus diesem Dilemma gibt es für die Zukunft von Graz grundsätzlich nur einen einzigen Ausweg, nämlich den der Förderung von Betriebsansiedlungen. Diese Förderungen brauchen keineswegs finanzieller Art zu sein, sondern haben mehrere Dimensionen. Auf die Dimensionen der Betriebsförderung wird noch später explizit eingegangen.

Legt man Ergebnisse einer deutschen Studie (Stoß/Weid 1991) auf Österreich um, so würden auch bei uns im Jahr 2010 25 Prozent unserer Bevölkerung arbeitslos sein, und weitere 25 Prozent würden Gelegenheits-Jobs annehmen müssen.

Arbeitsplätze zu schaffen muß somit eines der dringlichsten Ziele der Politik und Wirtschaft sein. Denn: Arbeit ist mehr als Broterwerb, ist mehr als eine fixe Anstellung zu haben und ist auch mehr als die Sicherung des Lebensunterhalts. Arbeit ist die Quelle von Selbstwertgefühl, Sozialprestige und von Zufriedenheit. Arbeitsplätze schaffen können nur Unternehmer. Es ist klar daß auch Graz im Jahre 2010 mit einer gewissen Sockelarbeitslosigkeit oder der sogenannten natürlichen Arbeitslosenrate rechnen wird müssen. Das Angebot an Arbeitskraft durch die Bevölkerung liegt heute EU-weit schon 20 Prozent höher als das derzeitige Angebot. Wie bereits zuvor angesprochen ist die Tendenz leider in vielen Ländern steigend.

Die Antwort auf die Frage, wie der Arbeitsmarkt der Stadt Graz im Jahr 2010 aussehen könnte, läßt sich eigentlich in einem Satz zusammenfassen: Er wird genau so aussehen, wie die Wirtschaft der Stadt Graz im Jahr 2010 sein wird. Diese Aussage ist leicht zu belegen, denn die Tatsache, daß gerade Unternehmer diejenigen sind, die Arbeitsplätze schaffen, ist allgemein bekannt. Gerade in den letzten Jahren geschahen viele Din-

ge in Graz, die nicht gerade der wirtschaftlichen Entwicklung und Förderung dienten. Die Lust am Gegensatz – einer der meistgeprägtesten Slogans der letzten Zeit – zeigt sich beispielsweise, indem wir zwar stolz auf unseren Automobil-Cluster sind, aber die Verantwortlichen alles dazu beitragen, die Autos aus der Stadt zu verbannen. Die Einflüsse der Wirtschaft auf eine Stadt sind insofern gegeben, als eine Stadt mit der Wirtschaft lebt und stirbt.

Nun, die Frage, welche konkreten Möglichkeiten ich für Graz sehe, möchte ich im folgenden darstellen:

- Entwicklung eines wirtschaftlich orientierten Leitbilds

Dies ist wohl der allererste Schritt, der unbedingt zu setzen ist. Der Slogan „Graz hat's“ ließe sich viel besser umwandeln in „Graz hat Zukunft“, Graz ist ein Wirtschaftszentrum. Gerade die Nähe zu vielen anderen östlichen Ländern könnte uns hier zu einer wichtigen Drehscheibe machen.

- Arbeitsplätze durch Unternehmensansiedlungen: Attraktivierung des Standortes Graz für Unternehmen, indem die Stadt Graz, so wie es auch Stadtrat Strobl bereits plant, bürokratische Hochseiltänze vermeidet. Des weiteren wäre es äußerst wichtig, sich zu überlegen, was eigentlich Unternehmer dazu bringt sich in Randgebieten um Graz, wie Graz-Raaba, Kalsdorf etc., anzusiedeln. Was hat also Graz so Abstoßendes an sich, daß wir nicht als Unternehmensstandort gewählt werden. Sind es die Gebühren? Ist es die Bürokratie? Oder ist es die so oft beklagte wirtschaftsfeindliche Gesinnung der Administration? Genau in diesen Bereich fällt auch die Frage der Infrastruktur. Das Verkehrskonzept der Stadt Graz ist fatal. Zum einen wird es

bis zum Jahr 2010 sowieso schon zum Mega-Verkehrsinfarkt gekommen sein, wenn nicht endlich Vorhaben wie die Nord-Süd-Spanne etc. umgesetzt werden. Zum anderen ist die Grazer Park-Politik absolut fehlgeschlagen. Eine Innenstadt ist kein Naherholungszentrum, sondern ein Platz, an dem Wirtschaft stattfindet. Oder wollen wir alle in Zukunft nach Leibnitz oder in andere Bezirkshauptstädte einkaufen fahren? Indem man die Parkplatzsituation ständig verschärft, macht man die Innenstadt nicht gerade attraktiver. Durch die absichtliche Parkraumblockade – anders kann man dies wohl nicht bezeichnen – lässt der Kundstrom in die Grazer Innenstadt-Geschäfte nach und diese ist in ihrer Existenz bedroht.

- Kleinere Unternehmensgrößen – also Klein- und Mittelbetriebe –, wie wir sie in der Innenstadt finden, sind wichtige Träger des Arbeitsmarkts im Jahr 2010. In der Steiermark geben die KMUs 239.354 Beschäftigten einen Arbeitsplatz. Das Verhältnis Arbeitsplätze in Großbetrieben und Kleinbetrieben klafft stark auseinander. Da in Mega-Einkaufszentren die Beratungskomponente meist nicht als strategischer Erfolgsfaktor zählt, so wie es bei Klein- und Mittelbetrieben sehr wohl der Fall ist, ist die Personalintensität wesentlich geringer! Weitere Konsequenzen, die mit der „Vereinsamung“ der Innenstadt zu erwarten sind, wie Erhaltungs- und Kriminalitätsaspekte, würden bei diesem Thema zu weit führen.
- Arbeitsplätze im Tourismus: Graz hat so viele Reize, die man noch

viel besser vermarkten könnte, wodurch auch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden. Ich denke hier beispielsweise an Groß-Veranstaltungen, tourismusfreundliche Öffnungszeiten der Lokale etc.

- Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich: Gerade in den letzten Jahren ist der Trend weg von der Produktionsgesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft deutlich zu verspüren!
- Arbeitsplätze durch Informations-technologien: Der Bereich der Informationstechnologien wird bis zum Jahre 2010 boomen. Denn nicht nur, daß wir diese als Kommunikationsmedien brauchen, sondern auch Telearbeitsplätze sind Arbeitsplätze der Zukunft!
- Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung: Die öffentliche Verwaltung zählt zu den weiteren großen Arbeitgebern. Bis zum Jahr 2010 wird es in diesem Bereich jedoch zu einem großen Strukturwandel kommen. Das Dienstleistungssdenken wird Einzug halten und die Beamten von heute werden als Berater und Moderator von morgen fungieren.

Im Jahr 2010 werden völlig neue Modelle der Arbeit zur Verfügung stehen.

Die Bedeutung der Ganztags-Jobs wird wesentlich geringer sein und Modelle der Teilzeitarbeit werden längst Fuß gefaßt haben. Job-Sharing¹-Modelle werden nicht mehr den USA vorbehalten sein, sondern auch wichtige Elemente in unseren Breiten sein. Nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen Konsequenzen, wie mehr Zeit für die Famili-

lie etc., dieser Modelle sind begrüßenswert. Da nach wissenschaftlichen Studien bis zu diesem Zeitpunkt es nicht mehr ausreichend Arbeit für jeden geben wird, wird sich in den nächsten Jahren der Trend zu einer eher kürzeren Arbeitszeit des einzelnen durchsetzen. Die bundesweite Gesetzeslage, somit auch das in unserer Region gültige Normenkleid, wird eine weitestgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit ermöglichen müssen. Auch Themen wie Leiharbeit und die Rolle der Personalbereitstellungsfirmen sind in diesem Kontext zu sehen.

Zweifellos wird die Mobilität der Arbeitskräfte ansteigen müssen und auch mit dem Hintergrund der Europäischen Union sowie der Währungsunion wird eine gewaltige Veränderung in der beruflichen Welt des einzelnen vor sich gehen.

Die Frage, wann und wo der einzelne seiner Berufstätigkeit nachgehen wird, ist sicher auch mit der wachsenden Bedeutung der Möglichkeiten von Heimarbeitsplätzen in einer künftig virtuellen und voll vernetzten Arbeitswelt zu beantworten.

So hoffe ich, Graz im Jahr 2010 als ein pulsierendes Wirtschaftszentrum, das am letzten Stand der Technik alle Chancen der Innovation und auch der Globalisierung wahrnimmt, zu erleben – und dies alles in der gleichen lebenswerten Umgebung mit ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten, wenn wir unsere Chancen nutzen!

Nehmen wir unsere Zukunft in die Hand!

Ich sehe Graz im Jahr 2010 als ein Wirtschaftszentrum, das seiner Bevölkerung ausreichend Arbeitsplätze bieten wird.

¹ Job-Sharing ist ein Arbeitsmodell, das ermöglicht, daß die Aufgaben einer Stelle auf verschiedene Personen aufgeteilt werden.

Die Personen können entweder abhängig oder unabhängig voneinander arbeiten.

WILDTIERE IN DER STADT

Urbane Strukturen, wie sie in Graz ausgeprägt in Erscheinung treten, bieten „wildlebenden“ Tieren sehr wohl Lebensraum und Möglichkeiten zum Überleben. Es soll hier nicht nur von den uns allen bekannten Eichkätzchen, die in den Parkanlagen fast aller mitteleuropäischer Städte ein vertrautes Bild darstellen, von den mittlerweile überall häufigen Stockenten oder Haustauben die Rede sein – die Stadtfauna, insbesondere die Fauna von Graz, bietet ein weit größeres Spektrum teils sogar überraschender Arten.

Es mag erstaunlich klingen, aber innerhalb der Stadtgrenzen von Graz geben sich Gamsen (am Buchkogelhöhenzug – Plabutsch), Rehe, Füchse und Dachse ein Stellidchein. Feldhasen, sogar Kaninchen, Nutrias, Bisamratten, Baum- und Steinmarder, Iltis, Wiesel, Siebenschläfer und neuerdings sogar der Waschbär (in Gösting) wurden hier registriert. Einmal sollen sogar Braubär und Luchs das Areal von Graz überquert haben! Recht vertraute Erscheinungen sind Igel, Wanderratte, verschiedene Mäuse und auch immerhin 17 Arten von Fledermäusen. Einige dieser zuvor genannten Arten treten zwar nur selten bzw. sporadisch auf, andere weisen dafür aber stabile Populationen auf. Und nicht alle der aufgezählten Säugetierarten sind auch als bodenständig zu bezeichnen, wie etwa die Gamsen, die von der Jägerschaft ausgesetzt wurden, oder Kaninchen, Nutrias oder Waschbär, deren Vorkommen in Graz auf Einschleppung zurückzuführen sind.

Unter den Vögeln gibt es viele vertraute Erscheinungen. Als Beispiele seien nur der Fasan, Türkentaube, Turmfalke, Waldkautz, im Winter auch Saatkrähe, Mauersegler, Elster, Eichelhäher, Buntspecht und Kleiber genannt, aber auch Waldschneipe, Sperber oder Lachmöwen können im Stadtgebiet beobachtet werden.

Weniger bekannt sind auch die Reptilienvorkommen in Graz, wohl wegen ihrer eher versteckten Lebensweise und ihrer Seltenheit. Neben Zaun-

und Mauereidechse sind vor allem Äskulapnatter und Schlingnatter in trockenwarmen Bereichen wie auch die Würfelnatter am Murufer regelmäßige Mitbewohner. Allesamt sind natürlich ungiftig und völlig harmlos, darüberhinaus stehen sie unter Naturschutz.

Aber mit diesen Beispielen ist die Liste bemerkenswerter Tierarten noch lange nicht erschöpft! Ganz im Gegenteil, das große Heer der wirbellosen Tiere macht wie überall den Löwenanteil aus. Hier ist besonders zwischen den Tierarten zu unterscheiden, die den Stadtlebensraum, also die vom Menschen geschaffenen Strukturen, zum Überleben brauchen, und jenen, die diese Strukturen noch ertragen können bzw. sich mitunter ganz gut an diese Umweltbedingungen anpassen konnten.

Zur ersten Gruppe zählen Arten, die ursprünglich nicht in Mitteleuropa zu Hause waren, sich aber im Laufe der Zeit mehr oder weniger weit von ihrem ursprünglichen Vorkommensgebiet aus ausgebreitet haben - dies ermöglichen ihnen erst menschliche Behausungen, Siedlungen und Städte.

Die vielen sogenannten Vorratsschädlinge oder Lästlinge, wie die Dörrobstmotte (*Plodia interpunctella*) oder Mehlmotte (*Ephesia kuehniella*) sind nur allzu bekannte Beispiele für diese ökologische Gruppe.

Aber auch die auf Park- und Alleebäumen lebende, flugfähige Südliche Eichenschrecke (*Meconema meridionale*) ist in Graz erst seit etwa einem Jahrzehnt bekannt. Sie wird besonders gerne mit dem Auto verschleppt und gelangte sicher so auch nach Graz.

Weitere eingeschleppte oder eingewanderte Insekten wären etwa die Büffelzikade (*Stictocephala bisonia*), die Platanennetzwanze (*Corytucha ciliata*) – beide stammen aus Nordamerika – oder als jüngste Neubürger die allbekannte Kastanienminiermotte (*Cameraria ohridella*).

Die überwiegende Mehrheit stellen aber ohne Zweifel die bodenständigen Arten, die in naturnahen Bereichen, etwa am Murufer, in Parkanlagen oder am Schloßberg, noch für sie günstige Bedingungen vorfinden. Die unter Linden, oft in großer Zahl sitzenden, kräftig rot und schwarz gefärbten Feuerwanzen (*Pyrhocoris apterus*), Junikäfer (*Amphilochus spp.*) die Blaue Holzbiene (*Xylocopa violacea*), unsere größte Bienenart, oder das abende im Spätsommer oder Herbst auf vielen Bäumen musizierende Große Grüne Heupferd (*Tettigonia viridissima*) stellen das oben Gesagte deutlich unter Beweis.

Gerade die Murufer und der Grazer Schloßberg waren in jüngster Vergangenheit Gegenstand intensiver biologischer Studien, dabei konnte gezeigt werden, daß etwa der Grazer Schloßberg ein Refugium darstellt, das seltenste Arten, ja sogar einzigartige Vorkommen für die Steiermark oder sogar Österreich beherbergt!

Allein unter den nachtaktiven Schmetterlingen konnten am Schloßberg mehr als 250 Arten nachgewiesen werden, bei den Käfern waren es sogar an die 300 Arten! Darunter waren zehn Arten sonst aus der Steiermark nicht bekannt, drei Arten sind in ganz Österreich ausschließlich vom Schloßberg gemeldet worden und zwei Arten dürften einen Erstnachweis für Mitteleuropa darstellen. Damit aber nicht genug: Eine Milbenart vom Schloßberg hat sich sogar als eine für die Wissenschaft noch unbekannte Tierart erwiesen – ihre Erstbeschreibung befindet sich gerade in Druck!

Diese Superlativen sollen ein wenig die naturräumliche Wertigkeiten unserer Grünbrücken, Grünanlagen, insbesondere des Schloßberges, verdeutlichen. Sie sind ein klarer Auftrag, sorgsam mit diesen Schätzen umzugehen und ehrgeizige Projekte, von denen es auf dem Papier ja bereits genügend gibt, unter diesem Gesichtspunkt zu überdenken.

Genug Arten sind auch schon aus dem Raum Graz verdrängt worden, darauf einzugehen fehlt aber hier der Platz

VON VATERMÖRDERKRÄGEN UND ANDROGYNYEN MENSCHEN

EIN VERSUCH, MODE UND STADT DER ZUKUNFT ZU VERNETZEN

Folgern wir den Versuch einer Erklärung zuerst aus einer vorrangigen Frage: „Was ist aus der Weiblichkeit in der Mode geworden?“ Auf den großen Brettern der internationalen Modewelt können sich ausschließlich untergewichtige Models kaum im heftigen Beifallssturm der elitären Meinungsbildner auf dem Boden halten. Die geforderte Flachbrüstigkeit ist das körperliche Gebet an die textile Strenge, an die klaren Linien, den Wegfall verspielter Tatsachen. Die 90-60-90-Manie lässt wohl nur noch (männliche) Modemuffel über eine Telefonnummer nachdenken. Das Modediktat fordert bedingungslosen Gehorsam, nicht zuletzt aufgrund der zelebrierten, modischen Religion: „Kleider machen Leute.“ In der Glattgeschliffenheit des Daseins ist Mode zur Verpflichtung geworden, die nicht zuletzt vor allem Frauen auf der Karriereleiter kennzeichnet. Primäre Geschlechtsmerkmale, die die Mode bekleiden sollte, verwässern in der Forderung der Designer nach sichtbarer Anerkennung, die jene nach der eigenen nicht ausschließt. Das gilt nicht nur für weibliche Formen, sondern macht auch vor dem starken Auftritt der „Herrlichkeit“ nicht halt, die nicht nur von Jean P. Gaultier in Röcke gezwängt wird. Die gesuchte, designete Gleichheit der Geschlechter ist auch ein Umsatz-Versuch, den gesellschaftlichen Spalt zwischen Mann und Frau zu schließen. Gleichberechtigung heißt der Schlachtruf, mit dem immer mehr Frauen ins Feld ziehen. Anpassung bestimmt ihre Marschrichtung, der Wunsch, dem Manne gleich sein zu wollen, ist ein wohl schweres Kanonenfutter. Die Welt der Mode macht sich den Aufmarsch der weiblichen Mächte in Richtung Männlichkeit immer stärker kommerziell zunutze: „Es lebe die Zweigeschlechtlichkeit in einer Person, die man – wissenschaftlich – in der Biologie als

zwitterig definiert.“ Androgyn (gr.) ist das repräsentative Individuum der modernen Generation, das in einer Person rein männliche und rein weibliche Blüten zugleich treibt. Der weltweite (teure) Schlankheitswahn, den immer dünner werdende Models von Paris und London aus auslösen, ist ein perfekter Aufbereiter des Versuches, die Mode wieder einmal nachhaltig zu revolutionieren.

(Gott sei Dank nur) Unsichtbare Weiblichkeit verschwindet vor allem im Herbst/Winter 1997/98 hinter Anzügen im Nadelstreif, der Androgynität ist vorerst – beileibe nicht zum ersten Mal – genüge getan!

Den schmalen Silhouetten und der immer männlicher werdenden Schnittführung fallen Körpermerkmale ganz einfach zum Opfer. Busen und Po werden aus den Nähwerkstätten verbannt, Weiblichkeit wird modisch in männliche Zielstrebigkeit versteckt, nur sie passt ins Bild der im ausklingenden Jahrtausend allerorts propagierten Businessfrau. Ein Bild, das in hohem Maß auch die Gesellschaft, und damit – untrennbar verbunden – auch die Zukunft der Städte prägt. Denn Städte sind die Kulissen, vor denen sich der Tanz der Eitelkeiten abspielt. Städte sind aber auch Publikum, das über Erfolg und Mißerfolg propagierter Modetrends entscheidet. Eine Erkenntnis, die einmal mehr den Vergleich fordert: Männer in Röcken werden in New York bestimmt mit wohlgefälliger Akzeptanz quittiert, würden in Graz aber atemloses Erstaunen verursachen. Die Ursache dafür liegt aber keineswegs in unserem modischen Unverständnis, sondern vielmehr in der Tatsache, daß jede Stadt nach eigenen – auch textilen – Regeln lebt, die bei uns in hohem Maß in der Tradition begründet sind. Die Stadt 2010 muß allerdings lernen, Tradition – speziell modisch – neu zu definieren, was heute schon von der jungen

Generation gefordert wird. Nicht bedingungsloses Festhalten an (alten) Werten wird den Weg in die Zukunft markieren, sondern die Offenheit, das „anders sein“ von übermorgen schon heute zu akzeptieren. Modische Stilrichtungen haben seit je her den Ruf einer Stadt geprägt, zunehmend verschwimmen aber auch hier die Konturen. Die Schnellebigkeit und die weltweite Vernetztheit lässt auch Trends kaum mehr viel Zeit, Fuß zu fassen. Es ist also bequem und fast eine Überlebensfrage für eine milliardenschwere Industrie, den androgynen, modisch nicht mehr so schnell lebigen Mode-Menschen zu formen, an dem nicht erst in den letzten Jahren gearbeitet wird. Wer kennt nicht in seinem Umfeld pubertierende Mädchen, für die der Kleiderkasten des Vaters ein modisches Dorado ist, weil das Herrenhemd zu einem gefragten Garderobe-Bestandteil „mutiert“, in dem man Männerlein sein will und Weiblein sein darf. Es lebe die Androgynität!

Daß sich Männer bis dato noch nicht an den Kleiderkästen der Damen schadlos halten, spricht einzig und alleine für das Patriarchat, das die Gesellschaft in unseren traditionsbehafteten Breitengraden nach wie vor bestimmt. Langsam, aber sicher müssen auch die Herren der Schöpfung (wer spricht übrigens von den Frauen der Schöpfung) sich auf den Schlipps getreten fühlen, der modisch übrigens auch längst überholt ist. Männer in Röcken werden ganz sicher in nächster Zukunft zum Stadtbild ebenso dazugehören, wie jene Männer, die heute bereits in Kosmetiksalons nach dem jugendlichen Heil suchen oder der Natur mit Wimperntusche und Nagellack auf den schönen Sprung helfen. Und – irgendwie drängt sich in mir der Gedanke auf, als habe der liebe Gott die Gleichheit aller Menschen vielleicht auch textile gewollt, als er

POLITICUM

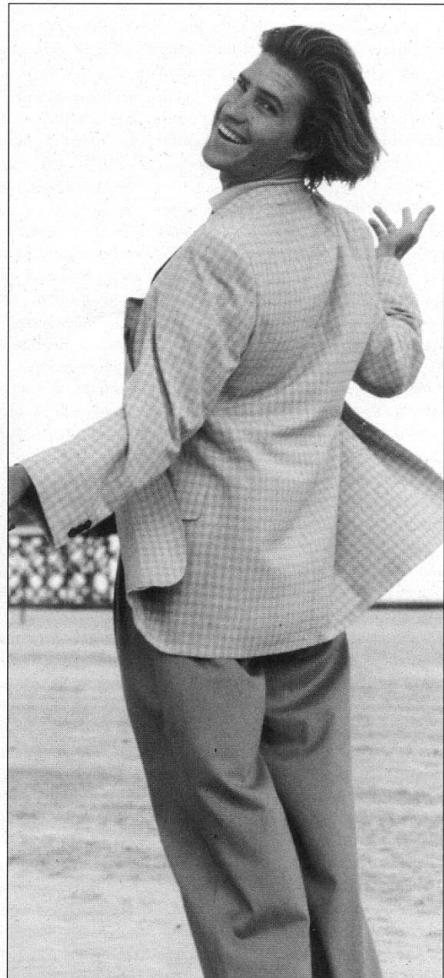
Adam und Eva ohne (trennende) Kleidung in die Welt gesetzt hat. Unsere Gesellschaft erst hat die textilen Trennlinien gezogen, an der die Modemacher jetzt heftig räderieren.

Meine Vision für das Jahr 2010 zum Thema meines Beitrages ist einfach umschrieben: Mode schafft viel persönlichen Freiraum und prägt gesellschaftliche Strukturen. Lernen wir alle, textile los zu lassen, ohne ererbte Wertigkeiten über Bord zu werfen.

Klammern wir uns nicht an den Rockzipfel der Gewohnheit. Lernen wir von der Jugend, die – für viele sicher noch unverständlich – die Trends von morgen bestimmt. Und damit auch die künftigen Inhalte gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Strukturen. Die Leichtigkeit des Seins nur macht den Kopf frei, für Verrücktheiten, die durchaus konstruktiv sind. Hören wir auf die Sprache der Mode in der Stadt, auch wenn sie in Zukunft einen gemischt-geschlechtlichen Zungenschlag hat.

Die interessanteste Aussage, die ich im Zusammenhang mit dem Thema meines Beitrages jemals gehört habe, war jene eines Einkäufers, der Österreich mit Kollektionen aus den internationalen Modezentren „versorgt“. Auf meine Frage, ob denn Anzug und Krawatte wirklich aus dem männlichen Modebild verschwinden würden, meinte er lakonisch:

„Das hätte man bei Vatermörderkrägen und Gehröcken auch nicht geglaubt...!“



„ZUKUNFT STADT 2010“

STEIRISCHE STADTBEVÖLKERUNG

ENTWICKLUNG, ALTERSGRUPPEN UND LEBENSFORMEN AM BEISPIEL DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ

Die internationale Bevölkerungsentwicklung wird in den kommenden Jahrzehnten unter anderem von einem weltweiten Prozeß der Verstädterung geprägt werden. Die Existenz großer Städte beruht in den Industrieländern auf Zuwanderungen. Die Städte in den Entwicklungsländern hingegen wachsen neben starken Zuwanderungen auch durch eigene Geburtenüberschüsse. In den Industrieländern ist der Prozeß der Urbanisierung vielfach zum Stillstand gekommen, seit der Prozeß der Suburbanisierung in den siebziger Jahren das Wachstum der Peripherie förderte.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen ist der Raum der Europäischen Union die am meisten verstädtete Region der Welt. 1992 lebten in der damaligen EU 79 Prozent der gesamten Bevölkerung in Stadtgebieten, in Japan 77 Prozent, in den USA 76 Prozent, in Mittel- und Osteuropa 67 Prozent und in den Entwicklungsländern nur 35 Prozent.

Das Tempo der Verstädterung hat in Europa generell in den sechziger und siebziger Jahren nachgelassen und beschleunigt sich erst seit den achtziger Jahren wieder. Nunmehr wachsen aber vor allem Städte mit über 500.000 Einwohnern. In den sechziger und siebziger Jahren waren es hingegen eher die Klein- und Mittelstädte. Und wie sieht im Vergleich die Entwicklung der Landeshauptstadt Graz aus?

Die steirische Landeshauptstadt erlebte im Industriealter einen gewaltigen Wachstumsschub. 1951 wurden viermal so viele Einwohner registriert als 1850. Die Wachstumsphase lief in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts aus. In den folgenden zwei Jahrzehnten gingen die Einwohnerzahlen von Graz zurück, jene der Umgebungsgemeinden stiegen im Zuge des Suburbanisierungsprozesses.

Seit den frühen neunziger Jahren profitiert Graz jedoch von internationalen Zuwanderungen: Die Bevölkerungszahl stieg von 1991 bis Ende 1996 um 2.400 auf 240.179 Einwohner. Zugleich erhöhte sich der Ausländeranteil von fünf Prozent auf 10,9 Prozent, ist aber vergleichsweise zu anderen Städten gering geblieben. Immerhin konzentriert sich die fremde Bevölkerung in der Steiermark stark auf die Landeshauptstadt Graz. Fast jeder zweite in der Steiermark wohnhafte Ausländer lebt in Graz, jedoch ohne nennenswerte soziale und räumliche Segregationen. Die inländische Stadtbevölkerung weist hingegen rückläufige Zahlenbewegungen auf, hervorgerufen durch negative Geburtenbilanzen und Binnenwanderungen in die Umgebungsgemeinden. Nach einem Aebben der Zuwanderungen aus der internationalen Migration könnte die Bevölkerung von Graz nach den Prognosen bis 2011 wieder auf ein Niveau von 235.500 Einwohner sinken und zehn Jahre später jenes von 230.000 unterschreiten.

Die Stadtbevölkerung von Graz hat eine erste Alterungswelle bereits hinter sich undaltet derzeit, demographisch gesehen, etwas mäßiger. Der Seniorenannteil wird 2011 aber 25 Prozent ausmachen. Das bedeutet, daß in etwa 15 Jahren jeder vierte Bewohner von Graz über 60 Jahre alt sein wird. Nach den Prognosen ist danach bis zum Jahr 2021 wiederum mit einem starken Ansteigen des Seniorenannteiles auf 29 Prozent zu rechnen. Im Vergleich dazu zeigt Wien in diesen Zeiträumen bereits eine demographische Verjüngungstendenz.

Die Kinder und Jugendlichen stellten 1951 noch einen Bevölkerungsanteil von 19 Prozent, der sukzessive bis 2021 auf elf Prozent zurückgehen wird. Im Zuge dieser Strukturverschiebung zeigt auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im

nächsten Jahrhundert rückläufige Tendenzen.

Die Äußerungen moderner Lebensweisen sind in den Ballungszentren signifikanter ausgeprägt. Das zeigt sich in den Familienstrukturen ebenso wie im Szenario der Privathaushalte.

Die Stadtbevölkerung von Graz hat mit weniger als 70 Prozent den weit aus geringsten Anteil bei den Ehepaarfamilien, wohl auch wegen der extrem hohen Gesamtscheidungsrate von fast 50 Prozent. Der Anteil der Lebensgemeinschaften ist mit fast zehn Prozent an den Familien insgesamt der höchste, wobei in der Landeshauptstadt etwa 30 Prozent aller steirischen Lebensgemeinschaften zu finden sind. Weiters lebt ein Viertel aller steirischen Teilstiefamilien in Graz. Ihre Zahl macht 20 Prozent der Familien der Stadt aus.

Von diesen Entwicklungen der Familienstrukturen geht auch ein starker Trend zur Verkleinerung der Haushaltsgrößen aus. Derzeit leben in Graz durchschnittlich 2,2 Personen in einem Haushalt. Es dominiert der Einpersonen-Haushalt mit einem Anteil von 37 Prozent vor dem Zwei-Personen-Haushalt mit 31 Prozent. Beide zusammen bilden fast sieben Zehntel aller Haushalte in Graz. Der Ein-Personen-Haushalt ist mehr ein Stadtphänomen und wird in Graz fast zu 50 Prozent von Senioren geführt. Die stärkste Zuwachsdynamik unter den Privathaushalten wird aber der Zwei-Personen-Haushalt erfahren. Dieser Haushaltstypus wird beispielsweise von noch oder wieder kinderlosen Paaren beziehungsweise Alleinerzähern mit einem Kind geführt. Im Jahr 2011 wird diese Haushaltsform beziehungsweise Haushaltsgroße vermutlich in Graz schon die Hälfte aller Haushalte ausmachen. Damit einhergehen wird ein Trend zu kleineren Wohnungen.

WIEVIEL ZUWANDERER BRAUCHT GRAZ?

Wer heute eine solche Frage stellt, bekommt alles mögliche zu hören, nur keine positive Antwort. Denn eine Mehrheit der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger ist gegen jede weitere Zuwanderung aus dem Ausland. Manche würden am liebsten auch jene wieder heimschicken, die in den letzten Jahrzehnten zu uns kamen oder die wir selbst hierher geholt haben. Migranten erscheinen einem Teil der Einheimischen als Bedrohung. Sie sind Auslöser von Zukunftsängsten. Sie sind zugleich eine Manövriermasse der Politik. Und sie werden für eine Reihe von Defiziten unserer Gesellschaft verantwortlich gemacht. Manchmal geschieht dies zu Recht. Aber viel häufiger müssen sie als Sündenböcke herhalten. Diverse Wahlkämpfe der jüngeren Zeit bieten dafür genügend Beispiele.

Arbeitslosigkeit, Drogenkriminalität und zuwenig erschwingliche Wohnungen gäbe es in Graz und anderen Teilen der Steiermark auch dann, wenn in den letzten zwanzig Jahren niemand eingewandert wäre. Trotzdem können sich all jene, die Zuwanderer für gesellschaftliche Fehlentwicklungen verantwortlich machen und nach einer dichten Grenze rufen, der Zustimmung der schweigenden Mehrheit und einer lautstarken Minorität relativ sicher sein.

Der Stand der Dinge macht es schwer, über Einwanderung nüchtern zu diskutieren. Das liegt offenbar schon am Wort. Es ist emotional „besetzt“. Denn Einwanderung suggeriert sowohl eine Einbahnstraße, die auf uns zuläuft, als auch etwas Endgültiges. Eines unserer Hauptprobleme ist dabei der Gegensatz zwischen unserem Selbstverständnis und der Realität. Ohne die Zuwanderer von gestern wäre Graz eine unbedeutende Provinzstadt geblieben und nie zur zweitgrößten Stadt Österreichs geworden. Denn in Städten wie Graz gibt es Jahr für Jahr deutlich mehr Sterbefälle als Geburten. Schon im 20. Jahrhundert schrumpfte die Einwohnerzahl der steirischen Metropole um ein Viertel. Folglich würde Graz ohne die Zuwanderer von heute und morgen

irgendwann im 21. Jahrhundert zu einer Kleinstadt.

Die Konsequenzen eines totalen Zuwanderungsstopps wollen die wenigsten wahrhaben. Weniger Einwohner bedeuten automatisch weniger Dynamik, weniger Kaufkraft, weniger Mittel aus dem Finanzausgleich, weniger politisches Gewicht. Auch als Wirtschaftsstandort würde eine schrumpfende Ostregion mit Wien als Zentrum schrittweise an Bedeutung verlieren. Es ist schon im Interesse der Einheimischen zu wünschen, daß es dazu nicht kommt.

Hauptziel jeder verantwortungsvollen Migrationspolitik muß es sein, die Zuwanderung zu steuern, aber nicht zu verhindern. Und es muß darum gehen, jene Migranten zu integrieren, die auf Dauer im Land bleiben wollen. Letzteres wurde bei vielen in Graz lebenden Arbeitsmigranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und Ost-Mittteleuropa verabsäumt. Im Gegensatz zu den böhmischen, kroatischen und dalmatinischen Zuwanderern der Jahre 1850-1914 kamen die meisten „Gastarbeiter“ der 60er und 70er Jahre ursprünglich nicht mit der Perspektive, sich hier endgültig niederzulassen. Viele wurden erst nachträglich zu Einwanderern, holten ihre Familien nach oder gründeten eine Familie. Die meisten von ihnen werden bis zur Pensionierung oder auf Dauer ableiben und das Erscheinungsbild der größeren Städte Österreichs mitprägen, ohne den Charakter dieser Städte grundlegend zu verändern. Aus Graz, Salzburg und Wien wird daher mit Sicherheit nie Chicago werden, aber auch nicht Belgrad oder Istanbul.

Trotz langer Anwesenheit in der Steiermark sind die meisten Zuwanderer aus dem Ausland nach wie vor ausländische Staatsbürger. Gleiches gilt für viele im Inland geborene Kinder ausländischer Zuwanderer. Sie besitzen daher kein Wahlrecht. Sie können nicht Beamte werden, haben kaum Aussicht auf eine geförderte Wohnung und dürfen an ihrem Arbeitsplatz nicht zum Betriebsrat gewählt werden. Sie können die Arbeitsgen-

migung verlieren oder erst gar keine bekommen. All das bewirkt Unsicherheit und zwingt viele Ausländer unüberhörbar zu emotionaler Ambivalenz zwischen alter Heimat und neuer Existenz in Österreich. Viele führen notgedrungen ein Leben zwischen zwei Welten.

Die wünschenswerte Alternative heißt Integration. Als „Preis“ dafür gilt in der Regel die Aufgabe der mitgebrachten ethnischen und kulturellen Identität. Für die betroffenen Migranten und ihre Kinder ist dies ein Verlust und zugleich ein Vorteil. Denn Assimilation reduziert soziale Diskriminierung im Alltag und vergrößert die Chance des beruflichen Aufstiegs zumindest für die zweite Generation. Doch zu diesem Aufstieg wird es nur kommen, wenn wir den Migranten und ihren Kindern dazu die Möglichkeit geben.

Wenn die Integration gelingt, bedeutet Zuwanderung einen Gewinn für die Stadtgesellschaft. Denn Migranten sind in der Regel fleißig, sparsam und aufstiegsorientiert. Wer sich nicht verbessern will, nimmt nämlich in der Regel die Mühen der Emigration erst gar nicht auf sich. Trotzdem wäre es naiv, Einwanderung für einen konfliktfreien Prozeß zu halten. Häufig prallen unterschiedliche Wertvorstellungen aufeinander. Das Gefühl, von den Einheimischen nicht akzeptiert zu werden, führt manchmal zu scharf konturierten Gegenidentitäten.

Gelingene Integration von Zuwanderern ist in erster Linie eine Leistung derer, die sich erfolgreich an die neuen Lebensumstände anpassen. Doch sie benötigen dazu eine aufnehmende Gesellschaft, die Integration zuläßt. Aufgabe von Kommunalpolitik ist dabei auf jeden Fall die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen.

Größere Städte sind auf Einheimische wie auf Zuwanderer angewiesen. Die neu Hinzugekommenen zu einem Bestandteil der Stadt zu machen, sollte ein erklärtes Ziel von Stadtpolitik sein. Aus Zuwanderern müssen Stadtbürger werden. Sonst entsteht eine entlang ethnischer Grenzen gespaltenen Stadtgesellschaft.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN EUROPA

MODELLE DER ARBEIT MIT ÄLTEREN MENSCHEN IN DER STADT

In der Soziologie gibt es die sogenannte „mittlere Lebenserwartung bei Eintritt eines Mannes oder einer Frau in den Ruhestand“. Wenn heute eine Frau in Österreich oder in Deutschland in den Ruhestand eintritt, hat sie statistisch noch weitere 21 Jahre Ruhestand vor sich.

21 Jahre sind eine Lebenszeitmenge, die – völlig unabhängig vom Alter, egal, ob mit 17 Jahren oder 77 Jahren – eine Menge ist. Ich unterstelle Ihnen allen hier, daß auch Sie für 21 Jahre im voraus, außer vielleicht beim Hausbau, noch nie geplant haben. Vielleicht noch bei der Geburt eines Kindes. Aber 21 Jahre ist auch mehr als die Jugendphase.

21 Jahre braucht eine Strategie. Es ist nicht möglich, genau vorherzusagen, was man in 21 Jahren alles gestalten kann. Es geht dabei auch nicht um eine Vorstellung von Zeit als einem Sack voller Flöhe, nach dem Motto: „Was könnte ich alles tun in 21 Jahren?“, sondern um eine Perspektive, die darin besteht, daß ich frage: „Was sollte ich möglichst heute anfangen, damit ich in 21 Jahren möglichst daraus schöpfen kann?“

Eine Vielzahl von Jahren vor sich zu haben heißt, daß etwas notwendig wird, das wir in der offenen Gesellschaft unterschätzen, nämlich: Entscheidungen zu treffen.

Es beginnt gar nicht mit einer richtigen Vorstellung, sondern es beginnt mit dem Mut zur Entscheidung. Auch etwas nicht zu tun, auch zu sagen: „Wenn ich schon 21 Jahre vor mir habe, muß ich es jetzt nicht tun, sondern erst in einem Jahr.“

Andersherum ausgedrückt: Es wäre auch manches Mal gut, wenn Menschen sich Moratorien vornehmen würden. Zwischenzeiten einbauen –

nicht im Sinne des Nichtstuns, sondern um Dinge bewußter, entschiedener wahrzunehmen.

Eine zweite Zahl: Wenn wir zwei Gruppen vor uns haben, und in der einen Gruppe sind 36 Menschen, in der anderen Gruppe sind 36 Menschen, sieht man auf den ersten Blick, die Gruppen sind gleich groß. Auf den zweiten Blick wollen wir uns die Gruppen genauer anschauen.

Die eine Gruppe besteht in unserem Beispiel aus fünfzehn Menschen, die jünger als zwanzig Jahre sind, aus zwanzig Menschen, die älter als 20 Jahre sind, und aus einem Menschen, der älter ist als 70 Jahre.

Dieser eine Mensch in dieser Gruppe wird sich ganz anders fühlen als die anderen fünfunddreißig. Er oder sie ist Minderheit, definiert sich als Minderheit im Guten wie im Schlechten. Dabei mag es so sein, daß diese eine Person das Gefühl hat: „Ich werde nicht gehört, ich habe in dieser Gruppe nichts zu melden, und wenn es um eine Abstimmung geht, habe ich sowieso keine Chance.“

Im guten Sinne könnte es auch anders laufen. Bei Hunden würde man von Welpenschutz sprechen. Diesen einen wird man nicht beißen. Wenn wir ihn mittragen, egal, wie die Gruppenzusammensetzung aussieht, tut uns das als Ganzem nicht weh.

Sie ahnen, worauf ich hinaus will: Die Zusammensetzung einer Gruppe prägt das Verhalten von Menschen zueinander. Wir sollten daher mehr auf den Wandel der Gesellschaft achten.

Die zweite Gruppe hat eine Zusammensetzung, wie sie in Graz, in München oder in Stuttgart in den nächsten fünf Jahren aussehen wird: Zwölf Menschen unter 20 Jahren, zwölf

Menschen bis zum siebzigsten Lebensjahr, zwölf Menschen über siebzig.

Das klingt nach schönem Einklang. Die ältere Generation ist die Hälfte. Sie wird sich eben andere suchen, die mit ihr mitziehen.

Zwölf – zwölf – zwölf heißt nach demokratischen Spielregeln, daß sich drei gleichberechtigte Gruppen bilden. Die müssen miteinander verhandeln, sie müssen Kompromisse und Konsens finden. Es gibt nicht automatisch mehr Rücksicht auf Ältere. Wer dies fordert, sieht die Situation nicht so, wie sie ist.

Wenn ältere Menschen heutzutage von der Gesellschaft Respekt fordern, dann argumentieren sie für etwas, das den Verhältnismäßigkeitszahlen widerspricht. Es ist so ähnlich wie vor einiger Zeit, als die Frauenbewegung sagte, sie wolle endlich von der Mehrheit der Gesellschaft gehört werden. Rein statistisch sind Frauen mehr als 50 Prozent und waren also selbst die Mehrheit.

Margret Mead hat drei wichtige Lernphasen benannt. Es gibt die ursprüngliche Zeit, wo es tatsächlich darum geht, daß die, die das Wissen haben, dieses weitergeben müssen an andere. Dort wo man wirtschaftlich von der Hand in den Mund lebt, in Westafrika, der Sahelzone, da ist das Erfahrungswissen derer, die viel erlebt haben, normalerweise der Älteren, als Überlebensprinzip für Junge dringend notwendig.

Dann gibt es eine Phase, wo es darum geht, daß Menschen unmittelbar miteinander etwas lernen müssen. Das heißt also, sie müssen gleichzeitig etwas lernen, die Älteren und die Jüngeren. Mit der Abfallwirtschaft umzugehen beispielsweise und ähnliche praktische Dinge.

POLITICUM

Und dann gibt es längst eine dritte Phase, wo es nicht einmal reicht, von einander und miteinander zu lernen. Beide Gruppen – alt und jung – müssen gemeinsam einen Zukunftsentwurf machen. Sie müssen sich beide in eine Zukunft orientieren und sich darüber treffen. Nicht so sehr durch Aushandeln, sondern durch gemeinsames Überlegen.

Eine dritte Zahl. Zwei Fußballmannschaften stehen sich gegenüber und haben ein Spiel miteinander zu bestreiten. Sie stehen als Zuseher auf den Rängen und Kulissen und entdecken: Die eine Fußballmannschaft ist im Durchschnitt 22 Jahre alt, die andere Fußballmannschaft ist im Durchschnitt 46 Jahre alt. Das hat ein paar Folgen, vermute ich.

Die Zahlen sagen, daß dies ein ungleiches Spiel sein wird. Ich sage nicht, die Älteren werden verlieren. Sie werden, wenn sie im Spiel mithalten wollen, jedenfalls eine andere Spieltaktik brauchen. Da können sie dann Erfahrung einsetzen und technisches Können und vieles mehr.

Die Zahl ist nichts anderes als das Durchschnittsalter Europas zu dem Nordafrikas. Stellen Sie es sich bitte bildhaft vor: Nirgendwo in der Welt treffen Durchschnittsalter so massiv aufeinander wie in diesem Raum, nicht in den USA, nicht in Asien oder anderswo, nur hier.

Europa ist mit Abstand der älteste Kontinent. Es muß überhaupt nicht heißen, daß er der teuerste oder trägeste oder der Verliererkontinent ist, überhaupt nicht, aber es bedeutet, daß er sensibel mit Generationsfragen umgehen muß.

Unsere europäische Gesellschaft ist mit rapidem Tempo dabei, ohne bösen Willen von jemand, in Interessensgruppen, in Altersgruppen und Kulturgruppen zu zerfallen. Und es gibt immer weniger, was es streng zusammenhält.

Was uns in Zukunft zusammenhalten wird, ist keine zentrale Macht, keine zentrale Gruppe, keine zentrale Obrigkeit, kein zentral herrschendes Alter mehr, und auch nicht irgendein

Jugendwahn oder Alterskult, sondern das ist die Vielzahl von Gruppen in ihrer Beziehung zueinander und ein minimaler Konsens von Werten. Wir müssen uns über Werte verständigen.

Ich finde es eine ausgesprochene problematische Entwicklung der Sozialpolitik in Europa in der derzeitigen Krise, daß wir Ansprüche reduzieren auf die Mitgliedschaft im Versicherungssystem. Rentner erleben wir als die Mitglieder eines Versicherungskastens, der sich gegen alles andere abgrenzt. Der als starrer Kasten im Gegensatz steht zum Beispiel zu Frauen, die ihre Kindererziehungsjahre anerkannt bekommen wollen, denn das sind in dieser Logik ja versicherungsfremde Leistungen.

Das Dilemma ist, daß sich Menschen mit generationenübergreifenden Vorgängen und Zusammenhängen immer weniger identifizieren. Menschen müssen andere Generationen erfahren. Heute ist eher erfahrbar, daß nur noch knapp ein Viertel der Haushalte mit Kindern sind. 50 Prozent der Haushalte sind Haushalte alleinstehender, vor allem Älterer.

Wenn Menschen nicht mehr miteinander wohnen, wenn sie weniger miteinander zu tun haben, ich sage einmal zugespitzt und zynisch: wenn sich nur noch Altersheimbewohner einerseits und Jugendliche andererseits untereinander besuchen, dann fehlt ihnen, wenn sie in Kassensysteme einzahlen sollen, eine substantielle Erfahrung des Miteinander.

Sie erleben jedes Miteinander als Störung. Als Ergebnis klagen Alte über den Lärm der Jungen, Junge halten Alte für ätzend, und ähnliches. Diese Situation wird durch Appelle nicht besser. Wir müssen unsere Systeme entweder lebendiger machen, oder wir können sie allmählich zu Grabe tragen. Wir stehen vor einer schwierigen Aufgabe.

Ich wähle bewußt einen zweiten grundsätzlichen Einstieg, nämlich den über die Stadt. Die Stadt hat eine eigene Chance im Bezug auf das Älterwerden und des Lebens der Generationen.

Die Stadt, so ist sie seit dem 11., 12. Jahrhundert europäisch definiert, ist nichts anderes als der Spiegel der Gesellschaft im kleinen.

Heute hat die Stadt auch dadurch Qualität, daß sie eine eigene Kultur des Miteinander und der Vielfalt produziert. Stadt ist der Ort der Vielfalt.

Am Markt kamen die Menschen im Mittelalter zusammen und erzählten, was sich anderswo ereignete. Heute transportieren wir die Qualität und kulturellen Errungenschaften der Stadt über die Massenmedien, über Zeitungen und Fernsehen.

Wenn wir etwas ändern wollen, wird sich die Toleranz zwischen den Generationen nicht zuerst auf der Landkommune entscheiden, wo einige gut miteinander klarkommen. Es wird in der Praxis in der Stadt entschieden. Hier in der Stadt wird sich entscheiden, welchen Stellenwert jede Generation hat.

Der Begriff „Bürger“ ist ein städtischer Begriff. Wie werden Menschen zu freiwilligem Handeln erzogen? Zu bürgerschaftlichem Handeln?

Als Kristallisierungskern braucht es die Identifikation: Identifizierend wirkt entweder die Abwehr, „Ich fühle mich eingeschränkt, ich muß mich wehren, ich schließe mich zusammen.“ Oder – positiv ausgedrückt – das Engagement FÜR etwas.

Es braucht das Element, wo Gefühl mit Sachinformation zusammenkommt und Antriebskräfte entwickelt, weil mir nicht gleichgültig ist, wie es in dieser Stadt weitergeht.

Wenn wir daran glauben, daß Gesellschaft aus dem fairen Miteinander und dem Aushandeln von Gruppen besteht, dann sind ältere Menschen mehr als alle anderen aufgerufen, da aktiv mitzuwirken. Und zwar nicht mehr im Sinne des „Bürger, hört uns bitte an. Wir sind Ältere, laßt uns bitte rein“, sondern: „Unsere Fakten sind erstens, zweitens, drittens. Wir haben folgende Ideen: erstens, zweitens, drittens.“

Wir sprechen in Baden Würtemberg inzwischen von drei Projektgenera-

tionen in der Seniorenanarbeit. Die erste Projektgeneration waren Senioren-genossenschaften, kleine Gruppen, die sich untereinander helfen. Die zweite Projektgeneration sind Bürgerbüros, wo Kommunen bereit sind, mit Bürgern zusammenzuwirken. Anlaufstellen und Kontaktpersonen einzurichten, Wissens- und Kontaktbörsen, Vermittlungsstellen für Know-how.

Die dritte Generation, Projekte, die wir derzeit haben, sind sogenannte kommunale Entwicklungsprojekte.

Ein Beispiel: Eine Gemeinde hatte einen Bürgermeister, der bemerkte, daß die Energieversorgung seiner Schule, seines Rathauses und seiner Kulturbegrenzungsstätte sehr teuer war, der aber für die Lösung kniffliger Aufgaben zu wenige kompetente Leute hatte.

Nun gibt es eine Generation, die bereits im Ruhestand, jedoch äußerst kompetent ist. Drei pensionierte Physiklehrer in der besagten Gemeinde haben sich zusammengeschlossen und gesagt, das mit dem Energieverbrauch kann wohl nicht mit rechten Dingen zugehen. Die wollten kein Geld, die wollten keinen Auftrag, sondern sie sagten, daß das, was in einer Gemeinde geschehe, insgesamt Sinn machen müsse. Und sie hatten Zeit und ihr Wissen. Diese Physiker haben den Bürgermeister gequält. Da mußte gemessen werden. Da mußte man dies und jenes ausprobieren und umstellen und vieles mehr.

Inzwischen ist diese Seniorenguppe gefürchtet in ganz Baden-Württemberg. Sie haben Vorschläge entwickelt, die der Stadt einiges an Einsparungen gebracht haben. Es ist ein gesellschaftliches, produktives Engagement für die Gemeinde, von dem sie was haben und von dem die Nachfolgegeneration etwas hat.

Wir müssen dahin kommen, daß das Wort „alt“ mit einer völlig anderem assoziiert wird als mit „betreuen“. Alte sollen, wenn Sie so wollen, mit dem schlankesten Staat assoziiert werden.

Wenn wir in Zukunft Tätigkeiten organisieren, dafür werben und sie un-

terstützen, ist es überaus wichtig, daß sie aus der richtigen Motivation heraus entstehen.

Es geht nicht darum, scheimoralisch an Ältere zu appellieren: „Jetzt helfen Sie doch. Sie haben ja ohnehin Zeit.“ Oder: „Sie haben Großelternpflichten.“ Es geht darum, auch im sozialen Bereich etwas in guter Laune zu tun und anzuregen. Das ist dann wirksam.

Ich bin so polemisch, zu behaupten, daß wir bei bestimmten ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht mehr fragen, was der andere wirklich will. Bei den pflegebedürftigen Menschen tun wir uns, zynisch gesagt, auch leicht, denn in der Hospizbewegung oder der Altenfürsorge können unsere Partner ihre Bedürfnisse nicht so leicht artikulieren.

Natürlich verdient jedes soziale Engagement Anerkennung. Allerdings immer verbunden mit der Frage, ob die Steigerung des Engagements auch sinnvoll sein kann.

Eine der engagiertesten Frauen auf dem Gebiet, die schottische Präsidentin des Freiwilligenwesens, hat einmal gesagt, sie hätte mit Entsetzen die Dreijahresberichte durchgelesen, wonach in Schottland die Zahl der freiwilligen Helfer für Obdachlosenarbeit sich ständig vervielfacht habe. Es wurde in jedem Jahr als Erfolg dargestellt. Sie hat daraufhin sofort eine Arbeitsgruppe zusammengerufen, und man hat sich darauf geeinigt, diese Zahlen ab sofort nicht mehr als Erfolg zu verkaufen.

Denn in Wirklichkeit war es ja eine katastrophale Entwicklung. Durch die Zunahme der Obdachlosen stieg die Zahl der Helfer. Die wurde einfach, ohne an die Wurzel des Problems zu gehen, dem Ist-Zustand angepaßt.

Zum Ehrenamt gehört also auch, präventiv zu denken und notfalls auch bei akuten Problemen Hilfe zu verweigern, damit sie nicht unter den Tisch gekehrt werden.

Wenn wir etwas verändern wollen, auch in der Gesellschaft insgesamt,

dann müssen wir konsequent sein. Dann müssen wir selber es anders machen. Es selbstbewußt anders machen.

Die Zivilgesellschaft geht von der Überzeugung aus, daß Bürger durch ihre Rechte und Pflichten als Bürger miteinander ihre Verhältnisse klären müssen. Die Zukunft gehört der Vielfalt aus beliebig vielen Menschen und Gruppen, die sich verstständigen, die sich auf den Weg machen, um ein gemeinsames Interesse zu formulieren und zu leben.

Das kostet Kraft. Verschiedenartigkeit kostet Kraft und gibt Kraft. Sie kostet doppelte Kraft für die Vorbereitungen und Nachbereitungen. Wir müssen mit unserer Energie in der Zivilgesellschaft daher behutsam, aber entschlossen umgehen.

Älter werden, das ist meine Grundbotschaft, ist keine Sache der Gerontologie und der Zahlen über allgemeine Lebenserwartung. Die Verhältnisse zwischen den Generationen, den Gruppen ändern sich, und ich frage mich, ob wir darauf wirklich eingestellt sind.

Die zweite Botschaft ist, daß die Stadt der eigentliche vitale Lebensraum ist. Stadt ist Widerspruch. Je besser sie ihn aushält, umso besser für die Stadt.

Und drittens geht es um Handlungsperspektiven. In Europa wird in naher Zukunft ein Drittel der Bevölkerung jenseits des Erwerbslebens sein. Ich denke, es geht darum, nicht einem Drittel der Bevölkerung in Europa eine Vision zu geben, sondern sie eine Vision machen zu lassen. Wenn wir die Dinge zum Positiven verändern wollen, das ist auch die Grundaussage der Zivilgesellschaft, dann dürfen wir niemanden anderen darum ersuchen, etwas dafür zu tun als nur uns selbst. Darauf kommt es an.

Dieser Beitrag stellt die Kurzfassung eines Referates dar, das Dr. Konrad HUMMEL im Juni 1997 auf Einladung der Grazer Stadtidee in Graz gehalten hat.

KRAINERHAUS-GESPRÄCH ZUM THEMA „ZUKUNFT STADT 2010“

AM 15. OKTOBER 1997

(Der Text stellt die gekürzte Wiedergabe einer Diskussionsveranstaltung dar und beruht auf den mündlichen Ausführungen der ReferentInnen)

Begrüßung durch LAbg.Dr. Eva Kärisch, Direktorin des Josef-Krainer-Hauses:

Im Jahr 2225, so prognostizieren Experten, sollen 80 Prozent der Weltbevölkerung Stadtbewohner ein. Diese Entwicklung geht natürlich in den Ländern und Städten der dritten und vierten Welt besonders rasant vor sich. Dort treiben die Not und die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz und ein besseres Leben die Menschen in die Städte.

Aber auch bei uns in Europa läßt sich ein Trend zur Stadt feststellen. Wie werden Städte in der Größenordnung von Graz 2010 aussehen? Werden sie lebenswert sein? Wird es so weitergehen, daß sich der Kern entvölkert und sich rundherum – so wie bei uns in Graz – in den Umlandgemeinden immer mehr Menschen ansiedeln? Was kann man tun, um Städte lebenswert und attraktiv zu machen? Welche Chancen hat eine Stadt von der Größenordnung von Graz im gemeinsamen Europa? Wohin geht die Entwicklung?

Mit diesen Fragen wollen wir uns heute abend beschäftigen. Ich wünsche Ihnen und uns allen einen spannenden Abend.

Einleitung durch die Moderatorin, Frau Mag. Eva Maria Fluch:

Ich persönlich sehe das auch so, daß die Stadt Zukunft hat. Sie werden es dennoch verstehen, daß wir heute in diesem Gespräch auch ein paar provokante Thesen in den Vordergrund stellen.

Es war vom Trend zur Stadt die Rede. Ich stelle dem entgegen, daß es vor

kurzem in der „Zeit“ eine Serie gegeben hat, die genau das Gegenteil behauptet. Dort war vom Ende der Städte die Rede, weil vieles, was früher die Stadt zum Handlungsort gemacht hat – der Marktplatz, die Kathedrale, der Palast als Sitz der Herrscher – abgelöst worden ist: durch das Fernsehen, durch das Internet, durch Einkaufszentren am Stadtrand.

Wir werden heute den Hintergrund europäischer Städte einer ungefähr gleichen Größenordnung wie Graz heranziehen. Was sind Stadtthemen? Ich erlebe selbst immer wieder, daß in manchen Kreisen Stadtpolitik als gar nicht so wichtig angesehen wird. Auf der anderen Seite ist Stadtpolitik Politik, die erlebbar ist. Wo allerdings auch das Scheitern von Politik mehr erlebbar ist als auf anderen Ebenen.

Veränderungen und große Entwicklungen haben ihren Anfangspunkt sehr oft in der Stadt genommen. Ich frage mich, wie wir heute mit den anstehenden Veränderungen umgehen und ob wir in den heutigen Städten – etwa in der Größenordnung von Graz – tatsächlich für die Voraussetzungen sorgen, um mit Veränderungen umgehen zu können?

Soweit ein paar Bemerkungen am Beginn. Ihre Gesprächspartner heute bei diesem Krainer-Haus-Gespräch sind Helmut A. Gansterer, Herausgeber des Wirtschaftsmagazins „Trend“, Dr. Andreas Schnider, Theologe und Verleger, und Dipl.-Ing. Jürgen Fortin, Medizintechniker und nach eigener Definition Erfinder. Ich möchte Sie um Ihre Ausführungen bitten.

Statement von Helmut A. Gansterer:

Etwas, das rein vom Gegenständlichen her die Stadt auf jeden Fall prägen wird, habe ich erst vor einer

Woche in Japan wieder deutlicher gesehen, als hier bei uns. Dort gibt es dafür das geheimnisvolle Wort „SOHO“. SOHO hat nichts mit dem schummrigen Viertel in London oder mit dem sehr schönen, grünen Viertel in New York zu tun, sondern heißt Small office – home office und bedeutet, daß wir mit Hilfe der neuen PC-Technologie so eine Art eierlegende Wollmilchsweine bekommen, also Maschinen, die alles können, mit denen man als Unternehmer sehr gut eine One-Man-Show durchziehen kann, so daß man zuhause im Landhaus, oder wo immer man seine Wohnung hat, seine Arbeit verrichten kann, mit der ganzen Welt kommunizieren kann und die Notwendigkeit sogenannter Büros wegfällt.

Um jetzt ein persönliches Beispiel zu geben: Ich habe das Glück, daß ich fünf Tage in der Woche auf dem Land arbeite und nur mehr zwei Tage in der Stadt. Die zwei Tage in der Stadt sind allerdings völlig unentbehrlich, denn das Land bietet gewisse Dinge nicht, die ein halbwegs denkender oder auch fühlender Mensch unbedingt braucht. Das sind gute Wirtshäuser in erster Linie, Kaffeehäuser und gute Buchhandlungen.

Ich glaube auch, daß Hedonismus ein ganz bedeutender Wirtschaftsfaktor ist. Wir haben oder wir hätten nichts davon, wenn alle Städter von heute auf morgen plötzlich in die Provinz hinausgehen, in die Dörfer und dort allzu dörflich werden. Das wäre katastrophal. Die Gefahr sehe ich auch in gewisser Hinsicht, weil die Menschen bequem geworden sind.

Ich kann nur sagen, Graz im Jahr 2010 wird nur dann glänzend sein, wenn es von lauter Hedonisten erfüllt ist, die noch die Kraft haben, zum reinen Vergnügen sozusagen vom Land in die Stadt zu gehen.

Wie gut sind die Voraussetzungen von Graz, eine hervorragende Stadt zu werden? Zunächst einmal ganz gut, weil Graz sehr hohe Sympathiewerte hat. Aber: Normalerweise glauben die Grazer, sie seien mit großem Abstand die Nummer zwei unter den Landeshauptstädten.

Ich sage Ihnen, mittlerweile habt ihr diesen Rang verloren, Linz hat euch überholt. Linz ist die unterschätzte Landeshauptstadt Österreichs. Linz hat gar nicht so schöne Voraussetzungen. Linz hat sogar große Nachteile. Aber der Geist, der in Linz herrscht, ist spürbar lebendiger als der, den man in Graz spüren kann.

Linz geht geradewegs über vor lauter neuen Ideen und darf als Musterbeispiel gelten. Wir haben dort auch die meisten Werbeagenturen pro Quadratmeter, was eine gewisse Pfiffigkeit automatisch mit sich bringt. Und man hat verhältnismäßig wenige Journalisten für die Größe der Stadt, was auch sehr vorteilhaft ist.

Aber das war jetzt eine kleine dumme Bemerkung, denn in Wirklichkeit, jetzt komme ich auf Graz zurück, gefällt mir an Graz unter anderem, daß es hier beinahe eine Idealkonkurrenz der Medien gibt. Es gibt unglaublich viele Medien für die Kleinheit dieser Stadt, und das macht sich bemerkbar. Man könnte daher auf eine gute innere Verfassung der Grazer schließen.

Es gibt bei euch ein paar berühmte Herrschaften, die mit einer unglaublichen Ausdauer gesegnet sind –, es leider auch sein müssen –, weil sie allein gelassen werden. Ich erwähne Jörg Schlick, Wolfi Bauer, Reinhard P. Gruber, den Roth und andere Steirer und Grazer, die uns seit dem berühmten steirischen Herbst, also seit hunderttausenden Jahren begleiten. Die, wie ich euch leider sagen muß, bis zum heutigen Tag noch im wesentlichen das Bild von Graz prägen, während Linz längst weiter gegangen ist und jedes Jahr eine neue Generation von wirklich interessanten neuen Leuten hervorbringt.

Jetzt will es das Glück, daß die wirklich gut sind und nicht aufgehört ha-

ben, sich weiterzuentwickeln. Im Verhältnis dazu werden sie von Graz extrem schlecht behandelt. Es gibt unglaublich viel Neid und Eifersucht in dieser Stadt, vielleicht noch mehr als in anderen. Ich spüre eine gewisse Lust, über die eigenen Leute, die eine ganz große Werbewirkung haben, wie zum Beispiel der Wolfi Bauer, lustvoll nachzudenken, ob er nicht ausgeschrieben sei, ob er überhaupt aufgeführt werde. Es stimmt Gott sei Dank erstens einmal nicht und zweitens, statt daß man das mit einer gewissen Trauer sagen würde, spüre ich eine gewisse Lust.

Der Telemax in der „Krone“ hat vor kurzem einmal geschrieben „Wir spüren ein gewisses Entzücken, selbst dann, wenn unserem besten Freund etwas passiert.“ Da ist schon etwas Wahres dran, an der menschlichen Natur, daß wir diese Neigung gelegentlich haben. Graz sollte auf jene, die wirklich einen Namen tragen, stolz sein. Sie sollten wie ein Denkmal behandelt zu werden, unter Schutz stehen und, wenn es geht, mit der größten Zuneigung rechnen dürfen.

Ihr habt hier den Domenik als einen der Euren. Dennoch finde ich sicher in Wien mehr Leute, die mit Begeisterung über Domenik reden als in Graz selber. Das heißt, die Lust, die eigene Stadt und die eigenen Leute schlechter zu sehen als sie sind, die scheint mir in Graz ausgeprägt, und noch einmal, wenn das stimmen sollte, wenn diese Beobachtung richtig ist, ist das zutiefst provinziell und gehört geändert.

Der zweite Punkt, den ich anführen will – und ich gehe jetzt voll auf Provokation – das sind meine Lieblinge als Wirtschaftsmagazin-Herausgeber, das sind die Kaufleute.

Auf der einen Seite kenne ich unglaublich tolle Geschäfte da, das ist sehr, sehr angenehm. Aber ich habe in Graz noch nie erlebt, was in der Wiener City völlig selbstverständlich ist, daß ein Kaufmann den anderen empfehlen würde. Ich habe oft gehört „Wir haben das nicht“, aber ich habe nie gehört, so wie in Wien immer: „Aber mein Konkurrent um die Ecke – da habe ich das in der Auslage ge-

sehen. Gehen Sie rüber zu ihm.“ Ich finde das wunderbar. Das ist Großstadt und alles andere ist Provinz.

Der dritte Punkt, warum ich finde, daß Graz sich hüten sollte, Provinz zu werden, betrifft die Politiker, die meiner Meinung nach einen Grad an Feigheit erreicht haben, der kaum mehr zu überbieten ist. Die letzten Politiker – das gilt aber auch für Wien und für die anderen Landeshauptstädte – die letzten, die ich in Wien überhaupt noch in den öffentlichen Lokalen gesehen habe, das war seitens der SPÖ der Androsch und seitens der ÖVP der verstorbenen Bobby Graf, und das war vor ungefähr 15 Jahren mittlerweile. Seither sind die Politiker nirgendwo mehr zu sehen.

Jetzt frage ich mich: Wie sollen die Bürger von Graz auf Graz stolz sein, wenn ihre Politiker nicht einmal zeigen, daß sie gerne darin leben? Und im Grunde genommen gilt das auch für die Wohlhabenden dieser Stadt. Entweder gehen sie in die Außenbezirke essen und trinken, oder sie verkriechen sich überhaupt zuhause. Das Leben in Graz ist mittlerweile von so wenig Glanz erfüllt und von so wenig Liebe der Einheimischen zur Stadt getragen, daß ich das für eine echte Gefährdung ansehe.

Ich glaube auch, daß die Art und Weise, wie man die Fremden behandelt, immer wieder, und zwar von Tag zu Tag, ein Überdenken erfordert. Man kann im Prinzip nicht unzufrieden sein mit Graz. Goethe hat einmal gesagt: „Die Kultur eines Volkes erkennt man daran, wie es seine Fremden behandelt.“ Jetzt kann ich nur sagen, Graz behandelt die Fremden zugleich sehr schlecht und sehr gut.

Sehr schlecht, indem sie, wenn ein Fremder in einen Raum tritt, das sogenannte Eisenbahncoupé-Syndrom zeigen, das Hans Magnus Enzensberger erfunden hat. Das heißt, du sitzt in einem Eisenbahncoupé und hast das Gefühl, das ist mein Haus. Dann tritt ein Fremder ein, und du bist verärgert, und du denkst dir, wie kommt der dazu! Ein bisschen etwas von diesem Eisenbahncoupé-Syndrom verspüre ich in den Wirthäusern, die ich zum ersten Mal betrete. Das ist das Negative.

POLITICUM

Das Positive darin ist, wenn man sich bewährt – das heißtt, entweder unglaublich viel trinkt, oder einen guten Schmäh hat, wie das in Wien heißtt, oder sonst irgendeinen glücklichen Tag hat, also anerkannt wird – dann passiert in Graz etwas, was sehr beglückt ist. Deswegen habe ich relativ viele Freunde in dieser Stadt. Dann nehmen sie einen sehr gut auf, und dann wird man sie auch nicht mehr los. Also dann gibt es auch ein unglaubliches Maß an Treue.

Der Wolfi Bauer und der Jörg Schlick haben mir einmal ihr Motto genannt, dieses: „Keiner hilft keinem.“ Das ist wirklich das beste Motto, das ich jemals gehört habe. Es weist nämlich auf einen ganz starken Egoismus, damit auch auf einen starken Individualismus hin, und damit komme ich eigentlich zu dem, was Graz meines Erachtens stärker braucht. Man braucht die individuelle Entwicklung. Nur wenn jeder Grazer für sich und selber ein Großstädter wird, wenn er alles Provinzielle abwirft, wenn er als Einzelperson mithilft, dann wird Graz großartig sein, nicht nur schön.

Großstadt wird man nicht durch Verordnung. Großstadt wird man nicht durch Planung, in erster Linie. Das ist alles notwendig, das weiß ich schon, aber es ist nicht das Wichtigste. Großstadt wird man von innen heraus. Nicht die Hardware ist wichtig, sondern die Software. Die Software ist der einzelne Individualist. Der muß zunächst Egoist sein, der muß sich selbst entwickeln. Er muß der Beste sein, und dann erst kann er sich um die anderen kümmern.

Mein Aufschrei daher und meine Bitte, jeder möge sich überprüfen, ob er nicht auf dem besten Weg ist, zu gelmäßig zu werden, zu provinziell zu werden. Wenn man will, daß Graz weiterkommt, dann geht das halt nur, weil man sich selber wieder urbanisiert und intellektualisiert.

Die Provinz spielt sich im Herzen ab. Auch die Großstadt spielt sich im Herzen ab – daher muß man sie auch dort verbessern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Statement von Dr. Andreas Schnider:

Ich erlaube mir, mit einem Bild anzufangen, das man in vielen alten Städten findet, das besonders unsere Stadt heute noch zierte. Das sind die wunderbaren Tore in die Stadt hinein, in die Altstadt.

Ich möchte deshalb damit beginnen, weil ich glaube, daß jeder von uns, der eine Beziehung zu einer Stadt hat, einen anderen Blickpunkt hat. Daß es wesentlich darauf ankommt, welchen Blickwinkel man hat, und daß es auch sehr darauf ankommt, daß man akzeptiert, daß sich dieser Blickwinkel von der eigenen individualistischen Sicht her immer wieder verändert.

Nicht nur die eigene Sicht, sondern auch eine Stadt verändert sich, und der Charakter einer Stadt entwickelt sich mit den Charakteren der Menschen.

Wir können heute von drei großen E's sprechen. Wir gehen immer weiter weg vom Erwerb und vom Einkauf und immer mehr hin zum Erlebnis.

Letzten Sonntag war der Grazer Marathonlauf. Man hat es geschafft, daß hier 3.500 Menschen aller Altersgruppen laufen, rund um die Stadt, durch die Stadt durch, und immer wieder durch das Zentrum. Man hat es geschafft, daß ein sonst entvölkerner Sonntag plötzlich ein bevölkerter Sonntag wurde, weil man etwas Erlebnishaftes geboten hat.

Eine Stadt müßte ein dreifacher Ort sein: erstens ein Ort der Begegnung und des Erlebens und zweitens als Kontrapunkt dazu ein Ort der Erinnerung und der Innerlichkeit. Ich meine damit, daß eine Stadt einen an eine Geschichte erinnert. Aber nicht an eine Geschichte von Gemäuer, sondern eine Geschichte von Menschen. Ich glaube, eine Verkehrsberuhigung, um die Autos zu verbanen, ist zu wenig. Wir brauchen auch eine andere Beruhigung, auch einen anderen ruhigen Schritt.

Der dritte Punkt ist für mich: Eine Stadt müßte ein Ort der Solidarität und der Vernetzung sein. Wir brau-

chen heute in der Stadt und mehr noch im Jahr 2010 einen Vorrat an Solidarität. Diesen Vorrat an Solidarität kann ich mir nicht einkaufen, den kann ich mir nur erleben, ihn mir jetzt anschaffen, um für die Zeiten, wo es noch enger wird, wo die Ressourcen knapper werden, einen Vorrat an Solidarität zu haben.

Solidarität ist aber nur erlebbar und lebbar mit Partnern. Da sind wir bei den Sozialsystemen. Ein Sozialsystem kann in einer Stadt heute nicht mehr einer, eine Partei oder ein Politiker, wer auch immer, ein gewählter Gemeinderat entwerfen und erhalten. Das ist nicht mehr möglich. Wir können es nur gemeinsam tragen und so glaube ich, daß wir uns nach Partnern umschauen müssen. Es gibt ja so viele, die im sozialen Engagement unterwegs sind.

Wenn man an die 50er oder 60er Jahre denkt, war es sicher so, daß in diesen Jahrzehnten die Information stärker im Vordergrund gestanden ist. Da gab es Bildungshäuser und Bildungsinstitutionen. In den 60er und 70er Jahren ging es um die Kommunikation. Die Einstellung war, ich möchte als ganzer Mensch ernst genommen werden. Ich will nicht nur informiert werden über irgendwas, sondern ich gehöre zur Gemeinschaft dazu.

Ich glaube, in den 90er Jahren geht es um das dritte Stichwort, um die Mitgestaltung. Der Mensch ist nicht mehr zufrieden, daß man ihn informiert und ganzheitlich ernst nimmt. Wir wollen heute bei den Konzepten schon vom Punkt A an mittun dürfen, mitbestimmen dürfen, nicht erst ein fertiges Verkehrskonzept bekommen, über das man dann am Schluß abstimmt, wenn es fertig ist. Sondern wir wollen ein Konzept, das man gemeinsam mit den Menschen erarbeitet.

Ich möchte damit nicht sagen, daß ein Punkt den anderen Punkt ablöst, sondern ich glaube, daß alle drei Punkte zusammen spielen, daß dieser Dreischritt sich aber auch gerade in unserer heutigen modernen Mediengesellschaft wiederfindet. Wir reden von Vernetzung, und ich glaube, daß das digitale Zeitalter uns die Möglich-

keit bietet, nachzudenken und zu erleben, was es heißt, nicht nur linear, von A nach B und B nach C zu gehen, sondern Dinge vernetzt zu sehen.

Ich glaube, wir müssen sehr bewußt und reflektierend an diese Vernetzungsmöglichkeiten herantreten. Was wir in den Medien leben und erleben auch zwischenmenschlich noch mehr zu stärken, dafür würde ich bei einer Stadt im Jahr 2010 plädieren.

So glaube ich, daß es in einer Stadt 2010 mehr darum gehen wird, Personen zu stärken, die Bürgerinnen und Bürger zu stärken, und daß es weniger darum geht, nur auf reinen Denkmalschutz zu schauen. Denn die äußeren und die inneren Räume sind es, die den Mittelpunkt einer Stadt ausmachen.

Statement von Dipl.Ing. Jürgen Fortin:

Graz ist eine schöne Stadt, wir haben sehr viel Grün, wir haben ein tolles Umland, wir haben die historischen Bauten, wir haben wirklich eine schöne Stadt. Graz ist auch sehr günstig. Wenn man uns so mit den anderen EU-Ländern vergleicht, haben wir hier wirklich einen Flecken – mit Ausnahme von Griechenland und Spanien vielleicht –, wo es sich wirklich relativ günstig leben läßt. Hier herrscht hohe Lebensqualität.

Das ist gut so. Jetzt könnte man einmal die erste provokante These aufstellen: Es soll so bleiben, wie es ist. Aber diese provokante These möchte ich doch nicht aufstellen. Es gibt noch ein paar Punkte, die man verändern kann.

Der erste Punkt, der in der Einladung auch genannt wird, ist das Problem des Verkehrs und damit verknüpft auch das Problem der Einkaufszentren am Stadtrand. Man muß wissen, daß in Österreich die Verkaufsflächen 70 Prozent größer sind als in anderen europäischen Städten. Wir sagen, wir bauen Einkaufszentren und übersehen dabei, daß auch die eigenen Leuten alle dort hinfahren, weil es in der Stadt wenige Parkmöglichkeiten gibt.

Die Menschen mit Sport- und Kulturveranstaltung in die Stadt hereinholen, das ist vollkommen richtig. Mit so einem Großprojekt kann man nicht nur die Hunde hinter dem Ofen hervorholen, sondern man kann auch das notwendige Kleingeld für die Infrastruktur hereinbringen. Das sollte man nicht außer acht lassen.

Was fällt mir ein, wenn ich an Graz denke? Natürlich der Uhrturm, die Universität, aber dann kommt schon der Griesbauer, der ist schon außerhalb, dann die Weinstraße, das gehört natürlich dazu. Daher ist es wichtig, daß wir von Stadtregionen reden und nicht von kleinen abgezirkelten Bereichen.

In der Schweiz, in Bern, hat man folgendes eingeführt: „Schönbühl“, das Einkaufszentrum am Stadtrand, hat nur einmal im Monat einen Nachtverkauf genehmigt bekommen, während die Berner Innenstadtleute dreimal im Monat am Abend ihre Geschäfte aufsperren. Der Nachtverkauf im „Schönbühl“, das war wirklich ein Nachtverkauf. Ich habe mir das einmal angesehen, da ist man sehr spät in der Nacht zurückgekommen, weil so ein Stau war. Hingegen die Nachtverkäufe in der Berner Innenstadt waren immer ein angenehmes Erlebnis, denn man ist hereingefahren, hat vielleicht einen Franken für zwei Stunden parken hineingeworfen, und dann hat man toll „shoppen“ können.

Ein Franken ist acht Schilling. So etwas könnte auch in Graz geschehen.

Als ich mich mit einem Freund und meinen anderen Wohnungskollegen auf heute vorbereitet habe, haben wir eine Idee gehabt. Wir haben gesagt, schaffen wir doch die Parkgebühren alle wieder ab. Stattdessen muß sich jeder, der ein Auto innerhalb der Grazer Stadtgrenze hat, eine Straßenbahnfahrkarte kaufen. Man bekommt zwei Belege, einmal für das Auto, und einen steckt man ein als Fahrkarte für die Straßenbahn. Das wäre zum Beispiel ein Konzept, das man unter Umständen weiterdenken könnte. Nur braucht man dafür natürlich Fakten, Zahlenlisten usw.

Mein nächster Punkt. Die Universität muß ein Bestandteil des Stadtnetzes

sein, eines virtuellen Netzes. Diese Netze sind bereits vorhanden. Man muß sie nur nutzen. Die Technische Universität zum Beispiel hat sich folgendes durchgerechnet: Ein Computerarbeitsplatz an der Technischen Universität kostet im Monat 30.000 Schilling. Um 30.000 Schilling im Monat kann ich natürlich auch die Internetanbindung an die Studentenheime und einen Gratiszugang für alle Studenten finanzieren. Die sitzen zuhause, haben ihren Computer und können sich auf der Universität einwählen. Die Universität spart sich Geld.

Stadtpolitik muß Ressourcen verteilen, wie Politik überhaupt Ressourcen verteilen muß. Sie muß Verteilungsgerechtigkeit herstellen, muß mit dem Geld, das für die Gemeinschaft eingenommen wird, haushalten, muß es gerecht aufteilen. Man muß die Möglichkeit haben, Braintrusts einzurichten, die wieder Eckknoten oder Knotenpunkte in dem Stadtnetz sind. Diese Know-How-Zentren sollen Impulse setzen, sie sollen lästig sein, und sie sollen so gut funktionieren. Graz muß gescheit sein, gescheit werden, innovativ sein und lästig sein. Danke.

Aus der Diskussion

Mag. Eva Maria Fluch:

Ich bin heute von einem Mitarbeiter der Stadtidee angesprochen worden, der sagte, daß sich die einzelnen Institutionen und Gruppierungen gerade überschlagen im Aufbieten von immer prominenteren Referenten.

Und auch, wenn die dann womöglich erstmalig in Graz sind, gibt es oft dennoch diese lebhafte Diskussion nicht mehr, die zum Beispiel hier heute läuft. Ich denke, das ist ein Beispiel, wo in Zukunft politische Entscheidungsstrukturen in der Stadt ein bißchen anders ausschauen müssen. Ich denke, es wird wieder mehr öffentliches Thema sein müssen, was in der Stadt geschieht, was politisch gerade getan wird oder getan werden soll.

Es ist inzwischen ziemlich mühselig geworden, auch für die Politik - die Bürger sind mündiger geworden und

kommen sehr selbstbewußt auch mit kleinen Anliegen daher. Es wird selten vorkommen, daß in einer Runde wie dieser eine einhellige Meinung oder auch nur irgendein Konsens in einer konkreten Sache zu erreichen ist. Es wird schwieriger, aber ich denke trotzdem, daß die Zukunft darin liegen wird, daß Politiker mit den Bürgern Themen bereden. Nicht, um in einer öffentlichen Diskussion gleich die Entscheidung zu treffen, aber dieser Dialog ist dann als Entscheidungsbasis heranzuziehen. Entschieden werden muß dann doch durch die Politik – aber aufgrund von transparenten Vorgängen und Prozessen, die im Vorfeld laufen.

Entscheidungsstrukturen in der Politik sind für mich eine ganz wichtige Frage. Wenn wir da nichts tun, sehe ich das schon, daß ganz entscheidende Gruppen einfach wegbrechen und sich in Zukunft für die Politik nicht mehr interessieren. Das ist einerseits eine große Anzahl junger Menschen, die heute, wenn sie irgendwo einen Politiker hören oder sehen, sofort auf den Ausschaltknopf drücken. Es bricht auch die Gruppe von Menschen weg, die diesen Politikerjargon nicht spricht. Da komme ich mit meinem Credo, denn ich persönlich sehe die Stadtpolitik als eine besondere Chance an, weil man da mit den Menschen oft direkter spricht und sprechen muß.

Und noch zu einem Thema möchte ich etwas sagen. Das war die Aussage über die Rolle einer Stadt wie Graz in Europa. Sprachkenntnisse, beispielsweise in den slawischen Sprachen, die sind bei uns nach wie vor nicht vorhanden. Ich nehme mich selbst gar nicht aus. Irgendwie ist die Gleichwertigkeit und direkte Nachbarschaft der südosteuropäischen Länder bei uns im Kopf noch nicht wirklich verankert. Wenn wir eine Drehscheibe im Südosten Europas sein wollen, dann müssen wir auch in unserem Bewußtsein etwas verändern. Wir müssen in vielen einzelnen Branchen, im Dienstleistungsbereich, im Bankwesen, im Versicherungswesen etc. auch in diese Richtung denken. Dabei wäre die Osterweiterung mit der besonderen Rolle der Steiermark dabei sicher eine Chance.

Helmut Gansterer:

Das Internet, als Symbol für die in Wirklichkeit ja viel vielfältigere Technologieoffensive ist hier ziemlich wertfrei genannt worden. Ohne zu sagen, es ist gut oder schlecht. Es hat nämlich auch keinen Sinn, gegen die Schwerkraft zu rebellieren. Faktum ist, es kommt, es wird stärker werden, und wir müssen uns darauf einrichten..

Es wird darum gehen, mit einem starken Eventmarketing – und mit Event meine ich nicht nur Sturm Graz oder das Oktoberfest –, mit einem intelligenten Event-Marketing dem entgegenzusteuern, sodaß die Menschen ausreichend Gründe haben, auf hochqualitative Weise miteinander zu kommunizieren.

Ich bin ja überzeugt davon, daß wir sozusagen in eine klügere Welt gehen, auch von der Ökonomie her. Eines Tages werden wir uns und die Welt nur mit einem Prinzip retten können, das lautet: „Immer weniger von immer Besserem.“

Wir brauchen Wachstum, das wissen wir alle. Aber wir müssen dazu schauen, daß wir immer qualitativ hochwertiger werden. Daß wir immer weniger Ressourcen beanspruchen, aber nur das Beste produzieren. Wenn wir die Qualität wieder höher achten, wofür Europa ohnehin besser geeignet ist als Amerika, zum Teil auch besser geeignet ist als Asien, also dann haben wir gute Chancen.

Kann man sagen, industrielle Arbeit wird wirklich zugrunde gehen? Auch das ist eine Art Schwerkraft, sie wird wirklich zugrunde gehen. Aber das hoch bezahlte, beinahe künstlerische Handwerk, die Maßarbeit sozusagen, die Nischenproduktion, wird immer stärker an Gewicht gewinnen. Ich kann nur eines sagen: Österreich ist Weltmeister darin, diese kleinen Nischenprodukte zu fertigen, die maßgeschneidert sind.

Wir haben die klassische Massenindustrie, die wird tatsächlich zu Grunde gehen. Aber wir sind gut gerüstet für die Kleinindustrie, und auch nicht

zuletzt für das Handwerk. Wir haben unglaublich viele Genies in diesem Land. Wir haben 100.000 Betriebe im Bereich Handwerk, Gewerbe und Dienstleistung. Das sind die Leisen im Lande, die unseren Wohlstand erarbeiten.

Warum haben wir keine Konsumgüterprodukte? Weil wir in Wirklichkeit zwar kreativ sind, zum Teil genial im Tüfteln und im technischen Erfinden, aber im Marketing – eigentlich ganz generell in Österreich – nicht sehr gut sind.

Wir haben auch keine guten Banken, was das betrifft. So wie in Österreich nur Kredite gewährt werden auf etwas, wo man die Hand drauflegen kann. So etwas gibt es in keinem anderen Land. Das heißt, diese Finanzierung des Unsichtbaren, von Werbung und von Marketing, ist bei uns unterkultiviert.

Man darf nicht nur gut sein, sondern man muß nach dem Spruch handeln: Tue Gutes und rede darüber!

Schlußwort Dr. Andreas Schnider:

Ich glaube, daß die Medien nicht etwas sind, das sich parallel entwickelt, sondern daß sie sich mit den Menschen und mit der Gesellschaft entwickeln. Ich möchte auf einen Mann hinweisen, den ich sehr schätze, den Philosophen Jürgen Habermas. Er zeigt auf, daß Medien sich im Wandel der Struktur der Öffentlichkeit immer an sehr entscheidenden Punkten verändert haben. Zum Beispiel beim Übergang von der höfischen zur bürgerlichen Öffentlichkeit die Massenmedien, die Zeitungen, die Printmedien. Sie sollten die Stimme des Volkes sein.

Heute denke ich mir, gibt es auch so einen Wandel. Es gibt auf der einen Seite die Sehnsucht, vernetzt zu sein, aber ausgehend vom Bild eines Individuums, das sich auch individuell gefördert und gefordert sehen möchte.

Es kann heute nur gutgehen, wenn wir beides im Auge behalten. Sodaß, wenn auf der einen Seite eine stärkere digitale Vernetzung kommt, wir

genauso mit dem zweiten Auge zu schauen, daß eine noch stärkere zwischenmenschliche Beziehungsebene gebaut wird.

Ich sehe die digitale Vernetzung als förderlich an für das Vorbereiten von zwischenmenschlicher Begegnung, für das Begleiten und für das Nachbereiten.

Die Stadt müßte in der Politik wieder mehr im Vordergrund stehen, denn im kleinen ist es möglich, in den ganz konkreten Gemeinschaften und Projekten einer Stadt Zusammenhalt und Solidarität zu lernen und einzüben.

Ich möchte auch ermuntern, daß man gerade in der Kulturpolitik auch weiterhin nicht nur die großen Projekte und großen Veranstaltungen stützt, sondern auch die kleinen Dingen. Alles, wo junge innovative Leute was angehen und sagen, probieren wir es einmal, selbst mit dem Risiko, daß es nach zwei, drei Monaten abstürzt. Man muß den Mut haben, Experimente zu ermutigen. Dann haben wir auch die Chance, daß etwas Neues zum Vorschein kommt.

Schlußwort Helmut Gansterer:

Wir alle lieben an Graz, daß es eine so einzigartige Architektur hat. Ich glaube, es war so, daß die Architekten, die von Rom an den Wiener Hof gezogen sind, in Graz halt gemacht haben und dort den wunderbaren Kern der Altstadt hingestellt haben. Das hat etwas Sonniges, das ich in keiner Stadt in Österreich sonst finde.

Das Merkmal der Renaissance war die Vielfalt, in der heutigen Zeit ist aber doch ein gewisses Maß an Monomanismus notwendig. Die Menschen kaufen uns hier nur etwas ab, wenn sie spüren, daß Kompetenz versammelt ist.

Was Graz beispielsweise viel zu wenig spielt, ist, daß es eine Jazzhauptstadt ist. Wenn Graz in erster Linie und ganz unübersehbar die Jazz-Hauptstadt wäre, das würde viele, viele Probleme auf einen Schlag erledigen. Das würde sich auch in Geld ausdrücken.

Es war von Politikern die Rede. Ich möchte die Politiker bitten, besser zu werden. Sie haben vor allem etwas, das katastrophal ist: eine ganz schlechte Sprache. Sie beherrschen es nicht, sich kurz zu fassen. Sie reden zu lang, sie reden zu fad, sie reden zu abstrakt und nicht gegenständlich genug. Sie haben keine Ahnung von Dialektik, oder sie haben von der Dialektik leider Gottes nur die ersten beiden Stufen gelernt. Da mögen sie verdorben sein durch unsere christliche Kirche, die uns immer nur zwischen Hölle und Himmel und zwischen Sündern und Heiligen unterscheiden läßt. Daher kennen wir nur These und Antithese, und die Synthese haben wir nicht gelernt.

Wenn man endlich einmal auch diese dritte Stufe als Politiker im Griff hätte, dann würde dieses primitive Schwarz-Weiß-Malen endlich wegfallen. Wenn einer begreift, daß das Yin und Yang der Chinesen seinen Sinn hat, nämlich die Harmonisierung. Daß man sagt: Politiker müssen sich entscheiden zwischen schwarz oder weiß, das ist unerträglich.

Außerdem haben sie zuwenig Selbstbewußtsein. Warum geht nicht einmal einer her und sagt: „Ich bin zu dumm dazu, ich verstehe das nicht, ich habe mir noch keine Meinung gebildet“, oder: „Ich kenne mich nicht aus“, oder: „Ich habe da eine ganz langweilige Einstellung dazu, ich liege irgendwo in der Mitte...“

Einmal möchte ich das hören, daß man dem politischen Gegner einmal gratuliert, weil er die bessere Idee hat. Also das können wir nicht erwarten, daß von Seiten der Politik unsere Gesellschaft besser wird, solange die Sprache und die Darstellung so schlecht ist, wie sie heute ist. Das gilt nicht nur für Graz, sondern das gilt für das ganze Land.

Was die Solidarität betrifft, habe ich immer ein bißchen Angst, daß man zuviel redet. Ich ertappe mich dabei, immer wieder, wenn ich etwas sehr Gutes gesagt habe, etwas Menschliches nämlich, daß ich das erstens aus Egoismus tue, weil ich mir ein Ticket in den Himmel kaufen möchte.

zweitens erschlaaffe ich nachher sofort und bin wieder für die nächsten drei Stunden der egoistische Kerl, verkrieche ich mich irgendwo, wenn jemand etwas von mir will, und habe keine Kraft mehr zum Gutsein.

Also ist das manchmal kontraproduktiv. Die Frage ist, wie man es angehen soll. Ich bin nicht so wahnsinnig idealistisch, zu glauben, daß man Solidarität verordnen kann.

Es gibt nur zwei Chancen: Es ist in der kleinsten Zelle zu üben. Das ist in der Familie. Insofern bin ich, obwohl völlig parteilos, doch immer konservativ gewesen, weil ich diesen Ansatz für richtig gehalten habe. Du kannst nicht in der Masse etwas verordnen. Wenn es zunächst nicht in der Familie passt, dann passiert es überhaupt nicht.

Das zweite: Wir von den Medien sind halt auch nicht so toll. Und wenn nicht die Medien die gesuchten Ideen temperamentvoller, feuriger und phantasievoller unterstützen, dann wird auch nichts passieren. Erstaunlicherweise glauben die Menschen nämlich das, was wir in den Zeitungen schreiben. Diese Macht sollte man endlich auch einmal dafür ausnützen, schwierige Dinge zu transportieren. Das ist ganz schwer zu machen, da muß man eben handwerklich sehr gut sein.

Zum letzten Punkt, damit ich mich nun endgültig oute: Ich bleibe dabei, daß es ganz wichtig ist, Graz jetzt nicht nur im Zusammenhang mit seinem abstrakten Umfeld und der Region runtherum zu sehen. Der Ruf einer Stadt geht zunächst vom Kern aus, und das ist der Hauptplatz, das ist die City. Alles andere ist wichtig. Aber der Ruf und das Image entsteht dort, wo der Mittelpunkt ist.

Da muß ich euch eines sagen: So wie das gestern war, bin ich durch eine finstere Stadt gegangen. Ich war der einzige, der bis sieben in der Früh durchgehalten hat, und ich halte das für eine Schande. Denn es gibt so viele junge Leute, die da mithalten könnten. Das bedeutet ja nicht nur trinken, das bedeutet Kommunikation.

STADT ODER LAND: ENTSCHEIDUNG FÜR LEBEN?

Land-Ei“ oder „Stadtneurotiker!“ Wenn es um die eigene Lebensumgebung geht, verhärteten sich schon manchmal die Fronten. Wo lebt es sich besser? Ein Streitgespräch, ein ewiges Für und Wider zwischen zwei Welten, so nah und doch so fern.

Stadt und Land – zwei noch immer komplett verschiedene Welten, über deren Vorteile und Nachteile sich schon so mancher Bürger den Kopf zerbrochen hat. Was macht die Stadt so anziehend für hunderttausende Menschen. Und warum flüchten wiederum so viele nach getaner Arbeit – oft müde und erschöpft, aber trotzdem glücklich – zurück in die viel zitierte beschauliche Ruhe aufs Land?

Josef Rauch und Heribert Maria Schurz, Geschäftsführer der Grazer Werbeagentur Josef & Maria, kennen den Unterschied. Josef kann sich nicht vorstellen, in die Stadt zu ziehen, in der er arbeitet. Maria würde am Land „versauern“.

Rauch: Ich lebe unheimlich gerne am Land. Sicher auch aus Gewohnheit, denn ich bin eben in einem Dorf aufgewachsen und schätze, seit ich in Graz arbeite, diese Rückzugsmöglichkeit immer mehr. Sobald ich daheim bin, kann ich abschalten, mich auf andere Dinge, die nicht den Job betreffen, konzentrieren.

Schurz: Daß ich nicht lache: abschalten. Sich jeden Tag in der Früh mit tausenden „Verrückten“ auf der Autobahn Richtung Graz wälzen. Und nach Büroschluß das gleiche in die entgegengesetzte Richtung wieder nach Hause. Bei Regen, Glatteis und Schnee. Nein, danke. Da lob' ich mir „meine Stadt“. In fünf Minuten bin ich in der Agentur, bei Kunden, Ämtern usw. Und könnte doch glatt auf mein Auto verzichten.

Rauch: Ja, immer abrufbereit. Und für alle erreichbar. Einfach mittendrin in

der Anonymität, ohne Möglichkeit, sich in den Privatbereich zurückzuziehen.

Was für ein Genuß, sich am Sonntag einen Liegestuhl zu schnappen und im Garten zwei Stunden vor sich hinduzöszen – ohne daß Auto, Lkws und Straßenbahnen drohen, dir direkt über den Kopf zu fahren.

Schurz: Und die restlichen Tage der Woche. Eine Hetzerei! Nur wegen einiger beschaulicher Stunden. Die Hälfte der Zeit verbringt der Landmensch ja doch nur im Auto, um von A nach B zu kommen. Die spontane Entscheidung, schnell einen Abstecher ins Kino zu machen, sich die neueste Theaterproduktion im Schauspielhaus anzuschauen oder einfach nur in der Altstadtbummeln zu gehen, artet jedes Mal zum ausgefeilten Marschplan aus. Kulturelle Ereignisse, sportliche Events und vieles mehr gehen am Land die meiste Zeit – zwar gehört, aber doch nicht miterlebt – spurlos an einem vorüber.

Rauch: Ich erinnere mich immer gerne an meine Kindheit am Lande zurück. Weite Felder und Wiesen. Laufen, spielen, radfahren – ohne die „städtischen“ Grenzen. Freundschaften mit jeder Menge Kindern aus der Nachbarschaft – ein unvergessener Lebensabschnitt, den ich meinen Kindern nicht vorenthalten möchte.

Schurz: Wohin mit den Kindern am Land, wenn auch die Frau und Mutter einem Job nachgeht? Wenn überhaupt ein Kindergarten in der Nähe ist, macht der wahrscheinlich um 12 Uhr mittag dicht. Kein Gymnasium im Umkreis von sicher 30 Kilometern. Ein Zweitauto muß her, um die Kinder zu allen möglichen Terminen zu chauffieren. Was nützt es den Kids, ihren Bewegungsdrang auszuleben, die „gute“ Luft zu atmen, wenn die Suche nach dem Kindergarten – noch später dann der Weg in die Schule – zur täglichen Tortur wird?

Rauch: Längst schon sind auf dem Land notwendige neue Kinderbetreuungsformen gefunden worden. Es kommt eben auf die Initiative des einzelnen an, diese zu fördern und zu nutzen. Mir jedenfalls wäre es zu dumm, jeden Tag mit meinem Kind in irgendeinen Park zu wandern, um mich dort mit zehn Müttern um das Sandspielzeug meines Sohnes zu streiten.

Schurz: Beruflich bleiben die meisten Menschen aber doch in der Stadt hängen. Immer mehr Arbeitnehmer sind mit dem Problem konfrontiert, pendeln zu müssen.

Rauch: Kein Wunder! Die Lebenskosten in der Stadt sind zu hoch. Das fängt bei den Wohnungsmieten an und hört bei den Grundstückpreisen auf...

Neue Arbeitsmodelle müßten konsequenter ausgebaut werden: In einer Zeit der globalen Vernetzung muß der Arbeits- und Wohnort doch nicht unmittelbar zusammenfallen. In so vielen Branchen wird nur mehr über den Computer kommuniziert. Örtliche Distanzen können mit modernster Kommunikationstechnik überwunden werden.

Schurz: Der PC im Hühnerstall. Ganz kann ich mich mit diesen Alternativen noch nicht anfreunden. Aber im Hinblick auf konstruktive, neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit für Menschen, die gerne am Land leben, sicher zu überlegen. Für mich ein neuer Denkanstalt!

Rauch: Mein Modell: Wir müssen unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen! Werte, die noch vor zehn Jahren unheimliches Gewicht hatten, sollten wir heutzutage über Bord werfen. Auf der Suche nach einer neuen Qualität des Zusammenlebens und des gemeinsamen Arbeiten und Denkens.

AUTOREN DIESER NUMMER:

Dr. Karl ADLBAUER,
Leiter der Zoologie
des Landesmuseums Joanneum in Graz
Geboren in Graz. Wohnhaft in Graz. Ich lebe hier, weil Graz der Mittelpunkt meines persönlichen und beruflichen Interesses ist. Die nächsten Jahre und meine Pension möchte ich in Graz verbringen. Grundsätzlich gefällt es mir hier. Was mir nicht gefällt: die geographische Breite und das damit verbundene, mehr als unwirtliche Wetter, mehr als ein halbes Jahr lang!

Dr. Helmut BRANDSTÄTTER,
Chefredakteur
des Berliner Nachrichtensenders n-tv
Geboren in Wien. Wohnhaft in Berlin. Ich lebe in Berlin, weil mein Sender, n-tv, von hier aus ausstrahlt. Die nächsten Jahre möchte ich in Berlin verbringen, weil die Arbeit spannend ist. Als Pensionist möchte ich an einem Ort leben, wo es warm ist und ich die Sprache verstehen.

Hofrat Dr. Ernst BURGER,
Leiter des Referates Statistik beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung in Graz
Geboren in Graz. Wohnhaft in Graz. Ich lebe hier, weil ich als leidenschaftlicher Grazer hier auch die beruflichen und familiären Bindungen habe. Die nächsten Jahre möchte ich in Graz verbringen, um ein starkes Heimweh zu vermeiden.

Mag. Birgit DOPPELHOFER,
Betriebswirtin, Verantwortliche für Marketing & PR im Steirischen Wirtschaftsbund
Geboren in Graz. Wohnhaft in Graz. Ich lebe hier, weil Graz meine Heimatstadt und meiner Meinung nach die schönste Stadt der Welt ist. Denn Graz hat ein eigenes Flair, das man in keiner anderen Stadt findet. Die nächsten Jahre möchte ich unbedingt in Graz verbringen, natürlich unter der Prämisse, hier auch einen geeigneten Arbeitsplatz zu haben. Als Pensionistin möchte ich in Graz leben. Denn Graz ist eine Stadt für jung und alt, für Familien und Singles, für Kinder und Erwachsene...

Dr. Erhard BUSEK,
Vizekanzler a. D.,
Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa in Wien
Geboren in Wien. Wohnhaft in Wien. Ich lebe hier, weil es die Stadt meiner Familie ist, weil ich hier Politiker war und Bürger bin, weil Wien heute eine irrsinnig große Chance für Europa ist - und Europa für Wien. Die nächsten Jahre möchte ich in Wien verbringen. Als Pensionist möchte ich in Wien leben. Wenn allerdings die Verantwortlichen (Politik, Medien, Kultur etc.) weiter so agieren, muß ich nachdenken, ob ich nicht ein europäischer Nomade werde: Tokska, Burgund, Südgeland, Benelux-Staaten, Prag, Budapest, Krakau, Ljubljana, Zagreb, Sarajevo!

Mag. Marina DOMINIK,
Dolmetscherin
und Kommunikationstrainerin,
Protokollchefin im Grazer Gemeinderat
Geboren in Split, Dalmatien (400.000 Einwohner). Wohnhaft in Graz. Ich lebe hier, weil es Liebe auf den ersten Blick war! Die nächsten Jahre möchte ich am Freilichtplatz verbringen. Die Frage, wo ich als Pensionistin leben möchte, kann ich nicht beantworten: Wann geht man in Pension?

Mag. Eva Maria FLUCH,
Mitarbeiterin im Büro von
Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic,
Obfrau der „Grazer Stadttidee“

Geboren in Graz. Wohnhaft in Graz. Ich lebe hier, weil sich hier faszinierende Aufgaben stellen. Die nächsten Jahre möchte ich in Graz verbringen, weil ich die Stadtpolitik aktiv mitgestalten möchte. Als Pensionistin möchte ich zumindest zwischendurch jeweils einige Zeit anderswo verbringen: in Wien oder in Vancouver beispielsweise, aber nicht als Touristin, sondern als eine, die die Zeit hat und sich die Zeit nimmt, ein Stück dort heimisch zu werden.

Dipl.-Ing. Jürgen FORTIN,
Medizintechniker und Erfinder, Graz

Helmut A. GANSTERER,
Journalist,
Herausgeber
des Wirtschaftsmagazins „Trend“, Wien

Mag. Ulli GLETTLER,
Werbefachfrau, Graz

Geboren in Graz. Wohnhaft in Graz. Ich lebe hier, weil Graz die schönste Stadt der Welt ist. Die nächsten Jahre möchte ich in Graz verbringen, weil Graz eine Stadt ist, in der es viel zu tun gibt. Als Pensionistin möchte ich in Graz leben, am liebsten wäre mir dabei allerdings das Klima Griechenlands.

Herwig HÖSELE,
Chefredakteur „Die Steirische Wochenpost“

Dr. Konrad HUMMEL,
Pädagoge, Leiter
der Geschäftsstelle Bürgerengagement
Sozialministerium Baden-Württemberg

Geboren in Stuttgart (600.000 Einwohner). Wohnhaft in Altbach (5.000 Einwohner). Ich lebe hier, weil hier unsere Familienwohnung ist. Die nächsten Jahre möchte ich in der Großstadt verbringen, als Pensionist in der Region leben.

Dr. Alexander JANDA,
Politikwissenschaftler, politischer Referent
in der ÖVP-Bundespartei in Wien

Geboren in Wien. Wohnhaft in Wien-Neubau. Ich lebe hier wegen der Nähe zum Herzen der Stadt. Ich kann Arbeit, Kultur und Freizeit per pedes verbinden. Die nächsten Jahre möchte ich in Bewegung verbringen – an Orten des Vernetzung und Veränderung – zu Hause. Diese Orte liegen für mich an meinem Wohnort, im Raum der Arbeit und vielfachen Orten der Welt. Als Pensionist möchte ich als Pendler zwischen Siena, Canterbury, Mougins und Wien leben. Ich will die Schönheit meiner „Lieblingsorte“ genießen. Durch die Entwicklungen moderner Kommunikationstechnologien werde ich dann als „Zurückgezogener“ mit allem vernetzt sein.

Dževad KARAHASAN,
bosnischer Schriftsteller und Weltbürger,
Dramaturg am Nationaltheater
in Sarajevo,
zurzeit Stadtschreiber in Graz

Geboren in Bosnien. Wohnhaft in Graz. Ich lebe in Graz, weil die Größe dieser Stadt inspirativ und gut ist.

**Dr. Peter MARBOE,
Kulturstadtrat, Wien**

Geboren in Wien. Wohnhaft in Wien. Ich lebe hier, weil ich hier aufgewachsen bin und meine Umwelt mitgestalten kann. Die nächsten Jahre möchte ich aufgrund meines Amtes in Wien verbringen, meine Pension überwiegend in Österreich.

**Prof. Dr. Rainer MÜNZ,
Professor für Bevölkerungswissenschaft
an der Humboldt-Universität, Berlin**

Geboren in Basel, Schweiz (220.000 Einwohner). Wohnhaft in Berlin (3,5 Millionen Einwohner). Ich lebe in Berlin, weil ich meinen Arbeitsplatz hier habe und die Stadt spannend finde. Die nächsten Jahre möchte ich in Berlin arbeiten und meine Freizeit in Österreich verbringen. Als Pensionist möchte ich an einem See südlich der Alpen leben. Ich möchte Berge und Wasser sehen und ein mildes Klima genießen.

**Mag. Siegfried NAGL,
Unternehmer,
Obmann der Innenstadt-Initiative Graz**

Geboren in Graz. Wohnhaft in Graz. Ich lebe hier, weil meine Wurzeln, meine Familie und mein Unternehmen hier sind. Die nächsten Jahre möchte ich hier verbringen, weil es hier viel zu tun gibt. Als Pensionist möchte ich in Graz leben, weil Graz eine lebenswerte Stadt ist.

**Doz. Dr. Michael NARODOSLAWSKY,
Dozent am Institut für Verfahrenstechnik
der Technischen Universität Graz
Obmann des Vereines SUSTAIN**

Geboren in Graz. Wohnhaft in Perlsdorf (300 Einwohner). Ich lebe hier wegen der Lebensqualität, wegen der guten Nachbarschaft und der intakten Umwelt. Die nächsten Jahre möchte ich in Perlsdorf verbringen, weil ich mit meinem Wohnort vollkommen zufrieden bin. Ich möchte auch als Pensionist hier leben, wegen der Ruhe, der Lebensqualität und weil das Leben hier auch im ökonomischen Sinn günstig ist.

**Doz. Dr. Leopold NEUHOLD,
Institut für Ethik und Sozialgeschichte
an der Karl-Franzen-Universität Graz**

Geboren in Fladnitz/Raab (ca. 700 Einwohner). Wohnhaft in Fladnitz/Raab. Ich lebe hier, weil Fladnitz mir Heimat ist und möchte auch die nächsten Jahre hier verbringen. Denn wo man wurzeln kann, kann man wachsen. Als Pensionist möchte ich in Fladnitz leben, weil man einen alten Baum nicht verpflanzen soll.

**Dr. Arthur OBERASCHER,
Linguist, vormals Leiter des Amtes für
Wirtschafts- und Tourismusentwicklung
Graz, seit November 1997 Geschäftsführer
der Steirischen Tourismus-Gesellschaft**

Geboren in Wildon (2.300 Einwohner). Wohnhaft in Bad Radkersburg (1.800 Einwohner). Ich lebe hier, weil ich in einem Haus aus dem 17. Jahrhundert mit Innenhof und Basteigarten lebe und die Atmosphäre dieser Stadt genieße – immer wenn ich nach Hause komme, freue ich mich. Die nächsten Jahre möchte ich hier verbringen. Als Pensionist möchte ich in Bad Radkersburg leben, der Abwechslung wegen in Wien oder auch in Paris.

**Mag. Dr. Martin OZIMIC,
Verwaltungsjurist**

Geboren in Rottenmann (3.000 Einwohner). Wohnhaft in Graz. Ich lebe erstens aus beruflichen Gründen und zweitens aus sozialen Gründen (Freundeskreis, ...) hier. In den nächsten Jahren möchte ich in Graz leben. In der Pension möchte ich am Land leben, weil für mich am Land die Lebensqualität (Natur, Verkehr, Freizeitgestaltung) eher meinen Vorstellungen entspricht.

Dr. Bernhard PELZL,

**Wissenschaftsjournalist, Wissenschaftlicher
Leiter von Joanneum Research, Graz**

Geboren in Graz. Wohnhaft in Graz. Ich lebe zufällig hier. Die nächsten Jahre möchte ich überall und nirgends verbringen, weil das Leben eine Wanderschaft ist. Als Pensionist möchte ich im Zisterzienser-Kloster Mererau (Bregenz) oder in Rom, Lissabon, Funchal/Madeira oder... leben, weil überall dort das Licht weicher ist und die Menschen offener sind.

**Hofrat Dr. Peter PIFFL-PERCEVIC,
Leiter der Abteilung für Wissenschaft
und Forschung beim Amt der
Steiermärkischen Landesregierung in Graz**

Geboren in Graz. Wohnhaft in Graz-Eggberg. Ich lebe hier, weil mich meine Geburtsstadt fasziniert. Südlich des Alpenbogens gelegen, mit deutlich mediterranem Klima, ist Graz eine Metropole der Wissenschaft und innovativer Wirtschaftszweige. Die nächsten Jahre möchte ich in unserer Landeshauptstadt verbringen. Hier möchte ich die Zukunft unserer Stadt, in der wir gemeinsam leben, mitgestalten. Als Pensionist möchte ich in unserer Stadt wohnen, die Urbanität genießen und das tun, wofür man jetzt keine Zeit findet.

**Mag. Hans PUTZER,
Leiter des Bibliotheksservice,
Förderungsstelle des Bundes
für Erwachsenenbildung
für die Steiermark, Graz**

Geboren in Köflach (rund 12.000 Einwohner). Wohnhaft in Graz. Ich bin nach dem Studium einfach nicht mehr weggekommen, es gefällt mir hier aber auch sehr gut. In den nächsten Jahren möchte ich in oder um eine ost(?)steirische Kleinstadt leben, denn Leben ist Veränderung!!! Wo ich in meiner Pension leben werde, hängt davon ab, wo ich es mir angehts der aktuellen Diskussionen um die Pensionsreform überhaupt noch leisten werden kann!

**Heribert Maria SCHURZ und Josef RAUCH,
Werbefachleute, Graz**

Heribert Maria Schurz ist in Leoben geboren (28.000 Einwohner) und in Graz wohnhaft. „Ich lebe hier, weil ich das Nützliche (Arbeit) mit dem Angenehmen (Leben, Wohnen, Freizeit) optimal verbinden kann. Die nächsten Jahre möchte ich in Graz verbringen, weil ich gerne hier lebe, hier ein Haus gebaut, einen Baum gepflanzt haben, zwei Kinder... Als Pensionist möchte ich in Graz leben, weil Graz im Gegensatz zu vielen Großstädten sauber, sicher, überschaubar und menschlich ist.“

**Dr. Andreas SCHNIDER,
Theologe und Verleger, Graz**

Dr. Andreas WROBEL-LEIPOLD

Journalist, 1991-95 Referent in der Medienabteilung des sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf. Seit 1995 Leiter der Presse- und Informationsabteilung eines Interessenverbandes in Bayern

Provinzler aus Lust und Leidenschaft, Städter aus (beruflichem) Zwang. Geboren in Freyung (5.000 Einwohner). Wohnhaft in Langenbach (2.800 Einwohner). Ich lebe hier, weil Kinder und auch Erwachsene in der Stadt leben wie Hühner in der Legebatterie. Die nächsten Jahre möchte ich auf dem Land bzw. in der Kleinstadt leben. (Provinzler können sich nicht verstehen: es kennt sie eh jeder.) In meiner Pension möchte ich auf dem Land bzw. in der Kleinstadt leben, weil hier „altes Eisen“ nicht gleichbedeutend ist mit „Schrott“.

Redaktion dieser Nummer: Mag. Eva Maria Fluch

Fotos: Begsteiger (2), Jungwirth (2), Mikes, Stuhlhofe, Votava, Wollsiegel-Dienst/Manuela Balck; Wollsiegel-Dienst/Igdedo, Wodicka (3)